Deutsche Post AG
Postvertriebsstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

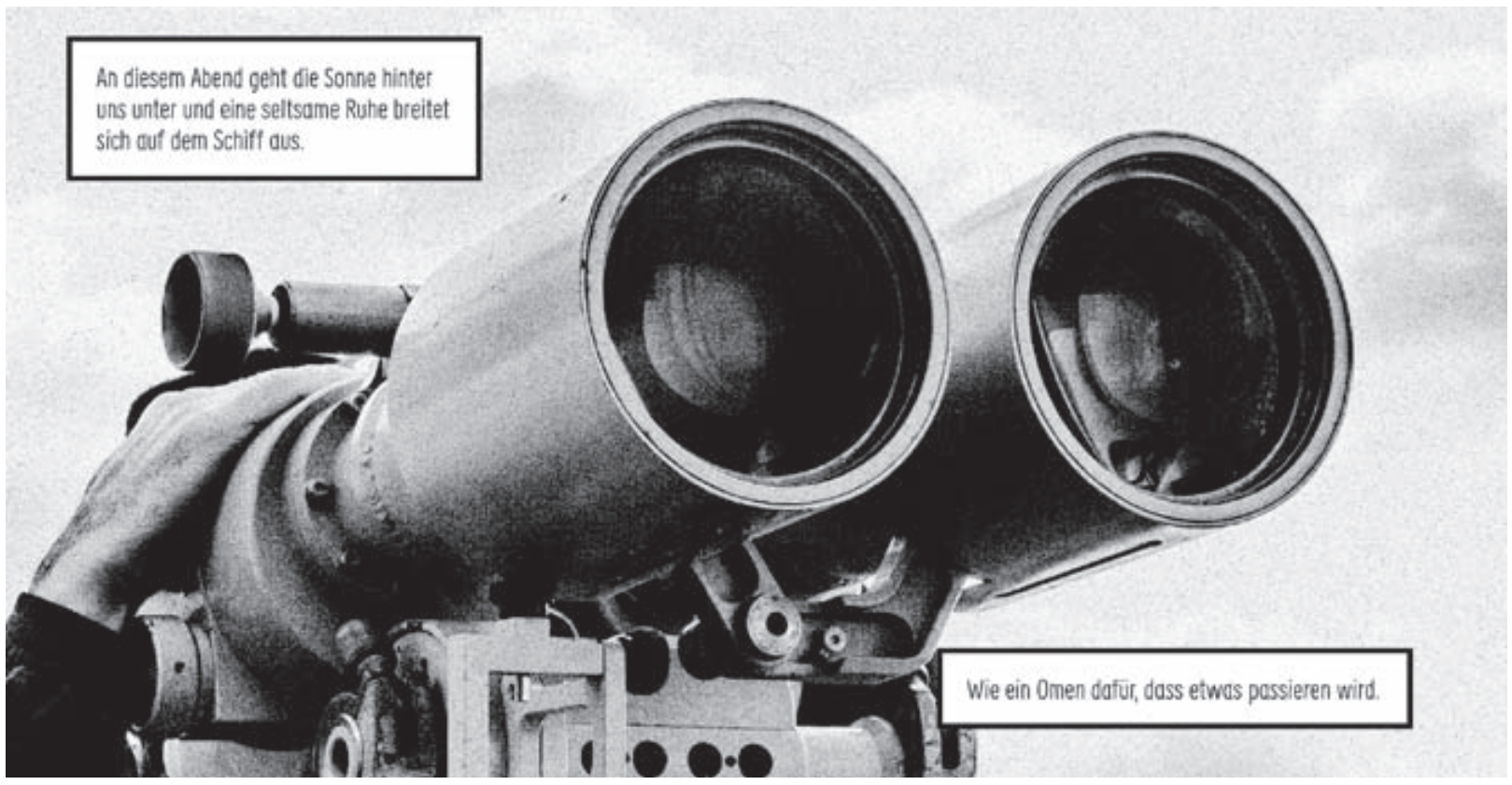
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 11/2017, 55. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

Keine Casting-Couch

für gering entlohnte Frauen, aber jede Menge sexuelle Belästigung

Von Jane Slaughter



Sexuelle Belästigung widerfährt nicht bloß glamourösen Frauen in glamourösen Branchen. Da es bei sexueller Belästigung um Macht geht und nicht um Sex, ist es nicht überraschend, dass Frauen in schäbigen Jobs im Niedriglohnbereich ziemlich viel davon abkriegen.

Die *Equal Employment Opportunity Commission* (EEOC, eine US-amerikanische Bundesbehörde zur Untersuchung von arbeitsplatzbezogenen Diskriminierungsvorwürfen, d.Ü.) sagt, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe die größte Quelle von Klagen wegen sexueller Belästigung ist. In einer landesweiten Untersuchung mit 4.300 Restaurantbeschäftigten durch die Anlaufstelle *Restaurant Opportunities Center United* (ROC) berichtete mehr als jeder/jede zehnte, selbst sexuelle Belästigung erfahren oder dies bei KollegInnen beobachtet zu haben. ROC geht davon aus, dass diese besorgniserregende Zahl höchstwahrscheinlich noch deutlich zu niedrig ist.

Gesprächsgruppen und Interviews, die ROC landesweit durchgeführt hat, zeigen sexuelle Belästigung als »akzeptierten Teil der Kultur«. Eine Arbeiterin sagte: »Es ist unvermeidlich. Wenn es keine verbale Attacke ist, will sich jemand an Dir reiben.«

ROC hat Schlichtungsverfahren des EEOC und Urteile zu sexueller Belästigung aus vier Jahren ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis, das vor allem gegen bekannte Ketten Klage erhoben wurde, darunter McDonalds (mit 16 Prozent der Fälle deutlicher Spitzenreiter), KFC, Sonic, IHOP, Applebee's, Cracker Barrel, Ruby Tuesday und Denny's.

Meist wurden die ArbeiterInnen täglich missbraucht und belästigt und waren mit Vergeltungsmaßnahmen für ihre Beschwerden konfrontiert.

Jenny Brown von den *Labor Notes*, die jetzt für die feministische NGO *National Womens Liberation* arbeitet, betont, dass die düsteren Statistiken für Gastronomiebeschäftigte mit der Art und Weise ihrer Bezahlung zusammenhängen: Trinkgelder.

ROC schilderte in einem Bericht 2014, »dass mehrheitlich weibliche Belegschaften sich das Wohlgefallen und die Gunst der Kundschaft erarbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen«. Männer nutzen das mit aufdringlichen Fragen, Gesten, mit Grapschen und sogar mit Stalking aus. »Dummerweise ist das zur gesellschaftlichen Normalität geworden, wir alle haben das akzeptiert und wir alle hassen das«, sagte eine Barkeeperin dem ROC.

Manager neigen dazu, sich auf die Seite der Kundschaft zu schlagen, wenn Beschäftigte sich beschweren. Eine Bedienung berichtete vom Kommentar ihres Chefs: »Na ja, diese Leute zahlen viel Geld für unseren Service, und, guck mal, würde es denn wehtun, ein bisschen zu lächeln, ein bisschen freundlicher zu ihnen zu sein?«

Auf dem Feld

Eine Feldarbeiterin beschreibt die Regeln auf dem Acker als vergleichbar mit denen im Restaurant: »Du lässt es zu, oder sie schmeißen Dich raus.« Eine Untersuchung der Situation von Landarbeiterinnen kam 2010 zu dem Ergebnis, dass 80 Prozent sexuelle Belästigung bei der Arbeit erlebt hatten. Landarbeiterinnen sind besonders verwundbar, wenn sie von einzelnen Vorarbeitern eingestellt und bezahlt werden, die damit direkte Kontrolle über ihren Lebensunterhalt haben.

Reinigungskräfte sind ein weiteres typisches Beispiel aus dem Niedriglohnbereich, wie Sonia Singh dieses Jahr dargestellt hat. Sie sind überwiegend weiblich und arbeiten oft spät abends an isolierten Arbeitsplätzen. Die PBS-Dokumentation »Vergewaltigung in der Nachtschicht« von 2015 zeigte, wie weit verbreitet und unterbelichtet sexualisierte Gewalt für Putzkräfte ist.

Im Mai 2016 setzte die Gewerkschaft *United Service Workers West (USWW)* einen neuen Rahmenvertrag in Kalifornien durch, der Kurse zum Thema sexuelle Belästigung für Vorabeiter und Beschäftigte vorsieht, und der gewährleistet, dass ArbeiterInnen die Möglichkeit haben, sich bei Führungskräften oberhalb ihrer unmittelbaren Vorgesetzten zu beschweren.

Die USWW experimentierte bei den Kursen mit dem Einsatz eines Telenovela-/Seifenopernformats, das unterbrochen werden konnte, um sich über die gerade gesehenen Szenen auszutauschen.

Die Gewerkschaft arbeitete auch mit PolitikerInnen zusammen, um ein Gesetz für den Bundesstaat zu entwickeln, den *Property Services Worker Protection Act*. Sie gewann BürgermeisterInnen und gewerkschaftlich organisierte Unternehmen als Unterstützung und finanzierte Plakatwände mit der Aufschrift »Beendet die Vergewaltigungen in der Nachtschicht« an strategisch bedeutenden Orten. Als nicht sicher war, ob Gouverneur Jerry Brown das Gesetz unterzeichnen würde, entschieden sich einige für eine Fastenaktion: Zwölf Betroffene von sexualisierter Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz begannen ihren Hungerstreik vor dem Capitol. Viele von ihnen verlasen offene Briefe an ihre Angreifer. Die meisten hatten vorher nie öffentlich über ihre Geschichte gesprochen. Nachdem die Gruppe fünf Tage lang gefastet hatte, unterzeichnete Brown das Gesetz, das 2019 in Kraft treten wird. Es verpflichtet Reinigungs- und Sicherheitsdienste, Beschäftigte und Führungskräfte zu sexualisierter Gewalt und Belästigung zu schulen.

Im Hotelzimmer

Die vermutlich am stärksten von unmittelbaren Übergriffen betroffene Gruppe bilden Reinigungskräfte im Hotel. Offenbar denken männliche Gäste, dass eine Frau, die sich in einem Schlafzimmer aufhält, verfügbar sein muss. Jenny Brown schreibt: »Arbeiterinnen berichten, dass männliche Kunden sich ent-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Viele Probleme kann man selber lösen« – Die feministische Selbstbehauptungstrainerin Nadine Seyler im Gespräch über Strategien gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz S. 2
Sexuelle Belästigung: Rechte & Ratgeber S. 3
Robert Schlosser: »Betrieblich in die ›andere Welt‹?« – ›Bewegung‹, ›Stellvertretung‹ und der ›Kleinkrieg gegen das Kapital‹ S. 4
Robert Schlosser: »Kleinkrieg in die Großbetriebe?« – Kommentar zum Beitrag von Wolfgang Schaumberg S. 4
AG Wahlbeobachtung: »Gefahr aus der Mitte« – Zur Bundestagswahl 2017 S. 6
»Auf Perlensuche« – Interview mit Thomas Goes über die Tagung »Organisieren – Kämpfen – Gewinnen« in Kassel S. 10
Andreas Bachmann: »Mit Recht gegen altes Unrecht« – Reformvorschläge der »aktion./.arbeitsunrecht« zur Stärkung von BR und betrieblicher Mitbestimmung auf dem Prüfstand S. 12
Loretta Petti: »Weise und kein bisschen müde« – Peter Grohmann zum 80. Geburtstag S. 14

BETRIEBSSPIEGEL

Benedikt Hopmann: »Handeln gegen die eigene Kreuzigung« – Erwiderung auf den Artikel von Werner Volz S. 10

INTERNATIONALES

Jane Slaughter: »Keine Casting-Couch, für gering entlohnte Frauen aber jede Menge sexuelle Belästigung« S. 1
Murat Cakir: »›Neue Türkei‹ oder Restauration des Neoliberalismus?« – Über Kapitalismus, Demokratie und liberale Trugschlüsse S. 12

REZENSIONEN

Peter Nowak: »Die ›soziale Frage‹ transnationalisieren« – Stefan Dietls Buch über die sozialpolitischen Konzepte der AfD S. 6
Rudolf Walther: »Stets links der Mitte« – Philipp Kufferaths Buch über Peter von Oertzen S. 9
Anne Allex: »Beistand in Einstandsfragen« – Neuer Ratgeber für Wege durch den Dschungel der Sozialgesetzbücher S. 16

Bildnachweise

Auch wenn sie oft so erscheinen: »Grenzen« sind nicht naturgegeben, sie existieren vielmehr nur, weil wir sie setzen und damit ein Diesseits von einem Jenseits unterscheiden und markieren. Das setzt voraus, dass man sie bereits überschritten hat und weiß, dass es die andere Seite gibt, um sie überhaupt ziehen zu können. Diese Überschreitungen halten Carlos Spottorno und Guillermo in ihrer auf einem Reisetagebuch und einem Fundus von rund 25.000 Fotos beruhenden Grafic Novel fest. Von Afrika bis in die Arktis dokumentieren sie das permanente Setzen, Ziehen und Überschreiten von Grenzen Europas. Nicht nur in philosophischer Hinsicht, sondern auch politisch spannend gehen sie dabei der Frage nach, welche sozialen Risse dem Artefakt Grenze zugrunde liegen und damit scheinbar Äußerliches verbinden. Für ihre Dokumentation der Risse im »Gebäude Europa« gab es den World Press Award. Wir danken dem Verlag herzlich für die Abdruckgenehmigung und empfehlen – vor dem Einsturz:

Carlos Spottorno, Guillermo Abril: »Der Riss«, avant-Verlag 2017, 177 Seiten, 32 Euro, ISBN 978-3-945034-65-1

»Viele Probleme kann man selber lösen«

Interview mit Nadine Seyler* zu Strategien der Selbstbehauptung gegen Belästigung

Seit die serienmäßige Belästigung von Schauspielerinnen durch den Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein öffentlich wurde, werden immer mehr Fälle von übergriffigen Prominenten bekannt. Wie Jane Slaughter in ihrem Text für die Labor Notes (S. 1) verdeutlicht, ist Belästigung mitnichten bloß ein Thema des internationalen Jetsets; gerade am unteren Ende der Lohnskala ist sie insbesondere für viele Frauen Bestandteil des Arbeitsalltags. Wir ergänzen diesen Beitrag um einen kursorischen Überblick über Rechtslage und Ratgeberliteratur in Deutschland (S. 3) und um ein Interview mit der feministischen Selbstbehauptungstrainerin Nadine Seyler.

express: *Liest man die gewerkschaftliche Ratgeberliteratur zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, so setzt diese in der Regel vorbildliche betriebliche Strukturen voraus, in denen mindestens ein Betriebsrat existiert und / oder eine Frauenbeauftragte, an die man sich wenden kann. Was aber, wenn das nicht der Fall ist? Was ratet Ihr, wenn die Betroffenen gar keine Stelle vorfinden, an die sie eine Beschwerde oder eine Bitte um Unterstützung richten könnten?*

Nadine Seyler: Eine Bemerkung vorweg kann ich mir nicht verkneifen: Auch wenn Betriebsräte existieren, ist das leider oft keine verlässliche Anlaufstelle. Wir machen häufig die Erfahrung, dass Betriebsräte trotz ihres Auftrags ziemlich auf dem Schlauch stehen, wenn sie mit Fällen sexueller Belästigung konfrontiert sind. Ich finde das wichtig zu erwähnen, weil der Verweis auf bestimmte Anlaufstellen im Betrieb viele Frauen frustriert zurücklässt, wenn diese dann doch nicht aktiv werden.

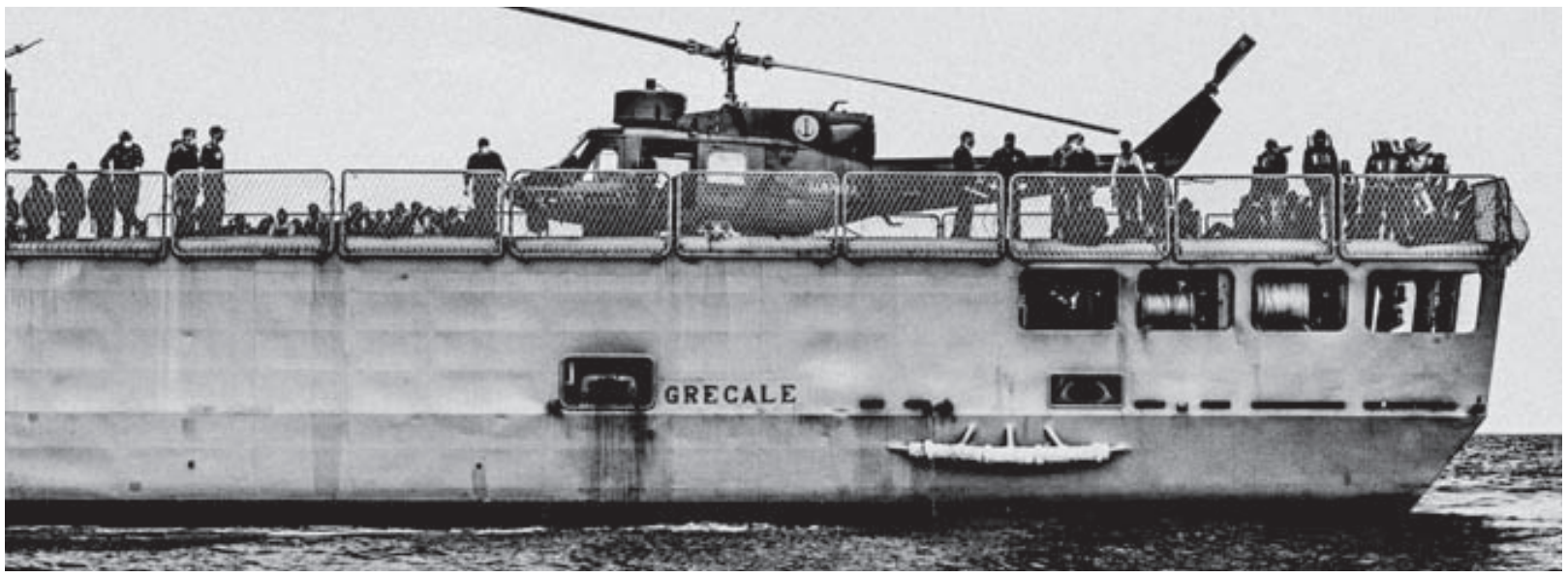
Aber zur eigentlichen Frage: Es kommt natürlich immer auf die Form und das Ausmaß der Belästigung an, was man machen kann. Ganz grundsätzlich ist unser Rat im Sinne feministischer Selbstbehauptung aber immer, etwas zu sagen. Aus unseren Kursen weiß ich, dass es oft um vermeintliche Kleinigkeiten geht: Sprüche, als Witze getarnte Sexismen, ein »kollegiales« In-den-Arm-Nehmen oder sich mit viel überflüssigem Körperkontakt über die Schulter zu beugen, um einen Blick auf den Bildschirm zu werfen. Das passiert beiläufig, führt aber doch dazu, dass das Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl eingeschränkt sind. Hier ist mein Motto: konfrontieren und fordern, dass das aufhört.

Das ist natürlich leicht gesagt. Einfach zu sagen »Wehr Dich doch!« ist schwierig bei Personen, die gelernt haben, dass Konfrontation Pfui Teufel ist. Deswegen arbeiten wir genau an dieser Hürde, überhaupt den Mund aufzumachen. Was Frauen vermuten, wenn sie daran denken, sich zu wehren, ist oft: Es wird schlimmer, wenn ich was sage, ich stehe als Spaßbremse oder als Kolleginnensau da… Die Erfahrung und die Berichte von Kursteilnehmerinnen zeigen das Gegenteil: Wenn sie sich wehren, wird es in aller Regel besser. Wichtig ist, klar zu benennen, was passiert, und klar auszusprechen, dass das aufhören soll. Derart Klartext zu sprechen, fällt vielen Frauen schwer, kommt aber meiner Erfahrung nach bei Männern, die Grenzen verletzen, sehr gut an.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz findet überwiegend im Rahmen von formellen oder informellen Hierarchien statt. Dem üblichen Muster zufolge sind diejenigen, von denen die Belästigung ausgeht, männlich, älter und länger im Betrieb als die Betroffenen und oft auf einer übergeordneten Position beschäftigt. Wie sieht eine Strategie der Selbstbehauptung aus, die diese Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse in Rechnung stellt? Unterscheidet sie sich von anderen Kontexten?

Klares Nein. Es immer eine Abwägungssache, aber in aller Regel gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der betreffende Vorgesetzte ist jemand, der es überlebt, wenn ihm eine deutliche Grenze gesetzt wird, und der das akzeptiert. Dann ist das Verhältnis in aller Regel geklärt und viel besser als vorher. Das ist der Effekt, dass ich als Frau eine andere Form von Respekt bekomme, wenn ich Grenzen deutlich mache. Die zweite Möglichkeit ist, dass das Gegenüber mit Grenzen nicht umgehen kann und es dann schlimmer macht. Aber da würde ich meine Teilnehmerinnen fragen: Wenn Du so jemanden vor Dir hast, was passiert, wenn Du nichts machst? Das Motto ist immer, deutlich zu machen, was geht und was nicht, was zum Arbeitsverhältnis dazugehört und was am Arbeitsplatz nichts zu suchen hat.

Unter Selbstbehauptung verstehen wir dabei alles, was sich nicht in einer hoch eskalativen Situation abspielt. Es geht um die Angemessenheit der Mittel, die ich brauche. Selbstbehauptung meint mögliche Mittel in Situationen, in denen mein Gegenüber mich noch nicht aggressiv angeht und mich beispielsweise in die Ecke drängt und mir unter den Rock greift. Da würde ich handgreiflicher werden. Selbstbehauptung meint all die Sachen, die ich im Vorfeld machen kann. Auch diese massiveren Übergriffe haben in aller Regel Vorläufer, bei denen ausgetestet wird, wo die Grenzen sind. Leider lernen viele Frauen, dass sie das erstmal ignorieren sollen und so tun sollen, als wäre nichts. Schon Mädchen lernen: Reagier' einfach nicht darauf, dann wird es ihm irgendwann langweilig. So kann ein Gegenüber sich aufbauen, bis hin zu physischen Angriffen, bei denen man ihm wehtun muss, um das zu beenden. Also, kurz gesagt beschreiben Selbstbehauptung und Selbstverteidigung unterschied-



Fortsetzung von »Keine Casting-Couch«, Seite 1

blößen, dass sie versuchen, sexuelle Dienste zu kaufen, dass sie grapschen und tatschen, und in manchen Fällen versuchen sie zu vergewaltigen.«

»Kunden bieten Geld für Massagen – aber sie wollen keine Massage, sie wollen etwas anderes«, sagt Elizabeth Moreno, eine 18-jährige Hotelbeschäftigte aus Chicago. Wenn sie Lieferungen des Zimmerservice bringt, kommen männliche Gäste gelegentlich nackt an die Tür, sagt sie.

Das Problem ist so weit verbreitet, dass Hotelbeschäftigte auf Hawaii und in San Francisco sich gegen Bestrebungen des Managements gewehrt haben, ihnen das Tragen von Röcken vorzuschreiben. Die Arbeiterinnen sagten, dass die Uniformen sie angreifbarer für Grabscher machen in einem Beruf, der es nötig macht, dass man sich über Betten, Wannen und Fußböden bückt.

Im New Yorker Sofitel, wo Dominique Strauss-Kahn, damals Vorsitzender des Internationalen Währungsfonds, 2011 eine Reinigungskraft in einem Raum für 3.000 Dollar pro Nacht angriff, hat die Geschäftsleitung einer Gewerkschaftsvertreterin zufolge die Uniform mit Rock zugunsten von Hosen und Blusen abgeschafft.

Die Sicherheit der Reinigungs- und Servicekräfte wird gefährdet durch Personalkürzungen, die die Frauen bei der Arbeit isoliert. Hawaiianische Hotelbeschäftigte in der »Wendeschicht«, zu der es gehört, am Abend in die Zimmer zu gehen, um Vorhänge zuzuziehen und Betten zu machen, haben bislang paarweise gearbeitet. Jetzt verlangt die Geschäftsführung von ihnen, allein zu arbeiten, und sie sagen, dass sie sich daher unsicher fühlen.

In Chicago haben Arbeiterinnen für das Recht gekämpft, die Zimmertür mit ihrem Servicewagen am Zufallen zu hindern, solange sie das Zimmer reinigen. Manche Geschäftsleitungen bezeichneten das als »unprofessionell« oder behaupteten, es würde Diebstahl von Gegenständen aus dem Zimmer erleichtern.

»Wenn wir das Wasser laufen lassen, hören wir nicht, wenn der Gast reinkommt«, sagt Moreno. In ihrem gewerkschaftlich organisierten Hotel wird die Zimmerreinigung von einer Vorarbeiterin beaufsichtigt, wenn ein Gast anwesend ist.

Und das Management lacht

Nach dem Strauss-Kahn-Vorfall veranstaltete die Gewerkschaft UNITE HERE Kundgebungen in acht Städten. »Diese Kunden glauben, sie können uns für alles benutzen, weil wir nicht ihre Macht und nicht ihr Geld haben«, sagt Yazmin Vazquez, die in Chicago im Zimmerservice arbeitet.

Eine 30-jährige Beschäftigte in Indianapolis, die als »Gästeläuferin« in der Abendschicht arbeitet, brachte Handtücher und Shampoo zu Gästen, die danach verlangt hatten. Sie berichtete, dass sie zweimal pro Woche mit Männern konfrontiert ist, die nackt zur Tür kommen, sie anmachen oder Schlimmeres. Die Mitglieder des Managements wussten das, sagte sie, wischten es aber meist mit einem Lachen beiseite.

Die Hotelbeschäftigte Andria Babbington aus Toronto berichtete ebenfalls von lachenden Managern als Reaktion auf ihre Beschwerde über einen nackten Gast, der von ihr shampooniert werden wollte.

»Hotels sind Komplizen in einer Kultur des Schweigens«, sagt Annemarie Strassel von UNITE HERE. »Die Prämisse ist, dass der Gast immer Recht hat.« Kommt der Wille der Geschäftsleitung hinzu, den Gästen zu gefallen und aufmerksamkeitserregende Vorfälle unter den Teppich zu kehren, fühlen sich viele Arbeiterinnen unter Druck, Beleidigungen und Übergriffe als Teil ihrer Arbeit zu ertragen.

Wenn Arbeiterinnen das Fehlverhalten von Gästen melden, wird selten die Polizei verständigt. »Egal was wir sagen, das Management wird stets den Gast respektieren«, sagte Hortensia Valeria bei der Kundgebung in Chicago.

Gleichwohl wurde Strauss-Kahn von der Polizei verhaftet (auch wenn die Anklage später fallen gelassen wurde) und kurz danach auch der ägyptische Bankier Mahmoud Abdel-Salam Omar, der von einer Haushaltshilfe eines ähnlichen Vergehens beschuldigt wurde. Beide New Yorker Frauen waren Gewerkschaftsmitglieder.

Ebenso wie es jetzt durch die Flut an Berichten über den Medienmogul Harvey Weinstein geschieht, machte das damalige öffentliche Interesse es leichter für Arbeiterinnen, über ähnliche Vorfälle zu sprechen. Die Geschäftsführungen beider Hotels versprachen, die Beschäftigten mit Alarmknöpfen auszustatten.

Quelle*: Labor Notes, Online-Ausgabe vom 13. Oktober 2017, online unter: http://labornotes.org/2017/10/no-casting-couch-low-wage-women-lots-sexual-harassment*

Übersetzung*: Stefan Schoppengerd*

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

Schreit auf!
Gegen sexualisierte Gewalt

Außerdem: Katastrophen im Jemen | Aufstand in Venezuela | Geschichte der Sklaverei

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

liche Ebenen der Eskalation. Selbstbehauptung bezieht sich eher auf Alltägliches. Selbstverteidigung im Sinne von Zuschlagen bezieht sich eher auf Notwehrsituationen.

Neben den »allgemeinen« Selbstbehauptungsseminaren, die Ihr anbietet, habt Ihr auch ein spezielles Angebot zu Belästigung am Arbeitsplatz. Von wem wird das wahrgenommen? Sind es bestimmte Betriebe oder Berufsgruppen, aus denen die Teilnehmerinnen kommen? Und wie kommen die Seminare zustande? Werden sie über Betriebsräte oder gewerkschaftliche Gremien initiiert, oder wie läuft das?

Viele von den arbeitsplatzbezogenen Erfahrungen stammen aus unseren laufenden Kursen, in denen Teilnehmerinnen auch auf ihre Arbeitssituation zu sprechen kommen. Das andere sind Tagesseminare, die von manchen Trainerinnen und auch bei uns in Mittelhessen angeboten werden. Die wurden anfangs vor allem von Verwaltungen angefragt. Auch mit jungen Frauen aus ganzen Ausbildungsjahrgängen haben wir das gemacht. Sehr stark gefragt sind Seminare für Mitarbeiterinnen von Jobcentern und anderen Verwaltungseinheiten, die viel Publikumsverkehr haben. In einem einzelnen Fall wurden wir von der Frauenbeauftragten eines größeren Unternehmens eingeladen.

Gewerkschaften sind da äußerst zurückhaltend, Seminare für ehrenamtliche oder betriebliche Gremien zu organisieren, obwohl wir immer mal wieder in entsprechenden Rundschreiben auf unser Angebot hinweisen. Die Resonanz ist sehr gering, obwohl es uns eigentlich naheliegend zu sein scheint, Seminare auf diesem Weg laufen zu lassen. Die Vertretung durch Betriebsräte ist zweifellos wichtig, ebenso wie eine juristische Ebene als Bezugspunkt wichtig sein kann. Aber viele Probleme lassen sich eben auch unmittelbar selber lösen. Ich meine damit keine neoliberale Selbstoptimierung; wir machen die Seminare ja immer in Gruppen, um Austausch zu ermöglichen und zu verdeutlichen, dass die Probleme strukturelle Ursachen haben und nicht auf persönliche Fehler der Betroffenen zurückzuführen sind. Eigentlich müsste das gut in einen gewerkschaftlichen Rahmen passen.

Es gab in den letzten Jahren mehrere Wellen der öffentlichen Empörung über sexuelle Belästigung – die #aufschrei-Kampagne, dann die rassistisch instrumentalisierte Empörung über die Silvesternacht von Köln. Inwiefern macht sich das in Eurer Arbeit bemerkbar? Wächst das Interesse an Euren Angeboten? Haben sich die Erwartungen der Teilnehmerinnen geändert?

Besonders krass war die Köln-Diskussion. Sogar aus Verwaltungen haben wir daraufhin mehr Anfragen bekommen, weil die Mitarbeiterinnen ihre Frauenbeauftragte gedrängt haben, ein Seminar zu organisieren. Die Vorstellung vom »übergriffigen Ausländer« findet sich immer mehr in allen unseren Kursen, ob sie in unserem offenen Angebot stattfinden oder auf Bestellung. Das kursiert als diffuse Angst – ich frage immer nach, was denn passiert ist, und die Antwort ist meist: Man hört ja so viel! Die Arbeit auch an rassistisch verknüpften Ängsten war schon immer eins unserer Themen, aber es nimmt viel mehr Raum ein. Der Unbekannte, vor dem man früher Angst hatte, scheint jetzt bekannt zu sein, und er ist Flüchtling oder ein anderer Ausländer.

Die genannten Diskussionen mündeten Ende 2016 in eine Strafrechtsreform. Teil derselben war auch die erstmalige Einführung von »sexueller Belästigung« als Straftatbestand. Wie beurteilst Du das?

Schwierige Frage. Ich finde die Tendenz beunruhigend, alles an Vater Staat zu verlagern und sich darauf zu verlassen, das Gesetze Probleme lösen, wenn doch diese Gesellschaft von struktureller Gewalt durchdrungen ist. Es reicht einfach nicht: Wir bräuchten eine andere Gesellschaft mit mehr Geschlechtergerechtigkeit, das wäre der beste Weg gegen sexualisierte Gewalt. Das Vertrauen in den Staat reproduziert auch immer das Bild der wehrlosen Menschen, die jemanden brauchen, der die Dinge für sie richtet.

Es ist natürlich manchmal gut, Frauen darauf hinweisen zu können, dass sie diese Rechte haben, zum Beispiel wenn es Probleme damit gibt, erlebte Gewalt auch als Gewalt zu definieren. Damit sind wir viel konfrontiert, dass Frauen heftigste Sachen bis hin zu Vergewaltigungen erleben und sich dennoch nicht sicher sind, ob das nun Gewalt ist. Da ist es hilfreich sagen zu können, das bestimmte Dinge klar definiert und geregelt sind. Aber das ist eben nur eine Ebene.

Ganz allgemein würde ich Frauen, die keine betriebliche Anlaufstelle haben, raten, Kurse zu machen, sich Unterstützung zu holen und sich Ideen zu holen, wie sie sich wehren können: Denn sie können sich wehren und sie dürfen sich wehren. Sie müssen von dem Gedanken wegkommen, dass es schlechter wird, wenn sie das tun. Oft sagen Frauen: Aber ich habe doch gesagt, dass ich das nicht will. Was sie gesagt haben, ist dann häufig auch wirklich genau so gemeint, aber was rauskommt, ist zum Beispiel oft eine Frage, deren eigentliche Absicht vom Gegenüber gar nicht wahrgenommen wird. Daran kann man arbeiten, dass das, was ich fühle, auch wirklich unüberhörbar formuliert wird.

Umgekehrt habe ich wirklich schon sehr viele Geschichten gehört von Frauen, die in beruflichen Zusammenhängen die Klappe aufgemacht haben, und die hinterher besser da standen als vorher. Das hört man immer viel zu wenig. Ich hatte mal eine junge Frau, die in einem Pool von drei Auszubildenden war, und sie hat sich massiv mit dem Chef angelegt und ihn rund gemacht. Am Ende war sie die einzige, die übernommen wurde. Das ist etwas, was selten gesehen wird, aber sehr häufig passiert: Dass Frauen erst richtig wahr- und ernstgenommen werden, wenn sie deutlich sagen: »Das läuft nicht!«

** Nadine Seyler ist Vorstandssprecherin des Bundesfachverbands Feministische Selbstbehauptung und Selbstverteidigung e.V. mit Sitz in Marburg.*
Weitere Informationen zum Verband unter www.bvfest.de

Geneigte Leserinnen und Leser,

unsere letzte Ausgabe – Ihr erinnert Euch bestimmt an die Bilder aus der Arbeiterbewegungshochburg Chicago! – hat manche Reaktion provoziert. Während der Versuch, mit der August Spies-Gesellschaft aus der Geschichte zu lernen, von einigen mit großem Wohlwollen aufgenommen wurde, sind andere Beiträge auf deutlichen Widerspruch gestoßen. Erfreulicherweise wurde der Dissens zu Papier gebracht und findet seinen Weg in den express: Benedikt Hopmann widerspricht der Einschätzung von Werner Volz, dass der Kampf gegen Werkverträge in der Industrie eher mit dem Florett der »Mikropolitik« als mit Arbeitskämpfen zu gewinnen wäre. Zumindest in Bremen sei der Streik ohne Alternative gewesen. Robert Schlosser äußert mit der langjährigen Erfahrung eines Betriebs-Radikalen im Gepäck sein Unverständnis über Rolf Geffkens Thesen zur Rolle von Betriebsräten, die wir zur Nachbereitung der Tagung »Ostwind« dokumentiert hatten. Auch will er Wolfgang Schaumbergs Plädoyer für eine Orientierung linker AktivistInnen auf Großbetriebe so nicht stehen lassen.

In der Redaktion geht es ebenfalls kontrovers zu, jedenfalls, was die Analyse des Zusammenhangs von rechten (Wahl-)Erfolgen und der sog. »sozialen Frage« betrifft. Einen Beitrag dazu liefert in dieser Ausgabe die »AG Wahlbeobachtung«; es wird nicht der letzte gewesen sein.

So, jetzt aber schnell wieder versöhnlich werden, denn was noch bleibt, ist der Hinweis auf unseren Spendenaufruf, der auch dieser Ausgabe wieder beiliegt, und der hoffentlich den Weg in Eure Herzen findet. Na ja, Hirn oder Hand wären auch ok.

Sexuelle Belästigung

Rechte und Ratgeber

Sexuelle Belästigung ist seit 2016 Bestandteil des Strafgesetzbuches (§ 184i StGB). Sie wird hier vergleichsweise eng gefasst: »Wer eine andere Person in sexuell bestimmter Weise körperlich berührt und dadurch belästigt«, kann mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Diese Regelung ist das politische Resultat der #aufschrei-Kampagne, die durch den Artikel einer *Stern*-Journalistin über die Belästigung durch den FDP-Politiker Rainer Brüderle ausgelöst wurde, und der Diskussion um die »Silvesternacht von Köln«. Ebenfalls neu eingeführt wurde § 184j StGB, der die Beteiligung an einer Personengruppe unter Strafe stellt, aus der heraus Vergewaltigung, sexuelle Nötigung oder Belästigung begangen werden.

Für die betriebliche Situation sind andere Regelungen wichtiger. Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet Betriebsräte und Arbeitgeber in § 75, darüber zu »wachen«, dass niemand wegen persönlicher Merkmale im Betrieb benachteiligt wird, zum Beispiel wegen des Geschlechts und der sexuellen Orientierung. § 104 räumt dem Betriebsrat das Recht ein, die Entlassung oder Versetzung von Beschäftigten zu verlangen, die dem zuwider handeln.

Wichtig ist auch das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz* (AGG). Dieses »Antidiskriminierungsgesetz« verbietet sexuelle Belästigung als eine Variante von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (§§ 3 und 7 AGG). Es räumt Beschäftigten ein Beschwerderecht ein und verpflichtet den Arbeitgeber zur Einrichtung und Bekanntmachung einer zuständigen Beschwerdestelle (§ 13 AGG). Beschäftigte dürfen aufgrund ihrer Beschwerden nicht gemaßregelt werden (§ 16). Unternimmt der Arbeitgeber trotz Beschwerde keine geeigneten Maßnahmen, die Belästigung abzustellen, haben die Betroffenen das Recht, die Arbeit zu verweigern (§ 14). Als entscheidender Konstruktionsfehler des AGG wird die Schlüsselrolle des Arbeitgebers in der Bekämpfung von Diskriminierung und Belästigung gesehen. »Wenn der Arbeitgeber im Arbeitsverhältnis der Belästiger ist, dann wird es schwierig«, schreibt Godela Linde in ihrem Buch »Basta! Gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz«. § 17 AGG räumt dem Betriebsrat oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft allerdings ein Klagerecht gegen Arbeitgeber ein, die sich entweder selbst belästigend verhalten oder nichts tun, um bekannt gewordene Probleme zu beseitigen.

Wie Ingrid Kurz-Scherf im Vorwort zu diesem Buch anmerkt, besteht auch die Gefahr der Vermengung mit anderen betrieblichen Konflikten: »Gerade am Arbeitsplatz besteht […] die Gefahr der Instrumentalisierung der Abwehr sexueller Belästigung für die Legitimation verschärfter Kontrollmechanismen oder auch für die Sanktionierung unliebsamer oder aufmüpfiger Beschäftigter. […] Ist es nicht einigermaßen problematisch, wenn im Hinblick auf die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ausgerechnet Arbeitgeber mit disziplinarischen Kompetenzen gegenüber »Belästigern« ausgestattet werden – also genau die Instanz einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die maßgeblich an der Etablierung von Betriebsstrukturen und -kulturen beteiligt ist, die mit ihren durchgängigen Pathologien auch pathologische Verhaltensweisen im Geschlechterverhältnis befördern?«

Nichtsdestotrotz bietet das AGG von Belästigung Betroffenen und betrieblichen Akteuren wie Frauenbeauftragten und Betriebsräten einige Ansatzpunkte, aktiv zu werden – nicht erst, wenn eine entsprechende Beschwerde vorliegt, sondern auch mit präventiven Mitteln. Der DGB hat anlässlich des »Tages gegen Gewalt an Frauen« am 25. November 2016 einen Handlungsleitfaden für betriebliche Interessenvertretungen mit dem Titel »Sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz verhindern!« veröffentlicht. Dieser bietet Betriebsräten detaillierte Hinweise, worauf es im Gespräch mit KollegInnen ankommt, die sich über sexuelle Belästigung beschweren, was wie mit Blick auf eventuelle gerichtliche Auseinandersetzungen zu dokumentieren ist und wie ein erfolgversprechendes Vorgehen aussehen kann. Darüber hinaus enthält die Broschüre eine Musterbetriebsvereinbarung und Beispiele für betriebliche Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Einig sind sich alle genannten Veröffentlichungen darin, dass sexuelle Belästigung de facto relativ wenig mit Sexualität und viel mit Macht- und Kontrollbedürfnissen zu tun hat. Sie tritt umso häufiger und deutlicher auf, je ausgeprägter Hierarchien und Machtverhältnisse sind. In egalitären, kooperativen Arbeitsverhältnissen ist sie deutlich seltener.

StS

Literatur-/Materialhinweise:

Godela Linde: »Basta! Gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz«, Köln 2015
DGB Bundesvorstand: »Sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz verhindern! Ein Handlungsleitfaden für betriebliche Interessenvertretungen«, 2016, www.frauen.dgb.de
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten: »Nein heißt Nein!« – 3-seitiges Flugblatt, 2017 http://www.ngg.net/fileadmin/medien/2017/PDF/ngg_frauen_nein_7_17.pdf

Betrieblich in die »andere Welt«?

Robert Schlosser* über »Bewegung«, »Stellvertretung« und den »Kleinkrieg gegen das Kapital«

Welche »Spielräume« eine antikapitalistische, emanzipatorische Politik im Betrieb hat, hat uns in der letzten Ausgabe in mehrfacher Hinricht beschäftigt.

Die Auseinandersetzung um die Rolle der Betriebsräte nach 1989 im Rahmen der »Ostwind-Tagung« ebenso wie der Appell Wolfgang Schaumbergs an Linke, in ihrer politischen Arbeit die industriellen Großbetriebe nicht zu vergessen (s. *express*, Nr. 9-10/2017), haben Robert Schlosser zu Kommentaren bewegt, die wir hier und auf dieser Seite unten dokumentieren.

Gewerkschaft = Bewegung, Betriebsrat = reine Stellvertretung?

Der Kritiker der Tagung – Rolf Geffken – wird in der Replik von Renate Hürtgen, Bernd Gehrke und Willi Hajek wie folgt zitiert:

»Betriebsräte waren und sind Organe außerhalb jeder Bewegung, vor allem jeder Gewerkschaftsbewegung. Sie standen und stehen auch außerhalb jedes Streiks, Demonstrationen und Betriebsbesetzungen. Selbst wenn sie sich zum Fürsprecher der Agierenden machen. (…) Deshalb war und ist schon der Begriff ›Betriebsrätebewegung‹ ein Widerspruch in sich.« Und weiter: Betriebsräte seien »auf Grund ihrer Struktur und ihrer Funktionsweise [?] wenig geeignet, spontane Bewegungen in den Betrieben zu initiieren und zu fördern.« Der Bewegung im Osten wird vorgehalten, dass »maximal Sozialpläne, aber keine Betriebsbesetzungen oder ähnliches« dabei herausgekommen seien. »Erst recht kam es zu nie zu einer politischen Streikbewegung gegen die Treuhandanstalt und die für die brutale Deindustrialisierung allein verantwortliche Bundesregierung. Wenn es in der Nachkriegsgeschichte eine Chance zu einer politischen Streikbewegung gab, dann genau in dieser Umbruchphase.« (S. *express*, Nr. 9-10/2017, S. 9 u. 10)

Verantwortlich dafür seien die westdeutschen Gewerkschaften, »ihre Untätigkeit und das mangelnde politische Bewusstsein«. Dieses »Versagen« sei aber »kein ausreichender Grund dafür, die Rolle von Betriebsräten zu überhöhen, ihre reine Stellvertreterrolle zu ignorieren« usw. (Ebd.)

Ich war nicht auf der Tagung und kann nicht beurteilen, ob da die Rolle von Betriebsräten überhöht wurde. Aber dass die westdeutschen Gewerkschaften »versagt« hätten, untätig gewesen wären und sich durch mangelndes politisches Bewusstsein ausgezeichnet hätten, das würde ich bestreiten. Sie haben sich entsprechend ihres hoch entwickelten sozialdemokratischen politischen Bewusstseins verhalten und in diesem Sinne ganz und gar nicht versagt. Sie haben sich viel mehr bewährt in ihrem politischen Auftrag und Selbstverständnis, größere soziale Konflikte zu vermeiden und zu verhindern. Dieses Ziel der Vermeidung und Verhinderung größerer sozialer Konflikte steht bei ihnen über jedem Interesse von LohnarbeiterInnen.

Diese Gewerkschaften funktionieren auf Grund dieses in ihnen vorherrschenden Bewusstseins genauso als Stellvertreter wie die Betriebsräte. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder zahlt regelmäßige Beiträge und erwartet dafür, dass »die Gewerkschaft« – nämlich der Funktionärskörper – ihre Interessen vertritt. Das entspricht ganz der Vorstellungswelt und dem politischen Bewusstsein der Sozialdemokratie und sie hat die Gewerkschaften kraft ihrer Dominanz entsprechend organisiert.

Die Organisationsstatuten der Gewerkschaften erlauben es den sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften, die Organisation zu kontrollieren. Bei Bedarf können sie sich mit Hilfe von Unvereinbarkeitsbeschlüssen auch noch frei halten von unerwünschten klassenkämpferischen Einflüssen.

Eine solche Kontrolle besitzen sie in Bezug auf die Betriebsräte nicht, oder sie ist deutlich erschwert! Das Betriebsrätegesetz und die Betriebsratstätigkeit verleihen sowohl klassenkämpferischen wie reaktionären Kräften Spielräume jenseits der historisch gewachsenen sozialdemokratischen Kontrolle. Nur weil das so ist, haben klassenkämpferische KollegInnen in den 1970er Jahren den Weg über oppositionelle Listen in den Betriebsrat gesucht und wurden in etlichen großen Betrieben auch gewählt. Sie haben ihren Erfolg genutzt, um »die reine Stellvertreterrolle« zu durchbrechen. Sie haben auch bei Opel in Bochum beispielsweise keineswegs außerhalb des »wilden Streiks« 1973 gestanden, – wie ganz allgemein durch Geffken behauptet wird – der von »den Gewerkschaften«, nämlich ihren Entscheidungsträgern, und von den sozialdemokratischen Betriebsräten bekämpft wurde. (Dass Betriebsräte grundsätzlich selbst außerhalb von Demonstrationen stünden, darüber kann ich nur erstaunt den Kopf schütteln. Wie kommt der Mann darauf?)

Klassenkämpferische Kräfte, gar Leute, die für soziale Emanzipation durch soziale Revolution eintreten, sind seit vielen Jahren hoffnungslos in der Minderheit; und das gerade auch da, wo für Lohn gearbeitet wird, in den Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen etc. Einen Beitrag zur Entwicklung von Klassenbewusstsein und Klassenkampf können sie nur dann leisten, wenn sie auch solche Möglichkeiten nutzen, die ihnen das Betriebsverfassungs- oder Personalvertretungsgesetz bieten.

Wenn Betriebsräte und Personalräte so prima als Stellvertreter funktionieren, wie das im Allgemeinen der Fall ist, dann liegt das nicht primär an der »Institution«, sondern an dem allgemeinen Bewusstsein, mit dem die Kandidaten als Betriebs- oder Personalrat gewählt werden – und ich meine damit sowohl ihr eigenes als auch das Bewusstsein ihrer WählerInnen.

Betriebsratswahlen und die Situation in Klein- und Mittelbetrieben

Die Diskussion über heutige Betriebsräte und deren Beitrag zu einer klassenkämpferischen Bewegung von LohnarbeiterInnen erscheint mir aber immer dann ungenügend, wenn man sich nicht vor Augen führt, welchen Konflikt es in vielen betriebsratslosen Betrieben heraufbeschwört, wenn die Belegschaft einen Betriebsrat will. (Was Geschäftsführungen alles an Drohung und Repressionen einsetzen, um das zu verhindern, kann man etwa bei www.work-watch.de nachlesen.)

Es handelt sich speziell – aber nicht nur – um Klein- und Mittelbetriebe, in denen Geschäftsführungen und Vorgesetzte schroff gegen jede gewerkschaftliche Aktivität/Organisierung und die Wahl von Betriebsräten vorgehen. Die Leitungsebene macht da in aller Regel keinen Unterschied. Und in diesen Betrieben sind nicht wenige LohnarbeiterInnen beschäftigt. Es sind über die Hälfte.

»Die Betriebsgrößenstruktur der deutschen Wirtschaft hat sich in den letzten 20 Jahren nur geringfügig verändert. An den über zwei Mio. Betrieben 2015 stellen die Kleinstbetriebe (1-5 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB)) mit zwei Dritteln den mit Abstand größten Anteil, gefolgt von den Kleinbetrieben (6-49 Beschäftigte) mit fast 30 Prozent Anteil, die restlichen knapp 5 Prozent der Betriebe verteilen sich mit 4 Prozent auf die Betriebe mit 50-249 Beschäftigten und 0,7 Prozent auf

Kleinkrieg in die Großbetriebe!

Robert Schlosser zum Beitrag von Wolfgang Schaumberg

Wolfgang Schaumberg fordert in seinem Beitrag »die Linke« dazu auf, ihre politische Arbeit auf die Großbetriebe auszurichten. (S. *express*, Nr. 9-10/2017) Das erinnert mich sehr an die frühen 1970er Jahre, als wir – in diesem Fall die Mitglieder der K-Gruppen, zu denen damals auch ich gehörte – unsere antikapitalistische politische Arbeit darauf ausrichteten und eine Minderheit auch in die Großbetriebe ging. Die Ergebnisse, die wir heute begutachten können, sind ernüchternd. Die Ursachen für das Scheitern sind schnell (und unsystematisch) – aufgezählt:

- Die Haupttendenz in der Welt war nicht – wie angenommen – Revolution.
- In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern hatten sich nach dem 2. Weltkrieg die sozialen Verhältnisse für die LohnarbeiterInnen soweit verbessert, dass die Begründungen von und Aufrufe zu revolutionärem Aufbruch kaum Gehör fanden.
- Die bolschewistischen Organisations- und Politikvorstellungen, der gepriesene Sozialismus in Stalins UdSSR und Maos China waren aus gutem Grund wenig überzeugend.
- Die Sekten bekämpften sich auch damals schon untereinander bis aufs Messer und trugen das auch vor den Großbetrieben in ihren Flugblättern und Betriebszeitungen aus.

Und heute?

Was sollte gewonnen werden, wenn »die Linke« – die heute noch weit buntscheckiger ist – ihre politische Arbeit auf die Großbetriebe ausrichtet, wenn all die Richtungen, die da so unterwegs sind, vor den Werkstoren der Großbetriebe ihre Blättchen mit ihren speziellen Positionen verteilen?

Auch in den 1970er Jahren zeigte die Agitation vor den Werkstoren nur dort kleine Wirkung, wo es Leute in den Betrieben gab, die entsprechend auftraten und der Kritik ein Gesicht gaben. Nicht selten waren das Leute, die bewusst, aus politischer Überzeugung, in die Betriebe gingen. Meistens allerdings hielten sie nicht sehr lange durch, wurden entweder »gefeuert« oder gingen, weil sie das Scheitern ihrer oft zweifelhaften Bemühungen erkannten. Heute ist es – selbst wenn gewollt – nicht so einfach, überhaupt in einen Großbetrieb zu kommen. Ohne solche AktivistInnen in den Betrieben – ob KollegInnen, die sich radikalisiert haben, oder Radikale, die in den Betrieb gegangen sind – ist das Verteilen der Flugblätter von Sekten vor den Werkstoren wie das Rufen des Einsamen im dunklen Wald. (Es gäbe noch einige Einwände mehr – die veränderten Klassenverhältnisse betreffend –, die ich hier nicht entwickeln will.) Es gilt, sich der Realität zu stellen – der der Verhältnisse und der »der Linken«. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der antikapitalistischen AktivistInnen – sofern es sich dabei um LohnarbeiterInnen handelt – in Klein- und Mittelbetrieben arbeitet, die oft keine »klassischen« Industriebetriebe sind. Und dort, wo sie arbeiten, sollten sie auch praktisch-klassenkämpferische Aktivität entwickeln. Weil die Fluktuation in den Betrieben allgemein heute sehr hoch ist – Pleiten, »Restrukturierungen« des Kapitals etc. –, ist es besonders wichtig, sich überbetrieblich zu vernetzen und zu organisieren. »Verankerung« in den einzelnen Betrieben verheißt wenig Perspektive – weder inhaltlich noch organisatorisch. Inhaltlich deshalb nicht, weil dabei allemal betriebliche Fragen im Vordergrund stehen und

Betriebe mit über 250 Beschäftigten ... Die Dominanz der Kleinst- und Kleinbetriebe bei der Betriebsgrößenstruktur überträgt sich allerdings nicht auf die Struktur der Beschäftigung nach Betriebsgrößen. Hier repräsentieren die Kleinst- und Kleinbetriebe 2015 etwa 12 Mio. Beschäftigte, während die mittleren Betriebe (50-249 Beschäftigte) etwa 8,7 Mio., die größeren Betriebe (250-495 Beschäftigte) 3,4 Mio. und die Großbetriebe annähernd 7 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Der stark mittelständische Charakter der Beschäftigung in Deutschland kommt darin zu Ausdruck, dass die Klein- und die Mittelbetriebe (6-49 und 50-249 Beschäftigte) zusammen aktuell deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten (57 Prozent) stellen.« (»Entwicklung der Berufsausbildung in Klein- und Mittelbetrieben«, Bertelsmann Stiftung 2017, S. 10)

Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit derjenigen, die antikapitalistisch aktiv sind, in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt ist.

Ich habe viele Jahre – die meisten meiner aktiven Zeit als Lohnarbeiter – in Industriebetrieben gearbeitet mit ca. 100 Beschäftigten. Es waren jeweils »ungeschützte Arbeitsverhältnisse«, d.h. die Unternehmen waren nicht im Arbeitgeberverband, und es gab keinen Betriebsrat – zunächst. Die Geschäftsführungen waren ebenso gewerkschafts- wie betriebsratsfeindlich eingestellt.

In zwei dieser Unternehmen gab es zunehmend Unzufriedenheit mit den Zuständen und der Willkür der Geschäftsleitungen. Daraus entstand jeweils eine Bewegung, die eine von der Geschäftsleitung akzeptierte und anerkannte Interessenvertretung der Belegschaft durchsetzen wollte. Es endete jeweils in der Wahl eines Betriebsrats; nicht um überhaupt die »Institution« eines Betriebsrats zu installieren, sondern um den eigenen Interessen mehr Geltung zu verschaffen.

Nein, das waren keine »revolutionären Bewegungen«, und sie waren mit vielen Illusionen verknüpft! Aber innerhalb dieser sehr kleinen, minimalistischen Bewegungen entwickelte sich das Bewusstsein des Gegensatzes zwischen den eigenen Interessen und denen der Geschäftsleitung als Personifizierung von Kapital. Und in den Auseinandersetzungen gab es mehr und kritischere Diskussionen über »Kapitalismus« als vor dieser Bewegung.

Als jemand, der auf Grund seiner Kenntnisse und seines individuellen Widerstandes Anerkennung genoss, wurde ich jeweils aufgefordert, die Initiative zur Wahl eines Betriebsrats zu ergreifen und die Sache mit einer Handvoll Leute durchzuziehen. In einem Fall wurde ich Betriebsratsvorsitzender, im anderen Fall habe ich vor allem wegen meiner baldigen Verrentung nur noch die Wahlen selbst organisiert.

Allein die Wahlen selbst zeigten, dass es falsch ist, den Betriebsrat grundsätzlich als Organ der Klassenzusammenarbeit durch »reine Stellvertretung« zu denunzieren. Schon die Vorbereitung der Wahlen war für die jeweilige Geschäftsführung eine Kampfansage und Provokation, auf die die Vorgesetzten mit Versuchen der Einschüchterung und Drohung reagierten. Niemals zuvor waren in den beiden Betrieben die Widersprüche zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft so offen ausgebrochen. Das haben mir die KollegInnen versichert, die schon lange in den Betrieben beschäftigt waren. Der Klassenwiderspruch trat recht offen hervor, um ein Organ der Klassenzusammenarbeit zu installieren. In beiden Fällen haben diese Auseinandersetzungen auch im Endeffekt zu messbaren materiellen Verbesserungen für die LohnarbeiterInnen geführt.

Ferner zeigt die Arbeit oppositioneller, klassenkämpferischer Betriebsräte – allen voran die der GOG bei Opel in Bochum – über viele Jahre, dass selbst im Rahmen des bestehenden Betriebsverfassungsgesetzes allerhand möglich ist im Interesse der Belegschaften und der Entwicklung von elementarem Klassenbewusstsein. Dabei geht es nicht allein und gar nicht in erster Linie um die möglichen Aktivitäten der Betriebsräte selbst, sondern zunächst um Kündigungsschutz schon für den Wahlleiter zu einer solchen Betriebsratswahl, dann um den Kündigungsschutz von Betriebsräten und schließlich – last but not least – um das Recht,

Betriebsrat und andere Formen der Mitarbeitervertretung nach Betriebsgröße, 2014*

	Betriebsgrößenklassen					
	5 – 50 Besch.	51 – 100 Besch.	101 – 199 Besch.	200 – 500 Besch.	501 u. m. Besch.	Insgesamt (ab 5 Besch.)
Westdeutschland						
Betriebe mit BR	5	38	56	74	87	9
Betriebe mit anderer MA-Vertretung	15	19	14	11	13	15
Beschäftigte mit BR	8	39	57	75	91	43
Beschäftigte mit anderer MA-Vertretung	17	18	13	11	21	17
Ostdeutschland						
Betriebe mit BR	6	31	45	62	92	9
Betriebe mit anderer MA-Vertretung	5	13	9	15	10	6
Beschäftigte mit BR	10	33	48	65	92	33
Beschäftigte mit anderer MA-Vertretung	7	13	8	15	16	10

* Basis: privatwirtschaftliche Betriebe ab fünf Beschäftigte, ohne Landwirtschaft und Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: WSI Mitteilungen, N. 4/2015, S. 294

regelmäßig alle drei Monate eine Belegschaftsversammlung einzuberufen. Gerade diese Belegschaftsversammlungen halte ich für wichtig, weil sie Raum bieten für Kritik und Verständigung unter den LohnarbeiterInnen – so meine Erfahrung. Man muss sie nur nutzen wollen und können. Aber schon daran hapert es leider bei vielen Linksradikalen, die sonst gern das große Wort führen.

Wir, und damit meine ich die radikalen KritikerInnen des Kapitalismus, haben heute – im Gegensatz zu früheren Zeiten mit weit mehr Repression und Unterdrückung – allerhand Möglichkeiten, unsere Kritik ohne Verfolgung vorzutragen (Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht). Wir haben die Möglichkeiten zur Betriebsratswahl und zur Durchführung von Belegschaftsversammlungen. Wenn unsere Kritik dann nicht gehört wird, dann liegt das weder allgemein an der Unterdrückung unserer Meinung, noch im Besonderen am »reaktionären Betriebsverfassungsgesetz« oder an der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.

Es liegt daran, dass unsere bunt schillernde und häufig auch noch falsche Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise nicht überzeugt.

Es liegt daran, dass die Leute für unseren so arg unterschiedlichen und oft durch Praxis belasteten Sozialismus/Kommunismus und Anarchismus nicht zu begeistern sind, und es liegt daran, dass wir uns nicht einmal auf nächstliegende Ziele verständigen und erfolgreich für sie streiten können.

Was heute Sozialdemokraten und auch sonstige, nicht politisch organisierte Befürworter von Kapitalismus und Sozialpartnerschaft als Betriebsräte im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes alles anstellen, und was klassenkämpferische KollegInnen aus den Möglichkeiten machen können, ist zweierlei. Die pauschale Kritik der Institution ist »hohle Brosche« und nichts weiter als Ausdruck des allgemeinen Sektierertums. Und selbstverständlich behält dieses Sektierertum immer recht, sieht sich bestätigt, wenn wieder ein Ansatz von Widerstand scheitert und/oder sich in das verwandelt, was man eh schon prognostizierte: Klassenzusammenarbeit.

Dieses Schicksal solcher kleinen Widerstandnester ist allerdings vorprogrammiert, solange sie alle hübsch für sich bleiben – eben nur begrenzt auf einen Einzelbetrieb –, solange die linksradikale Szene (mit vielen Argumenten dafür) so zersplittert und sektiererisch bleibt, wie sie ist. Die Energie, die auf Abgrenzung verwendet wird, ist wirklich enorm!

Man muss sich keine Illusionen machen über die bestehenden Gewerkschaften und die Möglichkeiten von Betriebsräten. Aber die Möglichkeiten, die sich bieten, gilt es zu nutzen. Wem das zu mühselig oder vergeblich erscheint, der hat noch immer nicht begriffen, auf welches Niveau von »Arbeiterbewegung« wir heute zurückgeworfen sind und was die Ursachen dafür sind. Die erhoffte große Wende, den neuen großen Durchbruch für antikapitalistische Kräfte wird es nicht plötzlich geben, weder durch spontane Erhebung und schon gar nicht dadurch, dass sich eine der Sekten mit ihren oft fragwürdigen Theorien schon durchsetzen wird.

** Robert Schlosser ist Rentner und lebt in Bochum. Er arbeitete – immer wieder unterbrochen durch Pleiten und Arbeitslosigkeit – als Angelernter, Maschinenschlosser und Technischer Redakteur in verschiedenen Industriebetrieben (Stahlwerk, Autofabrik, Flanschenfabrik, Maschinenbaubetrieb, Anlagenbau). Politische Stellungnahmen und theoretische Artikel finden sich in »Robert Schlossers Werkstatt«: www.rs002.de/Soziale_Emanzipation/Start.htm*

---

nicht Fragen, die mehr oder weniger alle LohnarbeiterInnen betreffen. Organisatorisch nicht, weil die Existenz einzelner Betriebe ziemlich vergänglich geworden ist. Das gilt heute selbst für solche Großbetriebe wie Opel in Bochum.

Wenn es heute in den Großbetrieben zu Widerstand kommt, dann will der vor allem verteidigen, was ist. Wenn es heute in Klein- und Mittelbetrieben zu Widerstand kommt, dann wollen die Belegschaften entweder das gleiche oder sie wollen soziale Standards durchsetzen, wie sie in vielen Großbetrieben selbstverständlich sind. (In den Klein- und Mittelbetrieben ist dabei die Frage der Wahl eines Betriebsrats häufig von großer Bedeutung.) Das ist die Realität und darin ist von einem Streben nach sozialer Emanzipation im Sinne einer Überwindung des Kapitalismus wenig zu spüren, weder in Groß- noch in Klein- und Mittelbetrieben.

Wolfgang Schaumberg will nicht nur die Aufmerksamkeit auf die industriellen Großbetriebe lenken, sondern hebt auch die notwendige Kritik an der Gewerkschaftspolitik hervor. Auch dieser Aspekt wird aus meiner Sicht überbewertet. In zahlreichen Betrieben und an anderen Orten, wo Lohnarbeit Anwendung findet, sind die Gewerkschaften kaum oder gar nicht präsent und aktiv. Doch auch hier dominiert das »reine Stellvertreterdenken«. Dies kennzeichnet nämlich den allgemeinen politischen Konsens in der »repräsentativen Demokratie«. Wäre das nicht so, gäbe es ständig Auseinandersetzungen um die und in der angeblichen »Selbstverwaltung der Kommunen« oder der angeblichen »Selbstverwaltung der Sozialversicherungen«. Durch Konzentration auf die Kritik an der Gewerkschaftspolitik kann man an diesem allgemeinen Bewusstsein auch nichts ändern. Die Sozialdemokratie als Partei und als beherrschende politische Kraft in den Gewerkschaften hat sicher einen wesentlichen Anteil an der Verbreitung und Dominanz des »Stellvertreterdenkens« unter LohnarbeiterInnen. Das ist jedoch mehr Geschichte als Gegenwart. Dieses Denken ist heute so allgemein und selbstverständlich, dass es dazu keiner besonderen Partei mehr bedarf, die speziell unter LohnarbeiterInnen dafür wirbt. Wie wenig es noch einer Sozialdemokratie bedarf, kann man an ihrem Niedergang ablesen.

Auch oppositionelle, klassenkämpferische Betriebsratsarbeit, die sich um Durchbrechung der »reinen Stellvertreterpolitik« müht, vermag nur wenig an der Dominanz dieses Denkens zu ändern. Auf lange Frist wird solche Aktivität regelmäßig vielmehr selbst durch dieses politische »Stellvertreterdenken« gebrochen; streiten muss man daher für ein allgemeines politisches Bewusstsein, dass wieder Selbstorganisation von LohnarbeiterInnen als Klasse ermöglicht – unabhängig davon, ob sie in Groß- oder Kleinbetrieben arbeiten, in der Industrie oder dem öffentlichen Dienst etc.

Die Frage, die sich den antikapitalistischen Kräften für eine klassenkämpferische Praxis stellt, ist ganz einfach die, ob sie sich auf den »Kleinkrieg« mit dem Kapital einlassen wollen – wo immer sie für Lohn arbeiten – und mit welchen inhaltlichen Positionen sie die herrschende bornierte Praxis durchbrechen wollen. Die Entscheidung darüber ist letztlich eine theoretische Frage bzw. hängt von theoretischen Positionen ab. (Das betrifft die Kritik am Kapital und die Ziele, die man verfolgt.)

Ich halte diesen »Kleinkrieg« und wie er inhaltlich und organisatorisch zu führen ist, für unverzichtbar! Diese Kleinarbeit gehört zu den praktischen Grundlagen der Überwindung dieses elenden Sektierertums speziell in Deutschland. Eine Diskussion darüber, welche Bedeutung die »linke« Aktivität an und in industriellen Großbetrieben hat, lenkt eher ab von den Problemen, vor denen »die Linke« heute aus meiner Sicht steht. Sie gibt allenfalls Anlass dazu, sich die wirklichen Probleme vor Augen zu führen. ***Robert Schlosser***

»links« lebt! Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.linksnetz.de

Gefahr aus der Mitte

AG Wahlbeobachtung zur Bundestagswahl 2017

Die Kluft in der Wahlbeteiligung zwischen reichen und armen Wahlbezirken hat sich bei der Bundestagswahl von 29,5 Prozentpunkten auf 26,7 Prozentpunkte verringert. Die soziale Repräsentationslücke wird jedoch im Längsschnitt betrachtet seit den 1980ern immer größer: Bei den Bundestagswahlen 1983 trennten nur vier Prozentpunkte die Wahlbeteiligung des oberen Einkommensdrittels vom unteren Einkommensdrittel, 2009 waren es schon 26 Prozentpunkte.

Hinter der insgesamt gesunkenen Wahlbeteiligung im Zeitverlauf, die von 89,1 Prozent im Jahr 1983 auf 71,5 Prozent im Jahr 2013 gesunken ist, steht weniger Politikverdrossenheit oder Distanz zu Politik allgemein, sondern vor allem ein Phänomen der beschränkten sozialen Reichweite und Repräsentanz der Wahlen, wobei die Bundestagswahlen immer noch höhere Wahlbeteiligungen verzeichnen als Kommunal- und Landtagswahlen. Auffällig ist auch die Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen wohlhabenden Bundesländern wie Baden-Württemberg (78,3 Prozent) und ärmeren Bundesländern wie Bremen und Mecklenburg-Vorpommern (70,8 Prozent/70,9 Prozent).

Ideelle Gesamtsozialdemokratie im stabilen Sinkflug

Die SPD fällt von 40,9 Prozent im Jahr 1998 auf 20,5 Prozent im Jahr 2017. Der Stimmenanteil von SPD *und* Linkspartei (bzw. PDS) als ideeller sozialdemokratischer Gesamtstimmenblock fällt in diesem Zeitraum von 46 Prozent auf 29,7 Prozent. Selbst im Wahljahr 2009, wo die politischen Folgeschäden der Agenda 2010-Politik voll aufgeschlagen sind, erreichen SPD und Linkspartei allerdings zusammen noch 34,9 Prozent – wobei die Einbrüche der Agenda-SPD auch nicht ansatzweise durch die Zugewinne der Linkspartei kompensiert werden. Dies zeigt jedoch, dass die Interpretation, die Agenda 2010 sei der entscheidende Faktor zum Verständnis dieses Niedergangs der Sozialdemokratie, nicht viel weiter hilft, denn woran wollte man den *Beginn* des sozialdemokratischen Verfalls festmachen? Insofern lässt sich das Ergebnis eher vor dem Hintergrund der kumulierten Folgen der Sozial- und Wirtschaftspolitik von New Labour in Verbindung mit dem gesellschaftlichen und ökonomischen Umbau der spät- bzw. nach-fordistischen Ära begreifen, die die sozialen und kulturellen Milieus und ihre traditionellen politischen Präferenzen durcheinanderwirbeln.

Das Resultat dieser Entwicklungen zeigt nicht nur »Rot-Rot-Grün«, dass für eine Mitte-Links-Regierung keine Zählmehrheit mehr vorhanden ist, weder gesellschaftlich noch parlamentarisch: Im Vergleich zu 2013 mit 47,7 Prozent sind es bei der Bundestagswahl 2017 nur noch 38,6 Prozent der Stimmen für die sog. »r2g«-Konstellation. In der Langzeitbetrachtung von 1998 bis heute geht es bei Mitte-Links um einen Absturz von 52,7 Prozent auf 38,6 Prozent. Deutschland rückt (insgesamt) nach rechts. Aber die Gemengelage rechts von der SPD ist unübersichtlich. Die Union verliert wegen der als zu »liberal-moderat« wahrgenommenen Merkel-Politik nach rechts zur AfD (ca. 1,07 Mio. Stimmen) und nach halb-rechts zur FDP (ca. 1,33 Mio. WählerInnen). Die Union fällt von 41,5 Prozent (2013) auf 33 Prozent in der Wahl 2017. Dabei gehen 90 Prozent der Stimmenverluste der Union an FDP und AfD.

Die Instabilität von Wählerschaft und politischen Milieus oder genauer: deren Offenheit nach rechts wird auch daran deutlich, dass die Linkspartei ca. 430.000 ihrer 2013er WählerInnen und die SPD ca. 500.000 der 2013er WählerInnen an die AfD verloren hat. Die Grünen haben nach rechts wiederum fast nichts an die AfD, sondern nur an die FDP verloren.

Wie wählten die GewerkschafterInnen? Das Gewicht der Gewerkschaftsstimmen

Ungefähr 7,8 Millionen Menschen sind in Deutschland Mitglied in einer Gewerkschaft, davon sind knapp 6 Millionen in einer der acht DGB-Gewerkschaften organisiert. Damit stellten die Gewerkschaftsmitglieder rund 12,5 Prozent der 61,7 Millionen Wahlberechtigten, die DGB-Mitglieder knapp 10 Prozent. 1994 stellten die DGB-Mitglieder noch 16 Prozent der Wahlberechtigten (wobei zu berücksichtigen ist, dass eine unbekannte Zahl der Mitglieder, entweder auf Grund ihres Alters, vor allem aber wegen ihrer Staatsangehörigkeit nicht-wahlberechtigt sind).

Von den durch die *Forschungsgruppe Wahlen* 2017 unmittelbar nach der Stimmabgabe befragten WählerInnen gaben 14 Prozent an, einer Gewerkschaft anzugehören. Umgerechnet auf die knapp 47 Millionen WählerInnen, hätten damit rund 6,6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder ihre Stimme abgegeben, was einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von 84 Prozent entspräche. Der Anteil der Befragten, die sich als ArbeiterIn einordneten, lag *insgesamt* bei 25 Prozent, der der Angestellten bei 45 Prozent (wobei hierunter sowohl Berufstätige wie RentnerInnen und Arbeitslose etc. fallen). Die *gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen* stellten fünf Prozent der Wählenden, die der *organisierten Angestellten* sechs Prozent.

Damit bleibt die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder eine durchaus relevante Größe unter den WählerInnen, ihr Einfluss auf das Gesamtwahlergebnis ist aber begrenzt. Dies ist bei der folgenden Detailanalyse zu berücksichtigen.

Das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder

Am deutlichsten unterscheiden sich die Gewerkschaftsmitglieder von den übrigen Wählenden in ihrer nach wie vor überdurchschnittlichen Präferenz für die Sozialdemokratie. Auch 2017 blieb die ideelle Gesamt-Sozialdemokratie aus SPD und LINKE unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 41 Prozent stärkste Kraft. Jedoch hat sie gegenüber der letzten Wahl deutlich an Zuspruch verloren. Dies ist vor allem auf Einbrüche bei den Stimmen für die SPD zurückzuführen, die sieben Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2013 liegen, während die Linke unter den Gewerkschaftsmitgliedern lediglich einen Prozentpunkt zulegen konnte. Das rot-rote Traumbündnis mancher Gewerkschaftslinker ist damit inzwischen meilenweit von der 60 Prozent-Mehrheit entfernt, die 1998 zumindest auf dem Papier bestand. Die nach der Agenda 2010 erfolgte Abwanderung von Stimmen der SPD hin zur Linken dominierte das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder 2005 und schwächer noch einmal 2009. 2013 verlor die Linke jedoch mehr, als die SPD zurück gewann, und beide zusammen lagen erstmals deutlich unter der 50-Prozent-Marke. Allerdings gab es 2013 noch eine deutliche absolute Stimmenmehr-

Die ›soziale Frage‹ transnationalisieren

Rezepte gegen Klassenkampf von Rechts und AfD von Stefan Dietl

»Sozialstaat? Braucht Grenzen!« – mit diesem Motto zog die AfD in den Bundestagswahlkampf. Im Wahlprogramm der Partei wurde der Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Flüchtlingspolitik so formuliert: »Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.« Eine solche Argumentation findet auch bei GewerkschafterInnen Zustimmung. Das zeigte sich bei der letzten Bundestagswahl. Der Forschungsgruppe Wahlen zufolge haben im Schnitt 15 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder (inklusive Beamtenbund) die AfD gewählt: Bei ArbeiterInnen waren es 19 Prozent und bei den Angestellten 14 Prozent, bei den BeamtInnen 10 Prozent.

Der Münchner Journalist und aktive Gewerkschafter Stefan Dietl untersucht in seinem kürzlich im Unrast-Verlag erschienenen Buch »Die AfD und die soziale Frage« die Sozialpolitik der Rechtspopulisten und benennt dabei erfreulicherweise auch die Verantwortung des DGB. Der Untertitel seines Buches, »Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus«, benennt die beiden Pole der AfD-internen Debatte und damit auch die beiden politischen Flügel der Partei. Dietl erinnert noch einmal daran, dass die Wahlalternative 2013, aus der die AfD hervorgegangen ist, als Sammelbecken von der FDP enttäuschter Neoliberaler gegründet wurde. Von Anfang an waren dabei Neokonservative mit im Boot. »Der AfD gelang es sowohl, marktradikale Eliten als auch nationalkonservative Hardliner, christlich-fundamentalistische Aktivisten und völkische Nationalisten zu vereinen« (S. 7) beschreibt Dietl das Erfolgsrezept der RechtspopulistInnen. Dabei geht Dietl auch kurz darauf ein, dass die AfD im Zuge der Wirtschaftskrise aus dem Euro aussteigen und die DM wiedereinführen will. Auch wenn sich die AfD von diesen Forderungen nicht verabschiedet hat, spielt der Euro-Ausstieg in der Parteipropaganda heute keine zentrale Rolle. Die Hetze gegen Geflüchtete und den Islam ist längst an erste Stelle gerückt.

Im Detail geht Dietl dann auf das sozialpolitische Programm der AfD und die innerparteilichen Debatten um einen Mindestlohn oder das Freihandelsabkommen TTIP ein.

Es reicht nicht, die AfD als neoliberal zu entlarven

Er zeigt, dass die AfD flügelübergreifend sowohl die Agenda 2010 als auch die Leiharbeit unterstützt. »Die Ausgrenzung und Selektion von sozial Benachteiligten nach vermeintlichen Leistungskriterien zum Wohle von Weltwirtschaft und Volk fügt sich in die sozialdarwinistische Ideologie der völkischen Antikapitalisten ebenso ein wie in das marktradikale Denken neoliberaler Hardliner.« (S. 44) Daher warnt Dietl auch vor der naiven Vorstellung, man müsse die AfD nur als neoliberale Partei entlarven, damit sie die WählerInnen aus der Arbeiterklasse verliert. Diese wählen oft die AfD nicht trotz, sondern wegen ihrer Mischung aus Sozialchauvinismus, Rassismus und Marktradikalismus, weil auch sie für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland Opfer bringen wollen und sich gegen alle die wenden, die das ablehnen. Dietl zeigt, dass die AfD damit ganz auf der Linie ihrer europäischen Bündnispartner vom Front National in Frankreich und der FPÖ in Österreich liegt. Beide seien trotz ihrer gelegentlichen Sozialdemagogie im Kern marktradikale Parteien – das zeige sich auch dar-

heit für Rot-Rot-Grün. 2017 ging auch diese unter den Gewerkschaftsmitgliedern verloren.

Angesichts der Ergebnisse der vorausgegangen Landtagswahlen konnte es leider nicht überraschen, dass der Einzug der AfD in den Bundestag auch von einem erheblichen Anteil der GewerkschafterInnen gewollt war. Bei der Wahltagsbefragung gaben 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder an, die AfD gewählt zu haben. Dies liegt gut zwei Prozentpunkte über dem Gesamtwahlergebnis dieser Partei. Unter den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen gaben sogar 19 Prozent ihre Stimme der AfD. Insgesamt stimmten 18 Prozent der ArbeiterInnen für diese Partei. Deutlicher ist der Unterschied Organisierte/Nichtorganisierte bei den Angestellten. Während hier im Schnitt nur zehn Prozent AfD wählten, waren es unter den organisierten Angestellten immerhin vier Prozentpunkte mehr. Interessant ist, dass GewerkschafterInnen insgesamt 17 Prozent aller WählerInnen der AfD stellen und damit durchaus einen relevanten Stimmenblock innerhalb der WählerInnenschaft dieser Partei bilden. Zum Vergleich: Die Anteile der Gewerkschaftsstimmen am Gesamtwahlergebnis liegen für SPD und LINKE bei jeweils 19 Prozent, bei den Grünen bei 13 Prozent und der Union bei 10 Prozent.

Ein bereits lange zu beobachtendes Bild bestätigt sich, wenn wir uns das Wahlverhalten von Frauen und Männern ansehen. Es sind auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern vor allem die Männer, die extrem rechte Parteien wählen. Zwar wählen auch zehn Prozent aller Gewerkschafterinnen die AfD, unter den organisierten Männern erzielt die Partei hingegen 18 Prozent Zustimmung. Auffallend ist auch, dass lediglich fünf Prozent der Gewerkschafter die Grünen wählen, während dies 13 Prozent ihrer Kolleginnen taten. Offenbar finden gewerkschaftlich organisierte Frauen deutlich seltener autoritäre Parteien attraktiv und können eher etwas mit ökologischen Fragen anfangen – oder sie wissen tatsächlich, was sie in Sachen Gleichstellungspolitik von der AfD zu erwarten haben.

Auch im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich nach wie vor sehr deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die LINKE brach 2017 im Osten auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern dramatisch ein, der Negativ-Trend der SPD setzte sich im Osten fort. Sie konnte hier gerade noch 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zur Stimmabgabe bewegen. Das eigentliche Alarmsignal ist jedoch der dramatische Rechtsruck im Wahlverhalten, den die Gewerkschaftsmitglieder auch im Osten nahezu ungebremst mitvollzogen. Mit 22 Prozent der Gewerkschaftsstimmen liegt die AfD gleichauf mit der Linken auf dem zweiten Platz knapp hinter der CDU. Diese konnte ihren Aufwärtstrend der letzten Jahre unter den GewerkschafterInnen im Osten nicht fortsetzen. Dieses Mal war offenbar bei nicht wenigen Gewerkschaftsmitgliedern hart-rechts gefragt. Dabei ist es überhaupt kein Trost, dass die Gewerkschaftsmitglieder im Osten im Trend des Gesamtergebnisses liegen.

In Westdeutschland hingegen schneidet die AfD insgesamt deutlich schwächer als im Osten ab, unter den Gewerkschaftsmitgliedern erzielt sie dabei aber mit 14 Prozent überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Auffallend ist der deutliche Stimmenzuwachs der LINKEN, der freilich den Einbruch von 2013 nicht vollständig rückgängig macht.

Das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern bezogen auf die AfD, vor allem das der männlichen Mitglieder, ist beunruhigend, aber nicht so richtig überraschend. Wir wissen (auch aus älteren Studien wie Fichter/Stöss/Zeuner 2005), dass es in der Gewerkschaftsmitgliedschaft Milieus, Mentalitäten und Lebenseinstellungen gibt, die eine autoritäre und protektionistische Grundierung haben. Eine Gewerkschafts- und Betriebspolitik, die auf Partizipation in Betrieb und Gewerkschaft, auf Neugierde und erlebte Demokratie setzt, wäre ein hilfreicher Ansatz gegen diese Schnittstellen von Arbeitnehmermilieus und nationalistischer Rechte. In der o.g. FU-Studie werden als wirksamste »Abwehrorientierungen« demokratische und partizipatorische Muster und »politisches Selbstbewusstsein« identifiziert (vgl. Fichter/Stöss/Zeuner u.a. 2005, S. 440). Die SPD bleibt trotz herber Verluste stärkste Partei und die Grünen haben inzwischen durch die Stimmen der Gewerkschafterinnen zumindest in Westdeutschland bei den Mitgliedern der Gewerkschaften Fuß gefasst.

Reaktionen aus den DGB-Gewerkschaften

Schaut man sich die Reaktionen auf die Wahl aus den DGB-Gewerkschaften an, so steht im Mittelpunkt die Sorge um einen sinkenden gewerkschaftlichen Einfluss bei einer Jamaika-Koalition. Immerhin, so der Tenor, ist das Schlimmste, nämlich Schwarz-Gelb verhindert worden, die eigentlich präferierte Koalition wäre aber nach dem Entgleisen des Schulz-Zuges zumindest für IG BCE und IG Metall ganz offenbar die Große Koalition gewesen. Dass die Führungsschicht des DGB auf eine linke Erneuerung der SPD hinwirken wird, bleibt angesichts der politischen Nähe von DGB-, IG BCE- und IG Metall-Spitze zum SPD-Mainstream stark zu bezweifeln. Mit Andrea Nahles können alle gut leben, mit Olaf Scholz könnten sie es aber auch. Die ver.di-Spitze ist hier auch von ihren Organisationsinteressen her anders orientiert als die großen Industriegewerkschaften, ihr Einfluss auf die SPD ist allerdings auch genau deshalb deutlich geringer. Der Einfluss der kleineren DGB-Gewerkschaften ist ebenfalls begrenzt.

Zweitstimmenanteil Gewerkschaftsmitglieder Bund 1994 – 2017

Jahr	Union	SPD	LINKE	SPD u. LINKE	Grüne	R2G	FDP	AfD
1994	30	50	6	56	7	63	3	
1998	22	56	6	62	6	69	3	(REP) 4
2002	27	51	5	56	9	65	5	
2005	22	47	12	59	8	68	6	
2009	25	34	17	51	10	61	9	
2013	32	36	11	47	8	55	3	5
2017	24	29	12	41	8	49	7	15
BTW-Ergebnis 17	33,0	20,5	9,2	29,7	8,9	38,6	10,7	12,6

Quelle: einblick versch. Jahre (ab 1998); auf Basis Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnung

Zweitstimmenanteil Gewerkschaftsmitglieder Ostdeutschland 1994 – 2017

Jahr	CDU	SPD	LINKE	SPD u. LINKE	Grüne	R2G	FDP	AfD
1994	31	36	24	60	4	64	3	
1998	22	40	24	64	4	68	2	
2002	21	46	20	66	4	70	5	
2005	18	35	30	65	5	70	6	
2009	27	23	32	56	5	61	8	
2013	34	21	31	52	4	56	1	5
2017	24	18	22	40	3	43	6	22
Wahlergebnis	27,6	13,9	17,8	31,7	5,0	36,7	7,5	21,9

Quelle: einblick versch. Jahre; auf Basis Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnung

Zweitstimmenanteil Gewerkschaftsmitglieder Westdeutschland 1994 – 2017

Jahr	CDU	SPD	LINKE	SPD u. LINKE	Grüne	R2G	FDP	AfD
1994	30	54	1	55	8	63	4	
1998	22	60	2	62	7	69	3	
2002	28	52	2	54	10	63	6	
2005	23	50	8	58	9	67	5	
2009	24	36	14	50	11	61	10	
2013	32	39	7	46	9	55	3	5
2017	24	31	11	42	9	51	7	14
Wahlergebnis	34,1	21,9	7,4	29,3	9,4	38,7	11,4	10,7

Quelle: einblick versch. Jahre; auf Basis Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnung

Auffallend ist, dass, soweit erkennbar in den öffentlichen Reaktionen, in keiner der großen DGB-Gewerkschaften eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Abstimmungsverhalten der eigenen Mitglieder im Hinblick auf die AfD stattfindet. Es überwiegt fast eine Erleichterung, dass es nicht schlimmer gekommen ist. Wenn nach Gründen gesucht wird, dominieren Erklärungsversuche, die auf die soziale Lage verweisen. Aus dem Rahmen fällt in diesem Zusammenhang eine Auswertung des DGB-Bundesvorstandes vom 29. September 2017. Dass es ganz offenbar so ist, dass die DGB-Gewerkschaften, die ausnahmslos scharf vor einer Stimmabgabe zu Gunsten der AfD gewarnt haben, diesbezüglich gar nicht mehr zu ihren Mitgliedern durchdringen, wird vereinzelt intern thematisiert. Zumindest innerhalb von ver.di wird eingestanden, dass die Gewerkschaft nicht in der Lage war, nennenswert in den Wahlkampf einzugreifen. Die Sonderausgabe der Mitgliederzeitschrift blieb teilweise massenhaft in den Bezirken liegen und auch von den anderen DGB-Gewerkschaften war – abgesehen von einzelnen Aktionen der Gewerkschaftsjugend – meist nicht viel während des Wahlkampfes zu sehen.

Dass die AfD unter den Gewerkschaftsmitgliedern Zustimmung erzielt, ist seit Langem bekannt. Was dagegen zu tun wäre, dazu überwiegt nicht zuletzt bei vielen Ehrenamtlichen die Ratlosigkeit. Ein Rettungsanker vieler Ge-

Fortsetzung auf Seite 8 oben

in, dass die FPÖ angekündigt habe, die Rechte der Gewerkschaften massiv einzuschränken.

Wenn dann immer besonders skandalisiert wird, dass doch Lohnabhängige gegen ihre Interessen wählen, wenn sie solchen Parteien die Stimme geben, übersieht dies nach Dietl, dass es nicht *das* ontologische ArbeiterInnenbewusstsein gibt, das nur entdeckt werden muss. Tatsächlich hänge die Positionierung der Menschen zu gesellschaftlichen Fragen davon ab, wie sie ihre Stellung im Kapitalismus oder ihre Abstiegsängste in der Krise interpretieren. Dabei gebe es emanzipatorische Deutungsangebote ebenso wie unterschiedliche Varianten reaktionärer Krisenlösungen. Der Rechtspopulismus bietet da durchaus eine Kriseninterpretation und findet Zustimmung bei Menschen, für die die Perspektive nicht eine transnationale Solidarität der Lohnabhängigen, sondern die Identifizierung mit einem erfolgreichen Konzern oder Industriestandort ist. Hier stellt sich die Frage, ob die DGB-Gewerkschaften einen Beitrag dazu leisten, dass ihre Mitglieder das Lager der transnationalen Solidarität stärken. Hierin sieht der Autor einen realen Beitrag gegen den Rechtspopulismus. Wenn man die Erklärungen verschiedener Vorstandsmitglieder des DGB und seiner Einzelgewerkschaften hört und registriert, dass viele GewerkschafterInnen sich an lokalen Bündnissen gegen die AfD beteiligen, sieht ihre Bilanz positiv aus. »Wer hetzt, fliegt raus«, damit erteilte der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann Rechten in seiner Organisation eine klare Absage (S. 112).

Doch das sei nur die eine Seite der Medaille. Das Propagieren eines starken Standorts Deutschland, der sich im internationalen Wettbewerb durchsetzen müsse, gehöre ebenso zum Repertoire des DGB. Eine solche Ideologie könnte zum ungewollten Scharnier für die Ideologie rechter Gruppen werden, warnt Dietl, und nimmt dabei auch auf zwei Studien Bezug: Den schon vor mehr als 17 Jahren erstellten Bericht einer »Kommission Rechtsextremismus«, die vom DGB-Bundesvorstand beauftragt wurde, die Ursachen von extrem rechten Einstellungen in der eigenen Mitgliedschaft zu untersuchen, sowie die im Jahr 2005 veröffentlichte Studie »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« von Michael Fichter, Richard Stöss und Bodo Zeuner, die erstmals zu einer größeren Diskussion darüber führte, welche Verantwortung die DGB-Politik selbst dafür trägt, dass auch die eigene Mitgliedschaft nicht immun gegen rechte Einstellungen ist.

Deutsche Facharbeiter oder Prekäre mit und ohne deutschen Pass?

Da stellt sich die Frage nach den Zielgruppen des DGB. Aktuell sind dort noch immer die gut ausgebildeten FacharbeiterInnen in der Mehrheit, die mit ihrer Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg häufig nach rechts abdriften. Die Gewerkschaften müssten sich stattdessen besonders den prekären Segmenten der Lohnarbeiter unabhängig von ihrer Herkunft öffnen, wo sie im europäischen Vergleich großen Nachholbedarf hätten, fordert Dietl (S. 116) in dem Kapitel, in dem es um gewerkschaftliche Abwehrstrategien gegen die AfD und andere RechtspopulistInnen geht. Dabei legt er das Augenmerk darauf, dass es mit einer moralischen Verurteilung der Rechten nicht getan ist. »Gewerkschaftliche Organisierung muss nicht nur unabhängig von Nation und Herkunft erfolgen, sondern auch unabhängig vom arbeitsrechtlichen Status der Betroffenen« (S. 146), schreibt Dietl und positioniert sich damit in der Diskussion um den Status von Geflüchteten in den DGB-Gewerkschaften. Dietl hat das Buch wenige Monate vor der Bundestagswahl veröffentlicht. Doch es ist nach dem Einzug der AfD in den Bundestag aktueller denn je. Schließlich sieht der Autor als einer von wenigen einen Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, dem bis in Gewerkschaftskreise verbreiteten Standortnationalismus und dem Aufstieg der RechtspopulistInnen. Und er ist auch einer der wenigen, der als Gegenmittel gegen Rechts einen solidarischen Interessenkampf der Lohnabhängigen unabhängig von ihrer Herkunft empfiehlt.

Peter Nowak

Stefan Dietl: »Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus«, Münster 2017, 167 S., ISBN: 978-3-89771-238-6, 14 Euro

Fortsetzung von »Gefahr aus der Mitte«, S. 7

werkschafter ist, dass es sich bei der rechten Stimmabgabe im Wesentlichen lediglich um einen, selbstverständlich fehlgeleiteten Protest handele, und dass die Wähler der AfD in den Betrieben vielleicht doch nicht so rechts sind, wie es derzeit scheint. Die Hoffnung ist, der ›Spuk‹ könne wieder vorübergehen. Ein Blick nach Österreich könnte da ein Warnsignal sein. Die Gewerkschaftslinke ahnt unterdessen, dass alles doch etwas komplizierter ist. Sie hat allerdings bereits in der Griechenlandkrise schmerzhaft erfahren müssen, dass ihre Argumente zur solidarischen Neubegründung Europas teilweise zwar sogar von den Gewerkschaftsspitzen zumindest per Unterschrift mitgetragen wurden, ihren Weg aber nicht in die Betriebe fanden und insgesamt keinen Einfluss auf den Lauf der Dinge hatten. Die gewerkschaftliche Linke lebt mit dem Widerspruch, dass sie um die Borniertheit betrieblicher und nationaler Interessenvertretung weiß, zugleich aber selbst innerhalb des so vorgegebenen Rahmens agiert und nur sehr selten in der Lage ist, diesen zu sprengen. Die Welle der Solidarität mit den Geflüchteten, die 2015 gerade auch unter gewerkschaftlich Aktiven breiten und aktiven Rückhalt fand, wäre hierfür eine einmalige Gelegenheit gewesen. Jedoch war sie nicht stark und stabil genug, die bis weit ins bürgerliche Lager hineinreichende Gegenbewegung des Jahres 2016, die nach der Silvesternacht von Köln eine ganz neue Dynamik erhielt, zu überstehen.

Deutschland hat ein Mitte- und Männerproblem

Die AfD ist trotz ihrer relativ guten Wahlergebnisse bei Arbeitslosen oder Arbeitern keine Partei des Prekariats oder der Arbeiterklasse. Das liegt schlicht daran, dass die Anteile dieser Gruppen an der Gesamtwahlbevölkerung klein sind und sich der Anteil der ArbeiterInnen an der erwerbstätigen Bevölkerung in 20 Jahren fast halbiert hat. 1998/99 gibt es noch einen Arbeiteranteil von ca. 34 Prozent. 2016 sind nur noch ca. 19 Prozent der Erwerbsbevölkerung ArbeiterInnen.

Hohe Stimmenanteile von rechten Parteien bei ArbeiterInnen sind sicherlich ein Reputationsgewinn für die Rechte, sie sagen aber nur wenig über die absolute Zusammensetzung und soziale Schichtung der Wählerschaft von Rechtsparteien aus.

Die Befunde der unterschiedlichen Wahlanalysen weisen in eine andere Richtung: Es sind nicht die Zustände unmittelbarer sozialer und wirtschaftlicher Bedrängnis, die zur Wahlentscheidung für die AfD führen. Typisch für die AfD-Wahlentscheidung oder typisch für den AfD-Wähler sind eher die Merkmale mittlere Einkommenslage, mittleres Bildungsniveau, Mann und Zugehörigkeit zu den traditionell rechten oder exponiert konservativen Milieus der Union vor Merkel.

Kulturelle Konflikte überlagern ökonomische und soziale Themen. Als Kernschmelze der rechten Formierung wirkte vor allem die Frage, wie man es mit der Merkelschen Flüchtlingspolitik aus dem Herbst 2015 halten soll. Die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition *nach* dem Herbst 2015 ist – wie wir wissen – der rechten Stimmung sehr weit entgegenkommen. Genützt hat es z.B. der CSU nichts. Im Gegenteil, es hat in Bayern die AfD erst recht gestärkt.

In einer aktuellen Analyse kommt Gerd Grözinger, der sich nicht auf die erfragten Sozialdaten der Wahlnachbefragung *(»Exit Polls«)* stützt, sondern die Wahlergebnisse vor dem Hintergrund der regionalen Wirtschafts- und Sozialdaten interpretiert und zuordnet, zu dem Ergebnis, dass es keinen eindeutigen Zusammenhang von »sozialer Frage« und AfD-Präferenzen gibt.

Es handelt sich um eine regional orientierte Analyse mit den Variablen: verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2014 je Einwohner, Ausländeranteil an der Bevölkerung 2015, Anteil von SGB II-BezieherInnen an der Bevölkerung 2016, Wanderungssaldo und Bevölkerungsdichte 2015, Anteil der über 60-Jährigen, Bevölkerungsanteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter 2016, Anteil Abiturienten (vgl. Grözinger 2017, S. 3).

In der Frage nach dem typischen AfD-Wähler bringt seine Studie »etwas mehr Klarheit in der Frage, ob der Anteil von AfD-Wählern eigentlich durch gegenwärtige ökonomische Miseren erklärbar ist. Zurzeit zumindest – die AfD-Wählerschaft ist durch die vielen programmatischen und personellen Häutungsprozesse dieser Partei in der Zusammensetzung recht volatil – scheint es eher auf eine aus Umfragen gewonnene Beschreibung der ›sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener‹ hinaus zu laufen«. (Grözinger2017, S. 6)

Eine ähnliche Skepsis gegenüber einer Erklärung der Geländegewinne der AfD aus unmittelbarer ökonomischer und sozialer Bedrängnis des AfD-Klientels finden wir auch bei Horst Kahrs in seinem »Wahlnachbericht und erste Analyse« vom 24. September 2017 und der Auswertung (der Bundestagswahl) des DGB-Bundesvorstands vom 29. September 2017.

In der Analyse des DGB-Bundesvorstandes heißt es: »Innerhalb der Bundesländer gibt es erhebliche Unterschiede bei den Zweitstimmenanteilen für die AfD. Gleichwohl feststellbar ist ein Ost-West-Gefälle und vor allem in Westdeutschland ein Süd-Nord-Gefälle. Arbeitslosenquoten, Einkommenshöhe oder die Quote der SGB II-Abhängigkeit können die großen Unterschiede bei den Zustimmungswerten nicht erklären. (…) Treiber für eine Wahlentscheidung für die AfD ist vor allem die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage, dabei ist aber nicht die objektive Lage ausschlaggebend, sondern die subjektive Wahrnehmung. Dort, wo diese individuelle Unzufriedenheit auf Ablehnung einer auf Kompromisse angewiesenen Demokratie sowie auf eine Feindlichkeit gegenüber einer vielfältigen und offenen Gesellschaft trifft, hat die AfD ihre größten Erfolge. Hinzu kommt eine Protesthaltung (60 Prozent der AfD-Wähler) gegen die amtierende Bundesregierung und ihre flüchtlingspolitischen Entscheidungen.« (DGB 29. September 2017, Zusammenfassung S. 2)

Cornelia Koppetsch wiederum setzt sich mit den »Macht- und Geltungseinbußen« von »spezifischen Gruppen in der Mittelschicht« auseinander. Derartige Geltungsverluste müssen nach Koppetsch »nicht notwendig durch berufliche oder soziale Deklassierung, sie können auch durch Modernisierungsschübe verursacht worden sein.« (Koppetsch 2017, S. 3)

Die auffällig größeren Präferenzen von Männern zur AfD sind ohne die angesprochenen Geltungsverluste nicht zu erklären. Nach den *Exit-polls* der Forschungsgruppe Wahlen haben 16 Prozent der befragten Männer AFD gewählt, bei den Frauen waren es nur 9 Prozent.

Wir halten es für notwendig, diese Spuren in der Mitte der Gesellschaft weiter zu verfolgen und die Erfolge der neuen Rechten nicht durch zu voreilige ökonomistische Deutungen zu simplifizieren. Das Terrain der Auseinandersetzung mit der neuen Rechten ist mehr von kulturellen Konflikten und dem Ringen um demokratische und menschenrechtliche Standards geprägt. Die Bekämpfung von Armut in diesem reichen Land steht unabhängig davon auf unserer Agenda und bedarf keiner besonderen Legitimation als »Kampf gegen rechts«.

Das schließt aber weder in der Analyse der rechten Geländegewinne noch für die eigene Praxis in Betrieb und Gesellschaft aus, sich mit den materiellen Rahmenbedingungen der Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklung z.B. in den proletarischen Ruhrgebietsquartieren auseinanderzusetzen, wo die Rechte stark gewonnen hat. Ein kultureller Focus erklärt bezogen auf die AfD sehr viel, aber eben nicht alles.

Die Hoffnung oder die Erwartung, dass der Kampf um »soziale Gerechtigkeit« in der Auseinandersetzung mit der neuen Rechten der zentrale Anker, die große begriffliche Klammer sein kann, teilen wir nicht. Dafür ist die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit in den ArbeitnehmerInnenmilieus zu unterschiedlich aufgeladen. Raum gewonnen haben eben auch Vorstellung von »Gerechtigkeit«, die den Schwerpunkt auf Leistung und etablierte Vorrechte von z.B. Einheimischen legen.

Die Schlussfolgerungen aus der 2005er-Studie von Fichter, Stöss und Zeuner zu »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« sind über den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder verallgemeinerbar: Die wirksamste Abwehrorientierung gegen Autoritarismus und Rechtsextremismus ist eine eigene demokratische Praxis und eine Routine in der Anerkennung von Rechten anderer.

Literatur:

- *Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: »Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Abschlussbericht«, FU Berlin 2005*
- *Grözinger, Gerd: »Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Eine regionalorientierte Analyse«, Europa-Universität Flensburg 2017*
- *Koppetsch, Cornelia: »Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte«,, Soziopolis 12. April 2017*
- *Kahrs, Horst: »Wahlnachbericht und erste Analyse. Die Wahl zum 19. Dt. Bundestag am 24. September 2017«*
- *DGB-Bundesvorstand: »Bundestagswahl 2017: Auswertung der Ergebnisse. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien«, herausgegeben vom VB 04, 29. September 2017*

Antipasti

DGB gegen Hartz IV. Oder?

Wie die *junge welt* am 27. Oktober berichtete, ist dem Vorstand des DGB offenbar die Kritik der eigenen JuristInnen an der Hartz IV-Sanktionspraxis nicht genehm. In einer Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht hatten diese es einen eklatanten Verstoß gegen die Menschenwürde genannt, wenn Erwerbslosen wegen unerwünschter Verhaltensweisen, »die noch nicht einmal als Ordnungswidrigkeit zu klassifizieren sind«, die Existenzgrundlage gekürzt wird. Mit der Agenda 2010 sei das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit individualisiert und den Betroffenen allein aufgebürdet worden. Der Sozialhilfeverein *Tacheles* hatte die Stellungnahme auf seiner Homepage veröffentlicht und sie auf Bitte des DGB wieder entfernt. Die *jw* vermutet DGB-internen Streit über diese deutliche Kritik an den Hinterlassenschaften der SPD als Grund für die Intervention.

Nimm dies, Scheißladen!

Immer wieder gibt es spektakuläre Berichte über gezielte Störaktionen einzelner MitarbeiterInnen mehr oder weniger bekannter Unternehmen, die ein mehr oder weniger großes PR-Desaster auslösen können. Relativ frisch ist das Beispiel des vorübergehend gelöschten Twitteraccounts von Donald Trump. Die KollegInnen von der aktion ./. arbeitsunrecht vermuten, dass es solche Fälle von Sabotage und Schabernack auch in Deutschland häufiger gibt, als einer größeren Öffentlichkeit bekannt ist. Sie rufen zur Einsendung von Berichten und Beispielen auf. Mehr unter https://arbeitsunrecht.de/twitter-trump-und-co-helden-den-letzten-arbeitstags/

Keine Tarifeinheit im Krankenhaus

Wie ver.di und Marburger Bund in einer gemeinsamen Presseerklärung ankündigen, planen die beiden Gewerkschaften eine Vereinbarung, die das Tarifeinheitsgesetz in Krankenhäusern aushebeln soll. Beide Organisationen verpflichten sich demnach, in ihre Tarifforderungen stets auch eine Klausel aufzunehmen, die eine etwaige Verdrängung eines Tarifvertrages der jeweils anderen Gewerkschaft ausschließt. Laut Tarifeinheitsgesetz soll die Mitgliederzahl darüber entscheiden, welche Gewerkschaft in einem Unternehmen allein gültige Verträge schließen kann.

VW: Durchsuchungen

Am 14. November hatte VW die Staatsanwaltschaft und die Steuerfahndung zu Gast. Die Ermittler durchsuchten Büros von Vorstandsmitgliedern und das Büro des Betriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh. Neben dem Verdacht der Steuerhinterziehung steht auch der Vorwurf im Raum, der Betriebsrat sei mit deutlich überhöhten Bezügen bedacht worden. Das Unternehmen beteuert, das Einkommen des BR-Vorsitzenden entspreche den Regeln des Betriebsverfassungsgesetzes; laut FAZ sagte Osterloh, er beziehe bis zu 750.000 Euro im Jahr. Ob legal oder illegal: Es wäre nicht das erste Mal, dass VW seinen Betriebsräten eine bevorzugte Behandlung angedeihen lässt.

Tödlicher Arbeitsunfall

Auf dem Gelände der Salzgitter AG (ein Stahlwerk in Salzgitter) ist am 12. November ein 33-jähriger Arbeiter von einem tonnenschweren Eisengewicht erschlagen worden. Laut Unternehmen war der Tote Mitarbeiter einer »Fremdfirma«. Wie es trotz »hoch entwickelter« Arbeitssicherheit zu dem Unfall kommen konnte, könne man sich nicht erklären.

Stets links der Mitte

Philipp Kufferaths Buch über Peter von Oertzen – Von Rudolf Walther

Philipp Kufferath: »Peter von Oertzen 1924 – 2008. Eine politische und intellektuelle Biographie«, Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 797 Seiten, ISBN 9783 835330498, 49,90 Euro

Die rohen Lebensdaten Peter von Oertzens (1924-2008) sind unspektakulär und deuten auf die Normalität des Lebens eines Politikers hin, der auch Professor war: SPD-Mitglied (1946-2005, ab 1973 20 Jahre im Parteivorstand), Politikwissenschaftler und Professor (1963-70, 1975-82), Landtagsabgeordneter (1955-59, 1967-82), Kultusminister in Niedersachsen (1970-74), wissenschaftlicher und politischer Publizist. Die umfangreiche, detailgenaue Biografie Peter von Oertzens, die aus der Dissertation von Philipp Kufferath hervorgegangen, aber trotzdem lesbar ist, gewinnt aus diesen Daten und dem riesigen Archivmaterial ein faszinierendes Bild des nonkonformistischen Wissenschaftlers und Politikers und beleuchtet die politisch-historischen Kontexte, in denen von Oertzen sich bewegte, die ihn prägten und in die er in vielfältiger Weise hineinwirkte.

Väterlicherseits stammte von Oertzen aus »der fluchwürdigen Klasse der preußischen Junker«, wie der 22-Jährige 1946 schrieb, mütterlicherseits aus einer bildungsbürgerlich-künstlerischen Familie. Sozialdemokratische Einflüsse existierten nicht. Der Vater aus der landlos gewordenen Junkerfamilie unterhielt als Journalist Kontakte zum antidemokratischen, antibürgerlichen und elitären Tat-Kreis aus der Umgebung der Konservativen Revolution. Die Eltern trennten sich, als Peter von Oertzen zehn Jahre alt war. Solange es sich die Alleinerziehende leisten konnte, besuchte der Sohn ein Internat und eine Reformschule in Berlin. Als Gymnasiast geriet er in eine nationalsozialistisch imprägnierte Erziehungsdrillanstalt, aus der der noch nicht ganz 18-Jährige am 21. März 1942 in den Krieg geschickt wurde, in dem sein Vater 1944 umkam und der Sohn zweimal verletzt wurde.

Erst im Studium in Göttingen ab November 1946 setzte er sich mit der »Diabolik des entsittlichten Militärstaates« auseinander, trat der streng antikommunistischen Schumacher-SPD und dem SDS bei, wo er bereits ein Jahr später Landesvorsitzender wurde. Der SDS rügte ihn, weil er das »Volksbegehren für einen Volksentscheid zur deutschen Einheit« unterschrieb, das die SED lanciert und die westlichen Besatzungsmächte verboten hatten. Von Oertzen legte sein Amt nieder.

Die ehemaligen Kommunisten Erich Gerlach, Edu Wald und Siggi Neumann wurden neben Wolfgang Abendroth und dem Trotzkisten Jakob Moneta seine intellektuellen und politischen Mentoren. Durch sie lernte er die Schriften unorthodoxer und parteipolitisch marginalisierter Sozialisten (Fritz Lamm, Henry Jacoby) und Kommunisten (Karl Korsch, Georg Lukács), aber auch Bücher aus dem Umkreis der Frankfurter Schule und der »Marxismusstudien« von Iring Fetscher u.a. kennen.

In den Jahren, als seine Dissertation zur »Sozialen Funktion des staatsrechtlichen Positivismus« (1953) entstand, bildete sich auch von Oertzens Marx-Verständnis aus, dem er zeitlebens treu blieb. Er verstand den Marxismus nicht als Dogmensammlung, sondern als Instrument zur politischen Analyse in der praktischen Absicht, strategische Einsichten zu gewinnen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu reformieren. Dieses theoretisch und historisch fundierte Politikverständnis, das zugleich dem Pragmatismus und der Auslotung politisch-machbarer Spielräume verpflichtet war, wurde zum Markenzeichen des Politikers von Oertzen, der von Jusos und Parteilinken ebenso respektiert wurde wie von Gewerkschaftern und Parteirechten im Seeheimer Kreis und unter den rechten Sozialdemokraten im Bundestag, den »Kanalarbeitern«.

Auf dem Programmparteitag der SPD 1959 präsentierte von Oertzen eine »wirtschaftsdemokratische Alternative« zur »sozialen Marktwirtschaft« mit den Eckpunkten »Sozialisierung, Mitbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung«. Unterstützt wurde der Alternativentwurf nur von 15 Delegierten, darunter jene aus dem Bezirk Hessen-Süd (Heinz Brakemeier, Helga Einsele, Walter Möller). Willi Eichler vom Parteivorstand fertigte den Alternativentwurf als »kalten Kaffee« ab. Danach boykottierte die SPD von Oertzens wissenschaftliche Karriere und verweigerte ihm die Zusammenarbeit für eine soziologische Studie über SPD-Funktionäre. Erst neun Jahre nach der Promotion habilitierte sich von Oertzen 1962 – nach hartem Ringen mit konservativen Gutachtern – mit einer historischen Arbeit über die Rätedemokratie von 1918/1919. Arbeiterräte sind für von Oertzen »Organe, die auf die Veränderung der wirtschaftlichen Herrschaftsstruktur gerichtet sind. Sie erstreben (…) die unmittelbare Teilnahme der Arbeiter an den bisher durch die Unternehmer bzw. Manager ausschließlich wahrgenommenen Leitungsfunktionen«. Das Buch begründete seinen »Ruf als rätesozialistischer Intellektueller«.

Neben dem Netzwerk der Parteilinken pflegte von Oertzen auch seine Beziehungen zu kritischen Gewerkschaftern (Viktor Agartz, Theo Pirker) sowie zu den Einzelgewerkschaften IG Metall (Paul Brandenburg, Siggi Neumann) und IG Druck, Papier, Keramik. Im »Zehnerkreis« traf sich von Oertzen mit führenden Gewerkschaftern wie Otto Brenner.

Von Oertzen ging es dabei um die Zerstreuung der Illusion, »dass eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung irgendetwas mit Sozialismus zu tun habe«. Er plädierte vielmehr für die Motivierung der Arbeitenden zur Selbstaktivität mit der Perspektive, Mitbestimmung mittelfristig in Selbstbestimmung zu verwandeln. Für eine gemeinsame Tagung der IG Metall und der »Sozialwissenschaftlichen Vereinigung e.V.« über Mitbestimmung und Selbstbestimmung gewann von Oertzen 1963 Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg u.a. Professoren als Schirmherren. Nach der erfolgreichen Tagung wollte von Oertzen einen Sammelband herausgeben zum Thema »Bestandsaufnahme der gesamtgewerkschaftlichen Situation«. Aber der Vielbeschäftigte hatte den Arbeitsaufwand unterschätzt. Das Projekt scheiterte. Oskar Negt brachte mit seinem Beitrag über »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen« (1968) – einen Grundlagentext für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die Erwachsenenbildung überhaupt – separat heraus.

Gewaltigen Ärger bekam von Oertzen 1967 mit seinem Schulungsmaterial für die IG Metall. Willi Michels von der DGB-Zentrale erhob den Vorwurf, das Heft sei »unvereinbar mit der im letzten Jahrzehnt entstandenen gewerkschaftlichen Programmatik.« Otto Brenner verteidigte von Oertzen, und Hans Matthöfer von der IG Metall schlichtete den handfesten Krach, indem er an von Oertzens Text ein paar kosmetische Änderungen vornahm.

Von Oertzen wandte sich gegen die Wiederbewaffnung und die Aufrüstung und verärgerte damit die militanten Antikommunisten in der SPD, war aber geschickt genug, sich nicht von der SED und ihren westlichen Vorfeldorganisationen instrumentalisieren zu lassen. Mit dem »Elzer Kreis« baute er ein Netzwerk von linken Sozialdemokraten, linken Gewerkschaftern, Linkssozialisten und kritischen Sozialwissenschaftlern auf, die dem herrschenden Parteiapparat intellektuell und politisch gewachsen waren und bald ein Gegengewicht zu diesem bildeten. Dazu bediente er sich linker Zeitschriften wie der *Sozialistischen Politik* (1954-1966) und der legendären, hektografierten *Arbeitshefte* (1962-1967), aber auch der offiziellen Organe der SPD (*Neue Gesellschaft*) und der Gewerkschaften (*Gewerkschaftliche Monatshefte*). Als die *Sozialistische Politik* 1966 eingestellt wurde, wechselten Redakteure und Autoren, darunter auch von Oertzen, zum *express international*, der von Mitgliedern des SDS und des »Frankfurter Kreises« (Jusos, linke Gewerkschafter, linke SPD-Mitglieder) herausgegeben wurde. Die Zeitschrift erfüllte eine Scharnierfunktion zwischen alter und neuer Linker sowie SPD und Gewerkschaften. Als Radikaldemokrat und Radikalreformist hielt er an seiner Partei fest, pflegte aber eine netzförmig strukturierte, kooperative und plurale Kommunikation mit Syndikalisten, Trotzkisten und Anarchisten.

Zeitlebens blieb von Oertzen jedoch ein unerbittlicher Kritiker von autoritärem Leninismus und terroristischem Stalinismus (»der diktatorische Kommunismus ist der Todfeind des demokratischen Sozialismus«, 1972). Er stellte sich aber immer auch gegen die »berufsmäßigen Kommunistenfresser«, denen der linke Pluralismus und die Anerkennung abweichender politischer Konzeptionen ein Dorn im Auge waren. Dieses Bekenntnis zum Pluralismus führte auch zum Streit mit Wolfgang Abendroth, dem einzigen Marxisten auf einem Lehrstuhl in der BRD anfangs der 60er Jahre. Nach dem Beschluss der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und im SDS vom November 1961 gründete Abendroth die »Sozialistische Fördergesellschaft« und, fast parallel dazu, einige Linke aus Hessen, darunter Heinz Brakemeier, den »Sozialistischen Bund« – die Mitgliedschaft beider Kreise deckte sich weitgehen. Von Oertzen hielt den maßgeblich von Herbert Wehner betriebenen Ausschluss des SDS für falsch und Wehner für einen »geistig kranken, perversen Ex-Stalinisten, der die in der KP erlernten Methoden (…) dazu benutzt, den letzten Rest von Freiheit in der Partei auszurotten.« Aber auch die Gründung einer neuen Partei erschien von Oertzen »wenig sinnvoll.« Er trat nicht aus der SPD aus, obwohl er diese auf dem Weg sah, zur »Wahlmaschinen- und Pfründenpartei« zu verkommen. Daraufhin warf Abendroth von Oertzen in stramm leninistischem Parteiverständnis »Verrat« vor, was die Beziehung der beiden dauerhaft trübte.

Als Kultusminister in Niedersachsen bewies von Oertzen mit der Berufung von Oskar Negt, Jürgen Seifert, Michael Vester und nicht weniger als vier ehemaligen Assistenten von Wolfgang Abendroth zu Professoren, was er unter linkem wissenschaftlichem Pluralismus verstand. Damit machte er sich die konservative Professorenschaft im »Bund Freiheit der Wissenschaft« bundesweit zu seinem aggressivsten Gegner.

Auch bei der Anwendung des »Radikalenerlasses«, der vor allem bei Lehrereinstellungen eine wichtige Rolle spielte, verfuhr von Oertzen als Kultusminister moderat. In 99 Prozent der Überprüfungen begnügte sich seine Behörde mit einer Abfrage in einer Datenbank, die nur Namen von Mitgliedern politischer Organisationen enthielt. Nur bei 0,5 Prozent der Überprüfungen kam es zu einer persönlichen Anhörung, und 28 der 176 zwischen 1972 und 1976 angehörten Personen wurden – mit umfassender schriftlicher Begründung – nicht eingestellt. Damit unterschied sich Niedersachsen deutlich von der beschämenden »Radikalen-« und »Sympathisantenjagd« in anderen Bundesländern. Später bezeichnete von Oertzen die Befürwortung des »Radikalenerlasses« als »großen Fehler«, dessen »ich mich heute noch schäme.«

Viel Zeit und Energie investierte von Oertzen in die Erarbeitung des »Orientierungsrahmens ‘85«, der zwar einiges über »Wirtschaftslenkung«, »Vergesellschaftung« und »soziale Gleichheit«, aber auch viel »Biedermeierliches« (so Claus Offe und Jürgen Habermas in einem *Zeit*-Artikel. Von Oertzens Hoffnung, das Programm könnte dereinst die sozialdemokratische Politik leiten, war reines Wunschdenken. Von Oertzen kehrte 1975 wieder an die Universität zurück.

Auf die Entstehung grüner, alternativer und bunter Listen Ende der 70er und schließlich der »Grünen« als Partei Anfang der 80er Jahre reagierte von Oertzen mit Skepsis, sah in ihnen jedoch keine Gefahr von links. Aber wegen seiner vielfachen Kontakte zu Linken außerhalb der SPD galt er in der Partei fortan als der Beauftragte für »fremde Heere links«. Was die »Grünen« betrifft, so stellte er 1987 ebenso nüchtern wie klar voraussehend fest: »Der rechte Flügel der Grünen hat gesellschaftspolitische Vorstellungen, die der Späth-CDU oder der FDP näher stehen als den mittleren und linkeren Strömungen in der SPD«. Philipp Kufferath kommt zum Ergebnis, dass von Oertzen im Alter zu Positionen gelangt sei, die das »Sozialistische Büro in den 70er Jahren« konzipiert habe.

Nach der Wiedervereinigung, die sich von Oertzen lieber als Neugründung nach Art. 146 GG gewünscht hätte, geriet er an den linken Rand des politischen Spektrums. Vollends enttäuscht über die »Agenda 2010« seiner Partei, trat er 2005 – nach fast 60 Jahren Mitgliedschaft – mit der Begründung aus: »Ich bin und bleibe Sozialist«, weshalb er in der SPD nicht mehr »am rechten linken Platz« sei. Für die »Riester-Rente«, den »Niedriglohn-Sektor«, die »Ich-AG« und andere Quacksalbereien aus der Schröder-Blair-Hartz-Apotheke hatte der Sozialist von Oertzen nur Verachtung übrig.

Kufferaths Biografie ist eine Fundgrube für alles, was sich seit 1949 links von der Mitte bewegte. Von Oertzen war bis ins hohe Alter ein passionierter Briefschreiber, fertigte Durchschläge an und bewahrte alles auf. Nicht zuletzt dies ermöglichte es dem Biografen, sein bedeutendes Buch zu schreiben.

Rudolf Walther

Auf Perlensuche ...

Interview mit Thomas Goes über die Tagung »Organisieren – Kämpfen – Gewinnen«

OKG, das steht für Organisieren, Kämpfen, Gewinnen – und genau das war auch Ziel der gleichnamigen Tagung, die am 28. und 29. Oktober in Kassel stattfand, um betrieblich Aktiven, interessierten GewerkschafterInnen und Menschen aus Solidaritätskreisen Raum zu geben, über Herausforderungen und Erfolge in der eigenen Arbeit »für eine unbequeme, lebendige und solidarische Gewerkschaftsarbeit« zu diskutieren. Aber ist das nicht das Anliegen aller Tagungen und Konferenzen der gewerkschaftlichen Linken, von denen es im Herbst nicht wenige gab? Wir haben mit Thomas Goes aus dem Vorbereitungskreis darüber gesprochen, was diese Tagung zu etwas Besonderem machte.

express: *Bevor wir zum Inhalt des Programms kommen: Auf der Tagung gab es eine ganze Reihe bekannter Gesichter, darunter viele Aktive aus Betrieben und aus unterschiedlichsten Gewerkschaften. Man könnte denken, dass es für die TeilnehmerInnen, aber auch für die VeranstalterInnen schon eine Vielzahl von Orten gibt, an denen sie aktiv sind. Warum und wann hat sich OKG gegründet, warum diese Tagung als OKG und nicht als Teil der – anderen – Gewerkschaftslinken?*

Thomas Goes: Gegründet haben wir uns 2014, davor haben wir aber bereits intensiv diskutiert. Die Idee ist aufgekommen, nachdem ich 2011 bei *Labor Notes* in den USA ein Praktikum gemacht hatte. Ich konnte mir ihre Bildungsarbeit angucken und habe auch einen ganz guten Einblick in ihre Zeitungs- und Vernetzungsarbeit bekommen. Ziemlich überzeugend fand ich ihre »Philosophie« – also aufgrund welcher Grundannahmen und entlang welcher Prinzipien sie ihre Arbeit ausrichten. Darüber habe ich in Deutschland dann mit FreundInnen und GenossInnen gesprochen, die dann zur LN-Konferenz gefahren sind, um sich selbst zu informieren. Wir waren uns schnell einig: In Deutschland gibt es eine Reihe guter Sachen, etwas wie *Labor Notes* aber nicht. So kam die Idee in die Welt.

Mit unserer Konferenz wollten wir insbesondere einen Ort schaffen, wie wir ihn bisher so nicht kennengelernt haben: in erster Linie für KollegInnen aus den Betrieben. Für uns ist das ein Pilotversuch gewesen. Unser Anspruch ist nicht in erster Linie, linke KollegInnen aus den Betrieben zusammenzubringen, sondern Menschen, die sich wehren wollen – das ist in der Praxis ein feiner, aber wichtiger Unterschied, weil es die Themen und auch die Sprache bestimmt, um die es geht. Wir hoffen, dass das bei der nächsten Konferenz noch besser klappen wird.

Wichtig war uns auch, dass Hauptamtliche die Debatten und das Geschehen nicht dominiert haben. Wir schätzen z.B. die Streikkonferenz der Rosa Luxemburg Stiftung sehr. Uns ist aber aufgefallen, dass dort überwiegend – natürlich nicht nur – Hauptamtliche das Wort ergreifen. Wir wollen es mit unserer Konferenz genau umgekehrt machen: einen Raum für Störenfriede aus den Betrieben schaffen, in dem Hauptamtliche natürlich auch einen Platz finden können. Vielleicht sollte man dazu sagen, dass wir uns mit unserem Konzept locker an die Konferenzen von *Labor Notes* anlehnen.

Wir wissen, dass es zu wenige, nicht zu viele Orte gibt, an denen ArbeiterInnen sich treffen, austauschen, voneinander lernen und darüber reden können, welche Mittel und Schritte in den konkreten betrieblichen Kämpfen, aber auch in weitergehenden Auseinandersetzungen brauchbar und nötig sind. Was es dagegen öfter gibt, das sind Orte, wo man sich Ähnliches wünscht – i.d.R. dann aber doch eher linke Fragestellungen im Vordergrund stehen.

Das hat dann zur Konsequenz, dass doch eher linke Aktivisten und Funktionäre sprechen. Das sagen wir und wissen im gleichen Moment: Viele dieser Aktivisten und Funktionäre wünschen sich Orte, an den KollegInnen miteinander sprechen, um in ihren Kämpfen weiterzukommen – verrückt oder? Wir sollten also eher mehr solche Orte schaffen. Das heißt natürlich nicht, dass man das Rad immer neu erfinden muss bzw. Kooperation mit anderen überflüssig wäre. Im Gegenteil.

Ihr habt auf der Tagung Podien und Workshops zu einer Reihe von betrieblichen Auseinandersetzungen im Programm gehabt: Amazon, wo seit Jahren für einen ver.di-Tarifvertrag statt eines Haus-Tarifvertrags auf Basis der schlechteren Logistik-Konditionen gekämpft wird; der botanische Garten in Berlin, wo Beschäftigte gerade versuchen, überhaupt erst mal einen Haustarif durchzusetzen – ähnlich wie bei einem Gastronomiebetrieb der Uniklinik Göttingen, in dem es ebenfalls um die Rolle von Beteiligung als Erfolgsfaktor für die Tarifarbeit geht; oder die Betriebsratsarbeit in unterschiedlichen Assistenz-/Pflege-Unternehmen und, relativ prominent, die Charité-Auseinandersetzung als Beispiel für betriebliche Kämpfe, von denen gesellschaftsverändernde Impulse ausgehen. Wie kam es zur Auswahl dieser Beispiele? Sind das Betriebe, in denen Ihr ohnehin aktiv seid, stehen sie exemplarisch für relevante Entwicklungen von Branchen bzw. Arbeitsverhältnissen? Und ging es Euch bei dieser Auswahl eher um Erfolgsbeispiele oder auch um eine Analyse von Gründen für Niederlagen, um besondere Herausforderungen und Schwierigkeiten?

Grundsätzlich wollen wir, dass Aktive und solche, die es werden wollen, voneinander lernen können. Das heißt auch, dass wir sowohl Niederlagen als auch Erfolge auf den Konferenzen diskutieren wollen – auf dem Auftaktpodium zu »Union Busting und Antworten darauf« hatten wir ja auch ehemalige Betriebsräte, die im Rahmen einer Umstrukturierung abgewickelt wurden.

Das ist ein wichtiger Punkt. Wir sagen als OKG natürlich, dass man nicht gewinnen kann, wenn man nicht organisiert, plant und kämpft. Aber wir betonen auch, dass heutzutage viele unserer Auseinandersetzungen in Niederlagen münden. Aus Niederlagen lernen und mit ihnen umgehen lernen, beides ist sehr wichtig – auch, um Dauerfrustration und Resignation entgegenzuwirken.

Natürlich spielte bei der Zusammenstellung des Programms eine Rolle, in welche Branchen bzw. Bereichen wir bereits Kontakte hatten bzw. in denen oder zu denen einzelne von uns arbeiten. Das gilt nicht nur für den Werkzeugmaschinenbau, sondern eben auch für Bereiche wie Amazon oder den Krankenhaussektor.

Ich habe ja bereits erwähnt, dass die Konferenz für uns ein Pilotprojekt war, an dem wir auch selber lernen wollen. Deshalb haben wir nicht versucht, möglichst viele unterschiedliche Bereiche abzudecken. Bei der nächsten Konferenz werden wir das sicher ausweiten. Uns ist schon aufgefallen, dass kaum MetallerInnen da waren. Das sollte natürlich nicht so sein.

Ihr habt auf der Konferenz kräftig Werbung gemacht für die auf Deutsch erschienene Übersetzung der letzten Labour Notes-Publikation »Secrets of a successful Organizer« und gleich zwei Methodenworkshops, wie man sie aus den Handwerkskoffern einschlägiger Organizing-Schulungen kennt, angeboten: »1:1-Gespräche«, um »Apathie unter Beschäftigten zu überwinden«, und »Aktivenkreise aufbauen«. In einem Interview, in dem es um die Frage ging, wie die von Euch im Rahmen einer Studie an der Uni Jena festgestellten Organisierungserfolge in Ostdeutschland zu erklären sind, hattest Du letztes Jahr gesagt: »Es gibt ja jetzt schon eine längere Diskussion über und auch viele Erfahrungen mit ›Organizing‹. Also einem Ansatz, bei dem extern Hauptamtliche versuchen, die Belegschaften zu organisieren. Wichtig ist daran ja die Einsicht, dass der ausufernden Kapitalmacht nur etwas entgegengesetzt werden kann, wenn man aktiv Belegschaften bei der Organisierung unterstützt. Aber das scheint mir doch oft etwas stark auf die ›Organizer‹ ausgerichtet zu sein, auch wenn natürlich in solchen Organisierungskampagnen ›Aktivengruppen‹ aufgebaut werden sollen. Für mich ist die erste Schlussfolgerung schlicht: Diese Aktivengruppen sind das A und O, aber sie sind auch nur das A und O, wenn sie in der Lage sind, ihre KollegInnen zu gewinnen – also selbst nicht in so eine Art elitärer Stellvertreterlogik verfallen. Denn eins muss man wissen: Die Geschäftsleitungen nutzen sowas knallhart aus, setzen auf Spaltungen der Belegschaften. (...) Es müsste eigentlich also in unseren Gewerkschaften darum gehen, diese Kultur der Alltagsorganisierung zu verbreiten.« (Rückenwind für die Gewerkschaften?, online unter: www.organisieren-gewinnen.de/index.php?id=60)

Unsere Frage dazu: Die Organizing-Bemühungen in den USA, auf die sich viele Gewerkschaften hierzulande positiv beziehen, sind dort ja eher aus einer Situation gewerkschaftlicher Schwäche entstanden. Die repressive Right to work-Gesetzgebung, sehr niedrige Organisationsgrade, der geringe Einfluss der Gewerkschaften als Lobbyisten auf der parlamentarischen Bühne etc. mögen hier als Beispiele genügen. Wie schätzt Ihr die Übertragung solcher Formen, überhaupt wieder eine gewerkschaftliche Basis aufzubauen, auf die hiesige Situation ein? Wo seht Ihr die Grenzen dieser Bemühungen, oder anders: Wieso und inwiefern übernehmt Ihr diese Ansätze bzw. worin unterscheidet sich Euer Zugang von diesen Organizing-Tools? Versteht Ihr Euer Engagement in der Vermittlung solcher Techniken ergänzend zu den Bemühungen in den Gewerkschaften – oder geht es um andere Ziele?

In der Defensive sind wir ja auch hier – Rückgang der Mitgliedszahlen, der Tarifdeckung, der Vertretung durch Betriebsräte, rückgängige Vertrauensleutestrukturen oder auch die große Bedeutung von Co-Management als politische Orientierung.

Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass zwischen der Linken und denen, die sich in den Betrieben wehren oder wehren wollen, »der Faden gerissen« ist. Soll heißen: In den letzten Jahren sind Jahrgänge von linken Betriebsräten, Vertrauensleuten oder einfach aktiven GewerkschafterInnen raus, die zum Teil in den 1970er Jahren sozialisiert worden sind. Natürlich gibt es auch jüngere Leute. Aber wir glauben, dass »die Linke« in den Betrieben immer kleiner wird.

Was wir also machen müssen, ist auf der Linie von »Anti-Konzessions-Politik« und dem Streit für Gewerkschaftsdemokratie in Betrie-

Handeln gegen die eigene Kreuzigung

Erwiderung auf den Artikel von Werner Volz – von Benedikt Hopmann*

Unter dem Titel »Jetzt haben wir's ihnen gezeigt« hatte Werner Volz im letzten *express* (Nr. 9-10/2017) anhand der Veröffentlichung des Buchs »Streik und Menschenwürde – Der Kampf der Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit«, herausgegeben vom Bremer Daimler-Aktivisten Gerd Kupfer und 2017 im VSA-Verlag in der Reihe »widerständig« erschienen, nach alternativen Kampfformen gegen Outsoucing durch Onsite-Werkverträge gefragt – Alternativen auch zum Arbeitskampfmittel Streik, das in Bremen zum Einsatz kam.

Benedikt Hopmann, Anwalt der Bremer KollegInnen und bekannt geworden u.a. durch den Emmely-Fall, schickte uns seine Erwiderung auf die Argumentation von Werner Volz, dass »mit dem Florett Mikropolitik« auch unterhalb des Streiks erfolgreich gegen Werkverträge gekämpft werden könne.

Werner Volz geht davon aus, dass Brian ans Kreuz genagelt wurde. Das Kreuz ist die Onsite-Werkvertragsvergabe im Mercedes-Werk in Bremen.

Werner Volz spinnt seinen Vergleich zwischen dem Streik der Dauernachtschicht im Mercedes-Werk Bremen und der Geschichte aus dem Film »Das Leben des Brian« weiter: »In dieser begeht die Judäische Volksfront mit den Worten ›Jetzt haben wir's ihnen gezeigt‹ an der Kreuzigungsstätte kollektiven Selbstmord. Dabei hätte sie mangels ausreichender Bewachung durch die römischen Besatzer Brian vom Kreuz holen und damit retten können.«

Die Werkvertragsvergabe hätte also nach Meinung von Werner Volz wieder rückgängig gemacht werden können.

Abgesehen davon, dass schon die von Werner Volz beschriebenen mikropolitischen Handlungsmöglichkeiten erkennen lassen, wie schwer es ist, eine Rückverlagerung erfolgreich durchzusetzen, geht es in seinem Artikel auch nicht wirklich darum, dass »Brian vom Kreuz« geholt wird. Auch wenn Werner Volz davon spricht, dass Betriebsräte »zuweilen« die Rücknahme von Werkverträgen erreichen – die Strategien, die in dem Artikel vorgeschlagen werden, laufen im Wesentlichen darauf hinaus, die Folgen von Ausgliederungen durch Werkverträge zu mildern, also Brian am Kreuz weiter leben zu lassen.

In der Reihe »widerständig« des VSA-Verlags wird im Dezember diesen Jahres ein Buch erscheinen, in dem an einem konkreten Beispiel beschrieben wird, wie eine Auslagerung erfolgreich rückgängig gemacht werden konnte: Jana Seppelt, Reinhold Niemerg u.a.: »Der Aufstand der Töchter – Botanischer Garten Berlin: Gemeinsam staatlich organisierte prekäre Beschäftigung überwinden«. Wie mühsam war dieser Kampf!

ben daran mitzuwirken, dass neue Unruhestifter stärker werden können, sich neue Kerne herausbilden können – und OKG will als Bildungseinrichtung dazu beitragen. Wir machen ja nicht nur die Konferenz, sondern auch andere Workshops oder haben Broschüren erarbeitet, die eine Handreichung für kämpferische Gewerkschaftsarbeit sein sollen.

Ein Beitrag kann es aber sein, Handwerkszeug für UnruhestifterInnen zu vermitteln. Was unterscheidet unsere »Tools« jetzt z.B. von denen, die bei ver.di oder der IGM vermittelt werden? Vielleicht nicht so sehr, was wir konkret vermitteln, sondern die Perspektive oder die Gesamtphilosophie, die wir zu Grunde legen. Jetzt mal etwas in Schwarz-Weiß: Organizing kann ja als Aktivierungstechnik von oben benutzt werden – Mitgliedermach-Techniken. Oder man vermittelt es als Teil einer Politik, die von unten Macht aufbaut, auf Selbsttätigkeit setzt etc. Wir wollen Letzteres. Eine Hauptamtliche sagte mal zu uns: ›Ich weiß genau, was Ihr wollt. Und wenn Ihr damit erfolgreich seid, dann wird mein Job viel anstrengender.‹ Genauso ist es. Das hält sie übrigens nicht davon ab, mit uns zusammenzuarbeiten.

Aber vielleicht noch eine Ergänzung: Wir vermitteln diese Werkzeuge als Mittel zum Zweck, und der Zweck ist es, Störenfriede in den Betrieben zu unterstützen, dazu beizutragen, sie zu vernetzen, damit sie voneinander lernen können, und so eine Klassenperspektive zu entwickeln. Deshalb betonen wir beispielsweise auch, dass wir für grenzenlose Solidarität eintreten – weil exklusive Solidarität diese Perspektive ja hintertreibt. Anders gesagt: Wir wollen als OKG, mit unseren Konferenzen, mit unseren Broschüren, mit unserer Übersetzungsarbeit oder den Workshops dazu beitragen, dass sich eine neue gewerkschaftliche Klassenbewegung entwickeln kann. Wenn das auch das leitende Motiv in IGM und ver.di wird – Auftrag erfüllt! Wäre prima, dann könnten wir an weitergehenden politischen Projekten arbeiten.

Auf Eurer Homepage berichtet Ihr von rund 70 TeilnehmerInnen, die über die beiden Tage dabei waren. Entspricht das Euren Erwartungen, seid Ihr zufrieden, oder hättet Ihr mehr oder auch anderes Publikum erwartet – auch im Vergleich zu Euren bisherigen Tagungen, etwa zur Organisierung im Post- und Gesundheitssektor, zum Thema »Von 0 auf 100 Betriebsgruppen aufbauen«, »Strategie und Taktik der Betriebsratsarbeit« oder »Aktiv in der IG BCE und trotzdem kein Sozialpartner?«?

Wir haben uns von Anfang an eher darauf konzentriert, die Sache qualitativ gut und nicht unbedingt sehr groß zu machen. Das hat damit zu tun, dass wir aus der ersten Konferenz für die Zukunft lernen wollten. Wie arbeiten wir als ehrenamtliches Team zusammen? Welche Formate funktionieren, wenn man Betrieblichen den Raum geben will? Darum haben wir z.B. mit einer Quotierung gearbeitet, bei der wir Betriebliche vor Hauptamtlichen und Politaktivisten in den Diskussionen drangenommen haben. Oder indem wir versucht haben, auch mit betrieblich Aktiven Workshops zu machen, die keine Vortragsprofis sind – nichts gegen die KollegInnen, die bereits durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit gegangen sind, ist ja sehr wichtig. Aber das ist eben auch nicht mehr normal für einen großen Teil von betrieblich Aktiven. Wenn Du das aber machen willst, musst Du mit Formen und Methoden experimentieren.

Die Teilnehmerzahl war uns dennoch nicht egal. Wir hatten 50 Leute als Soll anvisiert. Wichtiger war uns aber, dass mindestens die Hälfte der TeilnehmerInnen einen betrieblichen Hintergrund haben sollte.

Das ist jetzt kein Verkaufsgerede: Wir sind wirklich sehr zufrieden mit dem Verlauf der Konferenz. Unsere Ziele haben wir erreicht und für die nächste Konferenz konnten wir eine Menge lernen. Außerdem haben wir viele neue Kontakte in der Vorbereitung und während der Konferenz geknüpft, mit denen wir jetzt weiterarbeiten wollen. Insofern ist es für uns sehr gut gelaufen: Was wir sagen, wird verstanden, Menschen kommen auf uns zu und wollen das gemeinsam angehen. Natürlich war die Konferenz nicht als Marketingveranstaltung geplant. Aber wer da war, hat gemerkt, dass sie für unsere Idee eine gute Werbung gewesen ist.

Wir haben in unserem eigenen Beitrag auf dem Podium »Gewerkschaften als soziale Bewegungen« versucht, über Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen in der Entwicklung von Alternativen zu Co-Management, Sozialpartnerschaft und StellvertreterInnenpolitik zwei u.E. zentrale Punkte zu benennen: Aus der vielzitierten »Krise der Repräsentation« folgt derzeit nicht, dass das Alltagsbewusstsein der Beschäftigten, an das angeknüpft werden soll, selbst frei von, sei es betrieblichem oder nationalem, Standortdenken wäre. Und: Der Anteil der Linken, der sich überhaupt für Fragen der Lohnarbeit, für emanzipatorische Potentiale von Arbeitskämpfen interessiert, mag wieder etwas steigen – aber auf den einschlägigen Tagungen, in den Solibündnissen und Aktivenkreisen trifft man doch oft auf einen mehr oder weniger gleichen Kreis von Aktiven, die sich aber nicht klonen können. Trügt unser Eindruck, wie schätzt Ihr das Verhältnis von Aufgaben und Mitteln ein? Und was will und kann OKG dazu beitragen, dass sich dies ändert?

Nein, so ganz andere Eindrücke haben wir nicht – zumindest, wenn man Linke im Kopf hat, die im Betrieb aktiv sind. Wir wenden diesen Eindruck aber etwas anders. Ich habe ja gerade gesagt, dass wir davon ausgehen, dass der »Faden gerissen« ist zwischen der Linken – nennen wir sie nun Klassenlinke, Sozialisten, Revolutionäre oder Autonome – und den Teilen der buntscheckigen Klasse, die sich wehren wollen und wehren.

Betrieblich Aktive mit politischem Klassenbewusstsein scheint es heute eher weniger zu geben als früher. Aber die Unruhestifter, diejenigen, die sich aus purem Ungerechtigkeitsgefühl heraus wehren und anfangen, sich zu organisieren, die gibt es. Unseres Erachtens müssen Linke sich heute darauf konzentrieren, ein Meer der Unruhe zu schaffen – oder alles tun, um diese Unruhestifter und Störenfriede in den Betrieben zu unterstützen und zu stärken.

Dass das in der Alltagsarbeit auch mühselig ist, ist klar. Um an das Bild des »gerissenen Fadens« anzuknüpfen: Die Arbeit gleicht in einer Phase der Defensive auch einer Perlensuche. Wir gucken deshalb gerade nicht auf die verbliebene Linke, sondern eher auf das, was an Unruhe und an Widersprüchen in den Betrieben neu entsteht.

Klar ist uns die Linke nicht egal, wenn andere etwas Ähnliches wollen, dann arbeiten wir auch gerne zusammen. Und natürlich wertschätzen wir, was GenossInnen leisten. Wir erfinden das Rad ja nicht neu. Vielleicht kann man es aber so sagen: Wir wollen einen möglichst großen Teil nicht mit Linken, sondern mit widerspruchslustigen KollegInnen arbeiten.

Sind wir der Meinung, dass die Politisierung unserer Arbeit überflüssig ist? Dass wir uns also keine Gedanken darüber machen müssen, wie wir anders arbeiten, produzieren oder leben wollen? Sicherlich nicht, auch wenn wir die Schwerpunkte unserer Arbeit anders legen. Mit der wollen wir aber gerade auch daran mitwirken, dass eine solche Politisierung wieder einen fruchtbareren Boden findet. Dass wir etwa euch vom *express*, Mag Wompel von *labornet* und TIE zum Abendpodium geladen haben, war natürlich auch kein Versehen – es drückt die politische Nähe aus, die wir zu diesen Projekten empfinden.

Wie soll es – nach der Tagung ist vermutlich vor der Tagung – bei Euch weitergehen?

Wir wollen gerne mehr regionale Workshops machen. Etwa auf der Basis des Buches »Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin«, das jetzt im Schmetterling-Verlag erscheint. Wer möchte, kann uns also gerne anschreiben. Wir werden vermutlich auch eine neue Broschüre machen, die sich mit ›aktivierender Tarifarbeit‹ auseinandersetzt, die dann in unserer Reihe »Aus der Praxis, für die Praxis« erscheinen wird. Eine Idee ist auch, einen Erfahrungsworkshop zu organisieren, in dem Leute ihre Erfahrungen gemeinsam auswerten können, die sie mit Widerstand gegen schlanke Produktion, flache Hierarchien, markt-/kundenorientierte Personalführung etc. gemacht haben. Ein anderes Anliegen ist die bessere Vernetzung bzw. Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die in eine ähnliche Richtung denken, wie wir. Eure Zeitung gehört sicherlich dazu, TIE, labournet…

Literaturtipps:

Thomas Goes: »Organisieren am Limit. Union Busting und gewerkschaftliche Gegenwehr in einem hoch flexiblen Unternehmen«, Kassel 2017

Violetta Bock: »Ver.di@Amazon. Aufbau und Aktivierung eines gewerkschaftlichen Kerns, Kassel 2016

Und wie selten führt er zum Erfolg!

Der Beitrag von Werner Volz beschäftigt sich nicht mit der Frage, wie Ausgliederungen verhindert werden können. Darum ging es aber den Arbeitern im Bremer Mercedes-Werk, und zwar allen Arbeitern, nicht nur den Arbeitern der Dauernachtschicht. Es ging darum, wie verhindert werden kann, dass Brian ans Kreuz genagelt wird.

Es war auch nicht so, dass im Bremer Werk nicht auch mit dem »Florett Mikropolitik« gefochten wurde. Es gibt sogar eine Betriebsvereinbarung, die das Unternehmen verpflichtet, bei jeder Werkvertragsvergabe eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu machen. Ein entsprechendes Gutachten, vom Betriebsrat in Auftrag gegeben, wurde von der Arbeiterkammer Bremen erstellt. Das Ergebnis interessierte die Betriebsleitung nicht ›die Bohne‹. Der Konflikt um die Auslagerung der Logistik lief über Wochen. Tausende beteiligten sich an Versammlungen, auf denen während der Arbeitszeit gegen die Auslagerung protestiert wurde. Sie wollten die Auslagerung der Logistik an Werkvertragsunternehmen verhindern. Durch ihre Aktionen war die Öffentlichkeit informiert. Nur half das alles nichts.

Wie kann Werkvertragsvergabe verhindert werden? Das ist eine Frage von herausragender Bedeutung. Die Antworten von Werner Volz sind unbefriedigend. Das kann auch nicht anders sein. Denn es gibt keine Rechte der abhängig Beschäftigten – weder der Betriebsräte noch der Gewerkschaften –, die das unterbinden können. Darüber schweigt Werner Volz. Und das ist meine Kritik an seinem Artikel.

Der »wilde« Streik der Dauernachtschicht mit über tausend Beschäftigten war der Versuch, diese Rechtlosigkeit zu durchbrechen. Die Betriebsleitung reagierte mit 761 Abmahnungen. Die Fremdvergabe der Logistik konnte nicht verhindert werden. Also doch unsinniger »kollektiver Selbstmord« der Dauernachtschicht?

Nein, das Handeln der Arbeiter der Dauernachtschicht, die sich nicht unterwerfen wollten, war ohne Alternative.

Die Daimler AG nahm alle Abmahnungen vorzeitig wieder aus den Personalakten. Und das, obwohl 33 Kollegen erfolglos gegen ihre Abmahnungen Klage eingereicht hatten. Daimler will unter allen Umständen vermeiden, dass z.B. vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiter in der Sache entschieden wird.

»Arbeitnehmerrechte werden nicht gewährt, sie mussten und müssen immer wieder erkämpft werden. Dieser Kampf findet in Zeiten der Dezentralisierung in erster Linie in den betroffenen Betrieben statt. Zwingend erforderlich für einen erfolgreichen Kampf sind gut organisierte, solidarisch handelnde Gewerkschaften, die diesen Kampf unterstützen. Wenn aber – aus welchen Gründen auch immer – im Einzelfall die gewerkschaftliche Unterstützung fehlt, müssen die Kollegen sich selbstbestimmt organisieren und den ›Rechtsbruch‹ wagen. Dann ist die Rechtsprechung gefordert, das Streikrecht ›problembezogen weiterzuentwickeln‹[1]« (Helmut Platow in Gerhard Kupfer: »Streik und Menschenwürde – Der Kampf der Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit«, Hamburg 2017, S. 76).

** Benedikt Hopmann arbeitet als Rechtsanwalt in der Kanzlei72a in Berlin. Er war einer der Anwälte, die die Bremer Kollegen vor Gericht vertreten haben.*

Anmerkung

1 *Helmut Wißmann: »Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zum Arbeitskampfrecht«, in: Thomas Dietrich (Hrsg.): »Jahrbuch für das gesamte Arbeitsrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit«, Jahrbuch des Arbeitsrechts (JArbR) Band 3, 1998, S. 115-130 (hier: S. 129)*

»Neue Türkei« oder Restauration des Neoliberalismus?

Murat Cakir* über Kapitalismus, Demokratie und liberale Trugschlüsse

In oppositionellen Kreisen der Türkei wird die Auffassung populärer, gegen den islamischen Faschismus der AKP müsse die laizistische Republik von 1923 verteidigt werden. In dieses Horn bläst auch ein kürzlich erschienener Artikel von Tarık Ziya Ekinci mit der Überschrift: »Die ›Neue Türkei‹ der AKP ist ein vorkapitalistisches Staatsprojekt« [1]. Darin heißt es, die AKP sei dabei, den Aufbau einer »Neuen Türkei« auf der Grundlage des sunnitischen Islam abzuschließen und die Türkei in ein »anachronistisches Abenteuer« zu stoßen.

Ekinci ist ein in liberalen und linken Kreisen angesehener Intellektueller. Sein Wort hat nicht nur Gewicht, es drückt auch einen liberalen *Common Sense* aus. Einige Entwicklungen, die wir in der Türkei beobachten können, lassen das Aufkommen eines Faschismus im Verbund mit einer reaktionären Ideologie durchaus als akute Gefahr erscheinen. Doch von einem Rückfall in vorkapitalistische Zeiten kann keine Rede sein. Dies ist ein Trugschluss, der auf falschen Annahmen basiert. Er verhindert, die aktuelle Entwicklung in ihrer gesamten Tragweite zu begreifen, und kann ins strategische Abseits führen.

»Alter Staat« liquidiert

Ekinci stellt fest, dass das kemalistische Regime nach dem Verfassungsreferendum vom 16. April 2017 »meisterlich liquidiert wurde«. Unter der Führung von Erdoğan werde ein neues Regime aufgebaut. Die AKP sei heute die einzige Partei, die in der Gesellschaft eine kulturelle und ideologische Hegemonie aufrechterhalten könne. Auf der Basis ihrer »Grundideologie« – dem sunnitischen Islam – sei sie bestrebt, »vorkapitalistische Institutionen« wiederzubeleben, so Ekinci mit Blick auf die Förderung religiöser Weltanschauungen im Erziehungs- und Bildungssystem sowie stärker werdende religiöse Gemeinschaften.

Ekinci warnt die Kemalisten, sie sollten nicht glauben, dass die AKP von ihrem Projekt ablasse, nur weil sie es nicht immerfort aggressiv und radikal – »revolutionär« – vorantreibe. Inzwischen werde eine »evolutionäre« Strategie verfolgt, womit Ekinci den schleichenden aber unablässig betriebenen reaktionären Wandel anspricht. Die »Neue Türkei« könne weder ein demokratischer noch ein laizistischer Rechtsstaat bleiben.

Ekinci betont ferner, dass die AKP in den ersten fünf Regierungsjahren einen konsequenten Kampf für die Erweiterung der demokratischen Grundrechte und Stärkung des Rechtsstaats geführt habe. Dabei habe sie bei der Bekämpfung von radikalen Elementen der Armee große öffentliche Unterstützung erhalten, die Armee zuerst von Kemalisten, dann aber von allen Gegnern des Projekts »Neue Türkei« gesäubert.

Besonders enttäuscht ist Ekinci von der Bourgeoisie. Obwohl die Lösung der kurdischen Frage und die Herstellung eines gesellschaftlichen Friedens, die Erweiterung von demokratischen Grundrechten und die Wiederherstellung eines echten Rechtsstaats mit ihren Klasseninteressen übereinstimmten, setze sich die Bourgeoisie nicht für diese Ziele ein. Dies komme einer Selbstverleugnung gleich. Obwohl die Aufhebung des Ausnahmezustands in ihrem Interesse liege, halte sie gegenüber Erdoğan still. Das sei eine nicht zu entschuldigende Schwäche.

Aus den Zeilen spricht ein vom Großbürgertum enttäuschter kleinbürgerlicher Liberalismus. Doch die Enttäuschung führt Ekinci immerhin zu einer richtigen Agenda: »Wenn die politischen Parteien der ArbeiterInnenklasse, Gewerkschaften, die kurdische Befreiungsbewegung, AlevitInnen und andere diskriminierte Gruppen eine gemeinsame politische Bewegung gründen können, kann verhindert werden, dass die Türkei in ein anachronistisches Abenteuer hineingezogen wird«.

Kapitalismus ist nicht Demokratie

Solange die liberalen Trugschlüsse fortbestehen, steht eine richtige Agenda immer in der Gefahr, korrumpiert oder auf Irrwege gelenkt zu werden. Dies kann der Fall sein, wenn demokratische Lippenbekenntnisse der Bourgeoisie als Ausdruck eines wahren Kerns gesehen werden, die politische Strategie an der Gewinnung der Bourgeoisie als natürliche, weil demokratische Verbündete ausgerichtet wird oder wenn auf den Westen gebaut wird, weil dort vermeintlich eine echte und mutige Bourgeoisie existiert, die immer für die Demokratie streitet.

Dies ist wohl der wichtigste Trugschluss der vom Liberalismus beeinflussten Linken in der Türkei: Die Auffassung, die Demokratie stimme mit den Klasseninteressen der Bourgeoisie überein. Die Entstehung von Bourgeoisie und Demokratie im Westen werden fälschlicherweise als deckungsgleich dargestellt. Auf der Grundlage dieser Annahme wird dann behauptet, in der Türkei sei das anders. Die Bourgeoisie stehe hier nicht für Demokratie, da sie sich mit Hilfe des Staats erst konstituiert habe. Ihr habe eine eigenständige soziale Basis gefehlt, damit habe sie auch kein Selbstvertrauen entwickelt, sich gegen Autoritarismus aufzulehnen und die Demokratie zu verteidigen. Die türkische Bourgeoisie sei auch später niemals herrschende Klasse geworden, sie habe immer ein von der militärisch-zivilen Bürokratie abhängiges Dasein gefristet. Infolge der internalisierten Unterwerfung weigere sich die große Bourgeoisie noch heute, Klassenherrschaft auszuüben und der Türkei ihren demokratischen Stempel aufzudrücken.

Diese liberale Auslegung will nicht zur Kenntnis nehmen, dass das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie nicht kausal oder strukturell ist, sondern Konjunkturen unterliegt. Die bürgerliche Demokratie basiert auf einem instabilen Kompromissgleichgewicht zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse, die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen und die Hegemoniebestrebungen der Bourgeoisie bestimmen die Funktionalität und das Niveau der bürgerlichen Demokratien.

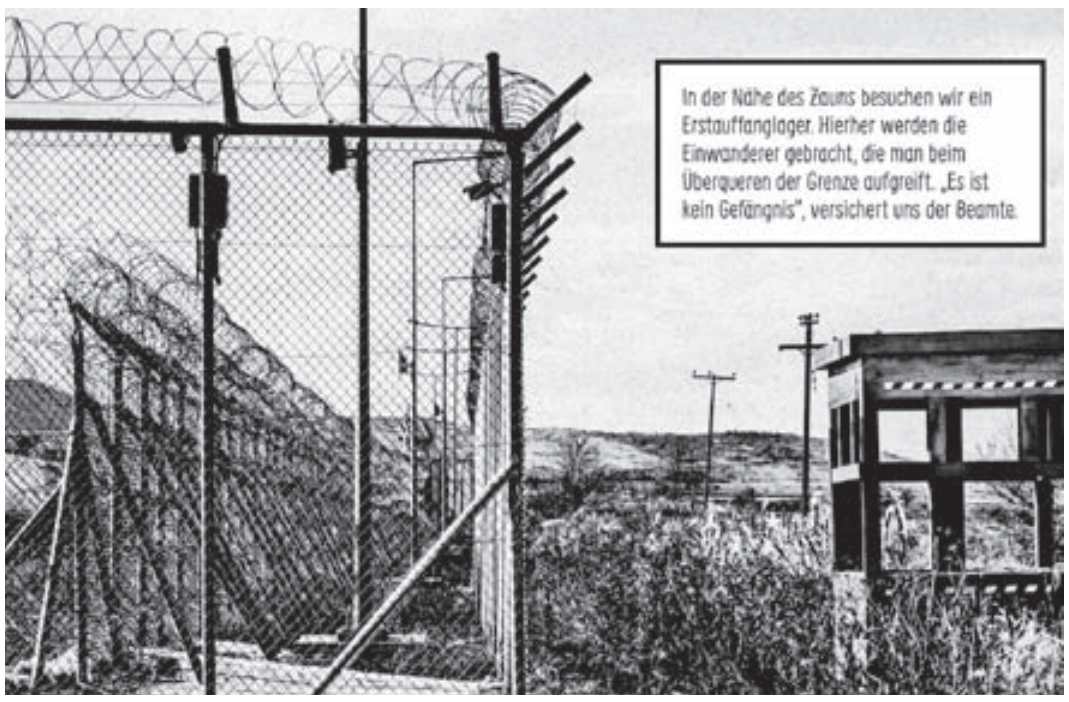
Für die Festigung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine bürgerliche Demokratie nicht zwingend. Die jüngere Geschichte ist voller Beispiele, wie bei der Wahrung herrschender Klasseninteressen die bürgerliche Demokratie entkernt wird, autokratische, sogar faschistische Diktaturen installiert werden. Der kapitalistische Entwicklungsprozess ist nicht gradlinig, verfolgt nicht überall die gleichen Wege und Etappen. Historische und materielle Bedingungen, die weltweite Konjunktur, Klassen- und Fraktionskämpfe beeinflussen sich gegenseitig und prägen in jedem Land den Entwicklungsprozess unterschiedlich.

Kapitalistischer Staat

Die Türkei ist, wie jedes Land, in dem kapitalistische Produktionsverhältnisse vorherrschen, ein kapitalistischer Staat und dieser ist – in letzter Instanz – ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Liberale Behauptungen, dass die »kemalistische Republik kein bürgerlicher Staat« sei und »keine soziale Basis« hätte, sind abstrakte Formeln.

Liberale, Kemalisten, aber auch manche Linke lösen die Staatsapparate, die staatliche Verwaltung von ihrem Klasseninhalt und stellen sie über die Klassen. Während Kemalisten hier die Armee zur Beschützerin der laizistischen Ordnung stilisieren, fabulieren Liberale geradezu umgekehrt über eine von jeglichen Klasseninhalten losgelöste militärische Vormundschaft.

Dabei wird verdrängt, dass sowohl die militärische als auch die zivile Bürokratie Herr-



Mit Recht gegen altes Unrecht

Andreas Bachmann über Vorschläge der aktion./.arbeitsunrecht

Die aktion./.arbeitsunrecht ist Ende Juni dieses Jahres mit einem umfangreichen Forderungspaket zur Reform des Arbeits-, aber auch des Wirtschaftsstrafrechts an die Öffentlichkeit gegangen. Es geht, so der Titel der Broschüre, darum, »Betriebsräte (zu) stärken« und »Unternehmer-Kriminalität (zu) bekämpfen«.

Die in Köln angesiedelte und bundesweit aktive Initiative hat sich große Verdienste in der publizistischen Aufbereitung von union busting und in der Solidaritätsarbeit für die von Schikanen und Angriffen betroffenen Betriebsratsmitglieder erworben. Die AutorInnen haben zweifellos den Überblick über all die großen und kleinen Unverschämtheiten, Übergriffe und Rechtsverletzungen, denen engagierte Betriebsräte oder Beschäftigte mancherorts ausgesetzt sind.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse und Durchsetzungsmöglichkeiten in den Parlamenten für solche Anliegen waren schon einmal besser. Das ist aber nicht der Punkt. Manche der Anliegen sind ohne Weiteres auch mit Abgeordneten aus dem Umfeld der CDA zu diskutieren. Einige der Anliegen und Vorschläge, die schon sehr konkret die (Um-)Formulierung von Paragraphen des BetrVG ausbuchstabiert haben, bedürfen aber einer juristischen Qualitätssicherung. Im Kreise von fortschrittlichen und gewerkschaftsnahen JuristInnen wäre zu schauen, was der rechtstechnisch und handwerklich beste Weg einer juristischen Reform in den aufgerufenen Fragen ist. Hier denke ich z.B. an das Anliegen, den Kündigungsschutz bei Betriebsratswahlen so weit wie möglich vorzuverlagern, damit die Initiatoren von Wahlen schon vor der formalen Phase der Wahl und Wahlvorbereitung abgesichert sind. Ebenso einleuchtend ist das Anliegen, den Kündigungsschutz von Betriebsratsmitgliedern robuster zu gestalten. An manchen Stellen, wie z.B. beim Thema Kündigung von BR-Mitgliedern, hatten die AutorInnen den Ehrgeiz, einen fertigen neuen Paragraphen auf den Tisch zu legen – auch wenn hier für die anstehende Auseinandersetzung weniger die juristische Terminologie, sondern das sachliche Anliegen entscheidend ein dürfte. Nachvollziehbar ist auch das Anliegen, Zwangs-, Ordnungs- und Bußgelder für delinquente Arbeitgeber zu erhöhen, damit die Sanktions- und Lenkungswirkung nicht verpufft.

Nicht zu Ende gedacht ist aber aus meiner Sicht die Idee, den § 119 BetrVG, der Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder behandelt, aus der Betriebsverfassung (Arbeitsrecht) herauszulösen und in das StGB (allgemeines Strafrecht) zu übertragen. Arbeitsrecht (als Schutzrecht für die abhängig Beschäftigten) ist mit guten Gründen ein eigenes Rechtsgebiet mit einer historisch entwickelten und erkämpften anderen Rechtslogik als das normale bürgerliche Recht. Nur weil das Thema dann im Strafgesetzbuch und nicht nur im BetrVG steht, wird kein Staatsanwalt aktiver sein als jetzt. Helfen würde hier eine bessere Qualifizierung der Staatsanwälte und eine qualifizierte Anleitung derselben. Gut ist die Idee, aus dem § 119 BetrVG ein Offizialdelikt (Strafverfolgung unabhängig vom Strafantrag des Opfers) zu machen und auch den »Versuch« (der Behinderung von BR-Arbeit) unter Strafe zu stellen.

Die Initiatoren gehen weit über das Arbeitsrecht hinaus und wollen, dass auch »betrügerische Firmenkonstrukte« zur »Steuervermeidung«, zur

schaftsinstrumente des kapitalistischen Staates sind. Jede einzelne der bisherigen militärischen Interventionen wurde zur Festigung beziehungsweise Erneuerung des kapitalistischen Akkumulationsregimes durchgeführt. Der Militärputsch vom 12. September 1980 diente der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des türkischen Kapitals. Um das neoliberale Akkumulationsregime zu verankern, musste der gesellschaftliche und gewerkschaftliche Widerstand gegen das Strukturanpassungsprogramm des IWF vom 24. Januar 1980 gebrochen werden. Der Putsch diente der Wahrung der Interessen der gesamten Bourgeoisie der Türkei in Abstimmung mit den imperialistischen Mächten. Mehr noch: Es war die »kemalistische und laizistische« Militärjunta, die dem politischen Islam den Weg ebnete, um die linke Opposition zu bekämpfen.

Mit den AKP-Regierungsjahren ab 2002 begann nicht »ein konsequenter Kampf für die Erweiterung der demokratischen Grundrechte und die Stärkung des Rechtsstaats«, wie Ekinci meint, sondern ein Prozess, der das in die Krise geratene bürgerliche Gefüge zu restaurieren und die schwindende Zustimmung für das neoliberale Akkumulationsregime – erneut unter der Ägide des IWF – wiederherstellen sollte. Die AKP trägt seitdem maßgeblich den autoritären Neoliberalismus, sie ist die gesellschaftlich-politische Akteurin der kapitalistischen Ausbeutung, die die Wahrung der Gesamtinteressen der Bourgeoisie – sowohl der Monopolbourgeoisie als auch anderer Fraktionen – garantiert.

Kemalistischer Laizismus ist nicht Säkularismus

Die AKP ist eine reaktionäre Partei, eine konservative politische Formation, die als Koalition unterschiedlicher Strömungen des politischen Islam gegründet wurde, sich inzwischen aber von einem erheblichen Teil ihrer Gründungsmitglieder getrennt hat. Ihre Ideologie gründet auf der »türkisch-islamischen Synthese«. Dabei benutzt die AKP den kemalistischen Laizismus so wie alle anderen Parteien vor ihr auch. Der kemalistische Laizismus hat von Anfang an, trotz aller Aufklärungsversprechen und einiger aufklärerischer Reformen, nie einen wirklich säkularen Staat etabliert.

Staat und Religion wurden nicht voneinander getrennt, sondern es wurde eine Staatsreligion etabliert, die absolute Wahrheiten verkündet. Insbesondere mittels der zentralistischen Religionsanstalt »Diyanet« wurde eine offizielle Staatsreligion auf der Grundlage der sunnitischen Interpretation des Islam eingeführt, mit deren Hilfe die kapitalistische Ausbeutung legitimiert, gesellschaftlicher Widerstand und insbesondere Kämpfe der ArbeiterInnenklasse im Keime erstickt werden sollten. Die AKP nutzt die vom kemalistischen Regime aufgebauten Strukturen, um den Inhalt der Staatsreligion zu bestimmen und ihre Macht zu festigen.

Das Regime ist dabei, eine Islamversion sunnitisch-salafistischer Prägung einzuführen, die keinen anderen Glauben neben sich duldet, mit der aber auch der Neoliberalismus und ein Almosenregime geheiligt werden. Genau aus diesem Grund besteht zwischen der türkischen Bourgeoisie und dem autoritären Religionsverständnis kein grundlegender Widerspruch. Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es Reibungen zwischen der Regierung und Interessenverbänden der Bourgeoisie oder einzelnen Unternehmern bis hin zu Enteignungen geben kann. Solche Reibungen sind jedoch der Normalfall im Kapitalismus, ihnen unterliegt die kapitalistische Konkurrenz, die immer auch mit politischen Mitteln ausgetragen wird.

Wenn Ekinci nun meint, die Religion sei die »Grundideologie« der AKP, dann meint er etwas vollkommen anderes als eben ausgeführt. Kemalistische und liberale Lesarten, die allein den religiös-reaktionären Inhalt der AKP als Problem ausdeuten, verstellen den Blick auf die Klassenbasis der AKP beziehungsweise des politischen Islam. Denn die reaktionäre Weltanschauung, die nationalistische Rhetorik der AKP sind der konkrete Ausdruck ihres bürgerlichen Charakters. Ihrer Programmatik nach ist die AKP eine bürgerliche Partei, eben eine ziemlich reaktionäre und aggressive.

Sinngemäß adaptiert stimmt Marx' Ausspruch noch immer: Der herrschende Glaube ist der Glaube der herrschenden Klasse.

Bürgerliche Reaktion

Das AKP-Palast-Regime ist nicht auf dem Weg, eine »Neue Türkei« zu gründen, sondern das mit der Militärdiktatur durchgesetzte neoliberale Akkumulationsregime zu vertiefen. Die AKP hat weder »demokratische Grundrechte erweitert«, noch »vorkapitalistische Strukturen installiert«. Sowohl das Präsidialsystem als auch der Ausnahmezustand wahren die Interessen der Monopolbourgeoisie, aber auch anderer inländischer wie ausländischer Fraktionen [2]. Die eigentliche Verneinung der Identität würde eintreten, wenn die Bourgeoisie sich dem Ausnahmezustand und den Dekreten entgegenstellen würde.

Dass das Regime immer autoritärer wird und sogar die Gefahr einer faschistischen Diktatur nicht von der Hand zu weisen ist, liegt nicht daran, dass das Regime von sich aus zur Allmacht drängt. In Krisenzeiten, wenn sich die Klassengegensätze verschärfen, Fraktionskämpfe zunehmen, am Horizont sich größere Krisen zusammenbrauen, wird die Entkernung der bürgerlichen Demokratie, der Autoritarismus oder gar eine faschistische Diktatur zur Option, um die Kontinuität der Akkumulation zu gewährleisten.

Die globale Überakkumulationskrise, die Schwankungen der Weltkonjunktur, ökologische Zerstörung, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, militärische Konflikte führen nicht nur in privilegierten Regionen der Welt dazu, dass sich Chauvinismus verbreitet, rassistische und rechtspopulistische Parteien Zulauf bekommen und autoritäre Entwicklungen verstärkt werden.

In einem semi-peripheren Land wie der Türkei, wo strukturelle Abhängigkeiten zu den kapitalistischen Akkumulationszentren bestehen, wirken kapitalistische Krisentendenzen stärker. Auch vor der AKP war die Türkei autoritär verfasst, mit ihr nimmt die Entwicklung aber eine totalitäre Form an. Die Gezi-Proteste und der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung zeigen aber, dass jederzeit mit Widerstand zu rechnen ist. Die totalitäre Entwicklung ist daher kein »anachronistisches Abenteuer«, sondern eine bürgerliche Reaktion auf Krisen und Kämpfe.

Prioritäten ohne Illusionen

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Nutzung eines jeden fortschrittlichen Ansatzes für den Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses eine immense strategische Herausforderung. Jeder Schritt, wie klein er auch sein mag, wie sehr er auch aus den Widersprüchen im Machtblock hervorgeht, muss genutzt werden, und zwar auch dann, wenn er von bürgerlichen Kräften ausgeht, ohne aber die Illusion zu nähren, dass Demokratie ursächlich von der Bourgeoisie ausgehen könne.

Trotz grundsätzlicher Kritik an der bürgerlichen Demokratie und an liberalen Freiheiten ist aber deren Stellenwert anzuerkennen. Nicht die bürgerliche Demokratie an sich ist eine Illusion. Sie ist ein Ergebnis von Kämpfen, die weitergetragen werden müssen. Heute müssen bürgerliche Grundrechte, Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheiten, gewerkschaftliche Rechte, eine säkulare Wissenschaft auch gegen die Bourgeoisie verteidigt werden.

Unter den gegebenen Bedingungen ist es eine Priorität, das AKP-Palast-Regime zurückzudrängen. Die Teilnahme unterschiedlicher Gruppen am »Gerechtigkeitsmarsch« der CHP weist erneut auf ein Oppositionspotential hin. Diese Gruppen aus Enttäuschung oder aufgrund kemalistischer Provokationen im Stich zu lassen, ist keine Option. Sie der kemalistischen Führung zu überlassen, ist ebenso wenig eine Option, wie auf die Bourgeoisie oder den Westen als Retter in der Not zu hoffen.

** Murat Cakir ist Leiter des Regionalbüros Hessen der Rosa Luxemburg Stiftung.*

Anmerkungen:

1 *Von 1965 bis 1969 war Ekinci Abgeordneter der TIP (Arbeiterpartei der Türkei). Er wurde mehrfach wegen kurdischer Propaganda verhaftet. Er ist Gründer der Organisation »Demokratische Versöhnung und Initiative zur Lösung der kurdischen Frage« (DEMOS).*

2 *Siehe: Errol Babacan: »Ankaras Anleihe. Türkischer Vermögensfonds sammelt Staatsbesitz des Landes ein. Internationalen Gläubigern wird die Tür geöffnet«, in: junge welt vom 13. Juli 2017*

(Quelle: Infobrief Türkei, www.rosalux.de/publikation/id/37923/neue-tuerkei-oder-restauration-des-neoliberalismus/)

Björn Allmendinger: Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft | Jeremy Corbyn: Die progressive Perspektive in Europa muss radikal und glaubwürdig sein | Armando Fernández Steinko: Katalonien – die Linke und die Sezession | Alban Werner: »Merkelismus« – gibt es ihn? | J. Bischoff/B. Radke: DIE LINKE auf der Suche nach einer neuen politischen Rolle | Otto König/Richard Detje: Thyssen-Krupp – Abschied vom Stahl? | Klaus Dallmer: Lenins Oktoberumsturz und die Folgen | Jürgen Bönig: »Das Kapital« in Hamburg

Probeabo (3 Hefte): € 14,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 28. Jahrgang, Nr. 112, Dezember 2017, 224 S.

Rechtsentwicklung in Europa

Dräger – ***Europäischer Wahlzyklus 2015-2017: Das Zentrum hält*** / Goldberg/Leisewitz/Reusch/Wiegel – ***Bundestagswahlen 2017: Ursachen der Rechtsentwicklung***

Weltwirtschaft, G20 und die Nationalstaaten

Goldberg – ***Weltwirtschaft und Schwellenländer*** / Musacchio – ***Machtverschiebungen, internationale Konkurrenz, G20*** / Boris – ***Ende oder Neuauflage von NAFTA?*** / Wahl – ***Wie nationalistisch ist der Nationalstaat?***

Und: Schneidemesser/Müller/Kilroy – ***Streikmonitor 1. Hj. 2017*** / Tjaden-Steinhauer – ***Prostituiertenschutzgesetz*** / Peter – ***Kritik des Mythos „Sexarbeit“*** / Goldschmidt – ***Große Transformation/Große Erzählung? Varianten des Postkapitalismus V*** / Roesler – ***1917-1991: Bewährungsproben im Kampf um ein sozialistisches Russland*** / Seppmann – ***Computerkapitalismus*** / Knolle – ***Bevölkerungsdynamik und Geschlechterverhältnis***

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax: 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

»Aushebelung von Mitbestimmungsrechten« oder zur »Erschwerung der gewerkschaftlichen Organisierbarkeit« strafrechtlich als »Betrug« (§ 263 StGB) geahndet werden. Das wird wohl kaum gelingen, wenn man sich mit der besonderen Systematik und Komplexität dieses Delikts im StGB und in der Rechtsprechung auseinandersetzt. Dem Anliegen wäre besser gedient, wenn mit den Mitteln der vorgelagerten Rechtsgebiete wie dem Steuerrecht, dem Handel- und Gesellschaftsrecht Missbrauchskonstellationen erschwert würden. Im Arbeitsrecht würden ein weiter Arbeitnehmer- und ein weiter Betriebsbegriff die organisatorischen und rechtlichen Fluchtbewegungen des Kapitals aus der Mitbestimmung einschränken. Ein Mehr an Strafrecht hilft nicht immer weiter.

Das gilt auch für die Einordnung, dass erhöhte Abfindungen – wie auch immer »erhöht« zu messen ist – für BR-Mitglieder ein Fall von Korruption (»Bestechung«) sein sollen. Hier kann man geradezu die Bitterkeit und Enttäuschung über die Fälle herauslesen, wo ein bedrängter BR-Kollege nach langen, zermürbenden rechtlichen und persönlichen Auseinandersetzungen trotz der Unterstützung durch einen Soli-Kreis für sich persönlich eine Exit-Option gewählt hat. Das ist mitunter tragisch, wenn die Kraft und Leidensfähigkeit einzelner KollegInnen, die im Feuer stehen, nicht so groß ist, wie wir uns das wünschen. Tragisch ist das eben auch für die Menschen, die die Exit-Option, den Prozessvergleich und die Aufhebung akzeptieren. Aber: Es ist keine Korruption. Die Abfindungshöhen bilden natürlich immer auch die juristische Logik ab, nach der auch das Prozessrisiko und die schwer kalkulierbare Dauer eines Rechtsstreites für den Arbeitgeber eingepreist werden.

Nicht zu Ende gedacht ist die Forderung nach einer gesetzlichen Verpflichtung der Weiterbildung für BR-Mitglieder. Und dann – was ist die Folge, die Sanktion, wenn sich BR-Mitglieder weigern, ausreichend viele und gute Seminare zu besuchen? Wohlgemerkt, es geht an dieser Stelle nicht um die Behinderung von Bildungsmaßnahmen durch den Arbeitgeber, sondern um bildungsabstinente BR-Mitglieder. In eine ähnliche Richtung geht die Überlegung, eine gesetzliche Verpflichtung für BR-Wahlen einzuführen. Die Kolleginnen und Kollegen der aktion ./.arbeitsunrecht verkennen hier den subjektiven Faktor in der Betriebsverfassung. Wir können und müssen die Menschen ermutigen, qualifizieren und manchmal anstupsen, Betriebsräte zu wählen und zu unterstützen oder sich als BR weiterzubilden. Es braucht rechtlichen Schutz gegen Arbeitgeber, die BR-Wahlen behindern und mit denen man um jedes Seminar streiten muss. Am Ende – wenn die Rahmenbedingungen geklärt sind – hängt der Rest von den Entscheidungen und dem Handeln der Menschen in den Betrieben ab.

Ein politisches Risiko sehe ich bei den »Muss-Betriebsräten«. Wenn der subjektive Faktor *noch* nicht da ist, kann dann sehr schnell ein gelber Betriebsrat rauskommen.

Zweifel habe ich auch bei der Forderung nach einem öffentlichen BR-Wahlen-Register, wo neben Ort, Zeitpunkt der Wahl, Anzahl der Wahlberechtigten auch Kandidaten und die Ergebnisse aufgeführt werden sollen. So viele (auch persönliche) Daten im öffentlichen Raum müssen nicht sein. Mir würde als Schritt in die richtige Richtung die Umsetzung des DGB-Vorschlags von 1998 reichen. Dort wurde gefordert, dass die betriebsratslosen Betriebe in einem öffentlichen Register – angesiedelt bei den Berufsgenossenschaften – erfasst werden.

Die Broschüre »Betriebsräte stärken. Mitglieder und Neu-Gründer schützen. Unternehmer-Kriminalität bekämpfen – Forderungen und Vorschläge zur Reform der betrieblichen Mitbestimmung« gibt's hier zum Download: https://arbeitsunrecht.de/betriebsraete-staerken-kriminelle-unternehmer-bekaempfen/

»Weise und kein bisschen müde«

Peter Grohmann zum 80. Geburtstag – von Loretta Petti

Mitglieder des Sozialistischen Büros, langjährige *express*-LeserInnen und viele andere kennen ihn. Im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich begann alles 1969 mit der »Plakatgruppe« bei Daimler Benz. Überregional bekannt wurden Willi Hoss, Mario d'Andrea und Hermann Mühleisen. Peter Grohmann fungierte als Herausgeber von »Plakat«, dem Mitteilungs- und Meinungsblatt der Gruppe[1], war lange Zeit Sekretär im Sozialistischen Zentrum Tübingen und im Arbeitsausschuss des Sozialistischen Büros. Er war und ist Kabarettist, Mitbegründer des Stuttgarter Theaterhauses und des Vereins »Die Anstifter« – und noch vieles mehr. Wer sich mit ihm und dieser Zeit intensiver beschäftigen will, greife zu seiner politischen Biografie.[2]

Am 27. Oktober 2017 feierte er seinen 80. Geburtstag. Theaterhaus und »Die Anstifter« hatten zur Geburtstagsgala geladen und aus der gesamten Bundesrepublik kamen 1.000 Geburtstagsgäste zur Gratulation. Zu Peters Überraschung erhielt er auch eine Festschrift, die Annette Ohme-Reinicke und Jochen Stankowski organisiert hatten.[3] 42 Autorinnen und Autoren erinnern sich, und so entstand ein wunderbares Bändchen des umfangreichen Wirkens von Peter Grohmann; eine politische Zeitreise durch die letzten 60 – 65 Jahre.

Loretta Petti, in den 70er-Jahren auf der Suche nach den deutschen Philosophen nach Tübingen gekommen, Multitalent, Bildungsarbeiterin, selbst ein ›Urgestein‹ der Stuttgarter Linken und eine langjährige Mitstreiterin Peter Grohmanns, hielt eine besondere Geburtstagsrede. Genuss und Aufklärung gehören, nicht nur bei Peter Grohmann, zusammen, insofern wünschen wir guten Appetit beim folgenden Beitrag und gratulieren auf diesem Weg ganz herzlich zum 80. – Durchstarten!

Der erste Gedanke gleich nach Deiner Einladung, Peter, war … tja, der ans Essen. Als Köchin habe ich gleich gedacht, da soll ein Menü her, ein Grohmannsches Menü, sozusagen.

Zuerst müsste ein schlesischer Kartoffelsalat her: Mit diesem könnten wir die kulinarische Wanderung von einem beginnen lassen, der sich als Migrant sehr früh, schon als Kind, mit viel Offenheit und Neugier zwischen den verschiedensten Menschen und Kulturen bewegt hat. Ein schlesischer Salat also. Und ein Migrant, ein Wanderer schon vom Anfang an.

Während ich am Menü arbeite, frage ich mich, wann ich Dich eigentlich kennengelernt habe. Und ich merke, dass wir uns längst vor unserem ersten Treffen gekannt haben, denn wir haben das gleiche Land bewohnt: Utopia.

1973 bin ich nach Deutschland, genauer nach Tübingen gekommen. Hinter mir hatte ich die Arbeit in einem Kollektiv von Industriearbeitern und Handwerkern (meine politischen Maestri) in der Nähe von Florenz, einem Kollektiv, das *Il Manifesto* nahe stand.

Ich kam und wollte die Revolution machen. Ich kam und lernte die Gastarbeiter kennen, und die Baracken. Ich wollte mit ihnen, den Gastarbeitern, über Marx und Engels sprechen – sie brauchten Gesellschaft, Freundschaft, Freizeitangebote, Unterstützung, brachten Formulare zum Ausfüllen. Und ich lernte es, im Utopia, das wir beide bewohnten, und machte mit etwas Verspätung ähnliche Schritte wie Ihr in Stuttgart. Den Stuttgarter Club Voltaire habt Ihr 1964 selbst gezimmert, gehämmert und gesichelt. Das Internationale Zentrum in Tübingen, schon damals multikulturell, wurde etwa zehn Jahre später auch selbst gezimmert und gesichelt. Ins Internationale Zentrum kamen Griechen, Spanier und wir Italiener. Reden, tanzen, essen und trinken und uns dabei die Zukunft vorstellen. Wie in Stuttgart vor uns: 1971 wurde auf dem Killesberg mit dem »Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer« das erste große Festival in der Republik: »zu Gast bei Gastarbeitern« organisiert. Mit dem Festival wollten wir »Brücken bauen zwischen und unter den Gastarbeitern, den Arbeitsmigranten – und der deutschen Bevölkerung. Reden, Tanzen, Essen und Trinken – das ist Kultur«.

Dieses Sich-aufeinander-Beziehen, dieses Gewebe zwischen afrikanischer Küche, Büchertausch, Zimmersuche, Exotik, fremder Kultur, Sprachkurs, Liebe und politischem Engagement wurde (und wird) viel zu gering geschätzt – deshalb vor allem, weil es als solider Nährboden der Veränderung nicht erkannt wurde. Erst durch die Beziehungen von Mensch zu Mensch entsteht Vertrauen.

Das Internationale Zentrum in Tübingen war für mich und für andere Menschen mit verschiedener Herkunft (viele auch mit deutscher Herkunft) der Treffpunkt geworden, wo wir dieses Sich-aufeinander-Beziehen zusammen mit dem politischen Diskurs, oder besser: als Teil des politischen Diskurses übten. Das habe ich in den Jahren in Tübingen angefangen zu lernen, das war der Pfad, auf dem ich mich bewegte und auf dem wir uns treffen sollten.

In der Zwischenzeit entstand auf Deiner Seite, Peter, unter anderem das Infostüble in Bad Cannstatt, Spiel- und Lernclub, Hausaufgabenhilfe für die Gastarbeiterkinder und auf meiner Seite die Arbeit mit Nicolò Gueci bei der italienischen Mission in Sindelfingen: mit den italienischen Eltern und in Abendkursen für italienische Arbeiter, vorwiegend Daimler-Arbeiter.

Aber schon 1972 hatte beim Daimler die Liste von Hoss/Mühleisen/Mario d'Andrea auf Anhieb 30 Prozent der Stimmen für die Betriebsratswahl bekommen. Das war für mich die große ideelle Verbindung. Auch weil ein Nicht-Deutscher, ein »Gastarbeiter« mit gewählt worden war. Mario d'Andrea stand da wie das Anzeichen der Zukunft: Er war das Zeichen dafür, dass wir in einer multikulturellen Gesellschaft lebten und dass die Bezeichnung Gastarbeiter, mit der man unterscheiden wollte, ziemlich bald den Teil »Gast« verloren hätte.

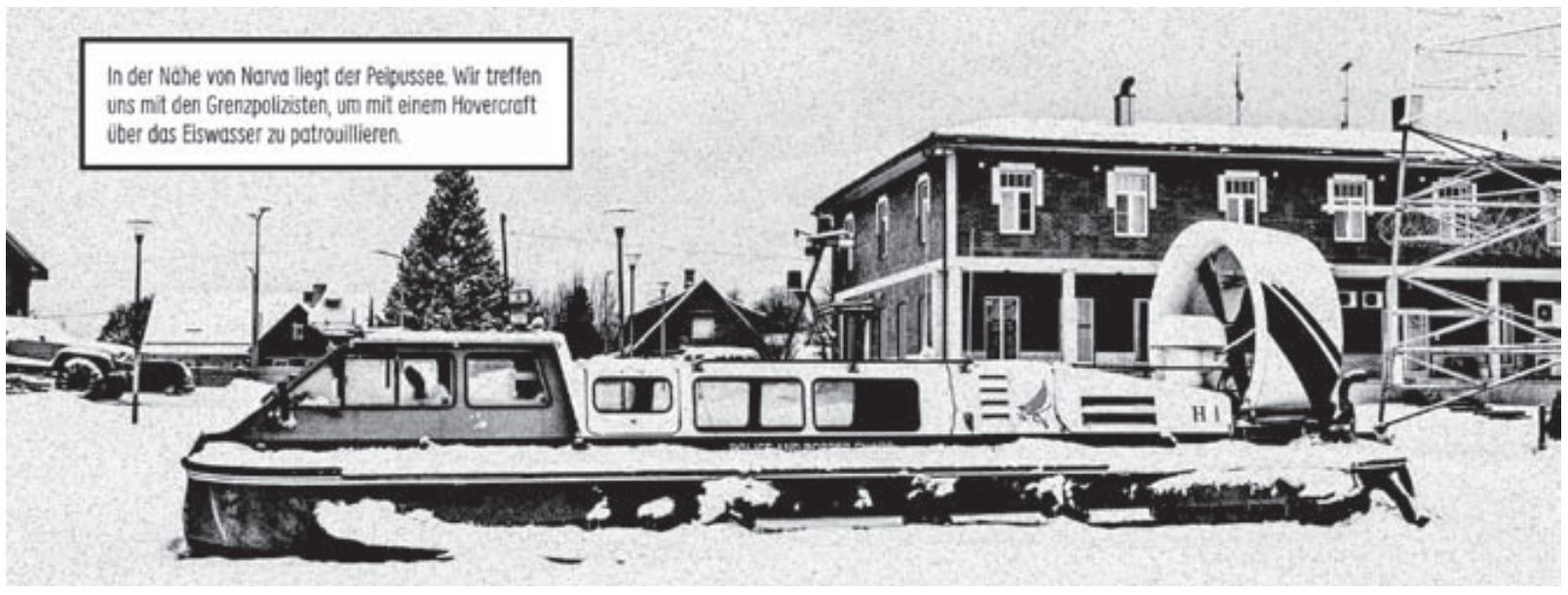
Im Internationalen Zentrum in Tübingen fanden heftige Diskussionen statt, auch mit den Genossen aus Stuttgart, Daimler-Arbeitern, von denen viele der italienischen Kommunistischen Partei nahe standen: Wir kochten Spaghetti und stritten uns. Wir unter Roten, unter Plakat- und nicht-Plakat-Anhängern.

Also, lieber Peter, der erste Gang nach der Vorspeise ist rot und italienisch, rot wie Tomatensoße, italienisch wie die Spaghetti: Es sind Spaghetti mit Tomatensoße, auch ein bisschen scharf, ein bisschen »arrabbiata« und das Wort arrabbiata leitet sich von rabbia / Wut ab. Also: rote Spaghetti mit einem bisschen Wut vermengt.

Utopia, unsere Heimat, war damals ein großes Land, und so brauchten wir etwas Zeit, bis unsere Wege sich trafen, was aber unvermeidlich war. 1989 wurde in der Römerstraße der Verein ICI, die »Interculturelle Initiative« geboren, »ein Projekt mit Druckerpresse, Spezialitäten aus Italien, Nicolò, Sabine und einem großen Freundeskreis: dichten, drucken, lesen, essen. Lebt noch«.

Lebt noch. 1996 habe ich es übernommen, in der bewussten Absicht, es weiter zu führen. Und so ist es gewesen dank der vielen Menschen, die diese Möglichkeit wahrgenommen und benutzt haben: Es lebt als Nische der Freiheit, der italienischen Improvisation und Geselligkeit, als Off-Off-Stätte der Kleinkunst, als Ort der Diskussion und des Austausches: dichten, lesen, musizieren, essen. Das lebt noch.

Regelmäßig trafen sich unsere Wege in der Römerstraße beim »Abendmahl«, als es darum

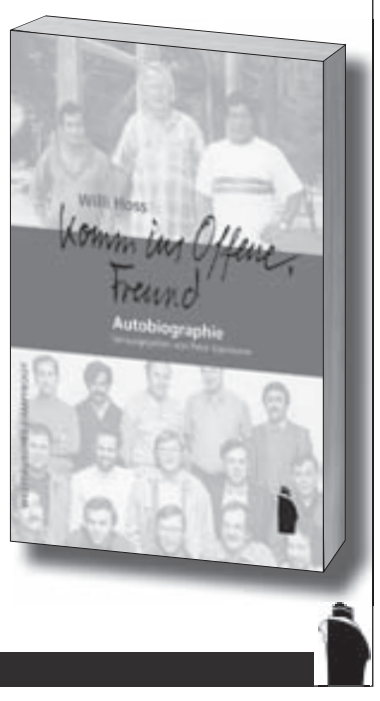


VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Willi Hoss

Komm ins Offene, Freund
Autobiographie
herausgegeben von Peter Kammerer

3. korrigierte Auflage
2017 - 236 Seiten - 20,00 €
ISBN: 978-3-89691-562-7



„Dich werden sie auch noch kleinkriegen" meinte ein Hinterbänkler, als Willi Hoss 1983 als grüner Abgeordneter in den Bundestag einzog. Das hatten zuvor weder die DKP noch die Betriebsratsfürsten der IG-Metall bei Daimler Benz geschafft. Beide Organisationen griffen zum Mittel des Ausschlusses, die DKP 1970, die IG-Metall 1972. Dabei war Willi Hoss nie ein hitziger Rebell gewesen.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Dringliches

Zukunft des Autos

Tagung in Hannover

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet am 25. November im Hannoveraner DGB-Haus eine Tagung unter dem Titel »Zukunft der Arbeit in automobilen Wertschöpfungsketten«. Der Ankündigungstext: »Die Automobilindustrie befindet sich im Umbruch. Elektromobilität, autonomes Fahren, neue Mobilitätskonzepte und die Digitalisierung der Produktionsnetzwerke spielen dabei eine wichtige Rolle. Wer treibt diese Trends voran? Welche Interessen verbergen sich dahinter? Wir sind der Meinung, dass Konzerne und Staaten mit ihren spezifischen Kapital- und Politikinteressen die Strukturen des Systems Auto nicht transformieren, sondern weiter verfestigen wollen. Mit Elektroautomobilität und neuen Mobilitätsangeboten wird die Privatisierung des Verkehrs fortgesetzt. Eigentums- und Verteilungsfragen werden ausgeblendet. Demokratische Teilhabe und Kontrolle in den Betrieben und in der Gesellschaft findet nicht statt. Das ist nicht unser Verständnis einer sozial-ökologischen Transformation. In Zukunft geht es um die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze im Einklang mit der Natur, um den Aufbau neuer Arbeitsplätze unter fairen Bedingungen mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Wir wollen eine andere Mobilität, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Wir laden Euch/Sie herzlich ein, gemeinsam zu diskutieren, wie das Verhältnis von Arbeit und Natur in Zukunft gestaltet werden kann. Welche Veränderungen im System Auto und seinen weltweiten Akkumulations- und Regulationsweisen sind die Voraussetzungen für eine Verkehrs- und Energiewende?«

Aus dem Programm:
Podiumsdiskussion: *Wohin fährt die Automobilindustrie?*
Mit *Valter Sanches* (Generalsekretär IndustriALL Genf und Arbeitnehmervertreter im Daimler-Aufsichtsrat), *Julia Hildermeier* (Clean Vehicles and Emobility Officer, Transport and Environment T&E, Brüssel), *Thomas Müller* (Gewerkschaftssekretär der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt), *Hans-Christian Friedrichs* (Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen des VCDs, Ver-

ging, die Anstifter und den Friedenspreis in Stuttgart groß, noch größer »anzustiften«. Beim Abendmahl haben wir gegenseitige Integration geübt, Peter. Und Du hast mir viel geholfen. Wie schwer Integration ist und dass sie keine Einbahnstraße ist, wusste ich schon seit meiner ersten Zeit in Deutschland. Ich war mit der Vorstellung hierhergekommen, zwischen Italien und Deutschland gäbe es kaum Unterschiede: hier wirtschaftlich stärker, politisch stabiler, dort viel Improvisation und Prekäres, einige, eigentlich viel Mauschelei, jedoch zwei hoch entwickelte kapitalistische Länder. Ziemlich bald wurde mir klar, dass ich mich bemühen musste zu verstehen, welche Bilder von uns Italienern diese Deutschen im Kopf hatten, und um ihnen, diesen Deutschen meinerseits zu erzählen, was wir Italiener waren (sind). Auch bei Tisch. Das »Abendmahl« der Anstifter in der Römerstraße war eines der Felder, auf dem wir übten. Und Peter war dabei eine große Hilfe.

Alle wissen, wie viel Wert wir Italiener auf gutes Essen legen: Wir können stundenlang tafeln. Auch danach genießen es die Italiener, nicht gleich aufzustehen: Sie sitzen weiter bei Tisch vor dem benutzten Geschirr und betrachten ohne Reue, im Gegenteil mit Freude die Spuren, die man da hinterlassen hat, als ob man so den Genuss verlängern könnte. Man will sich also daran erinnern. Anders in Deutschland: Kaum hat man möglichst unauffällig zu Ende gegessen, schon steht man auf, trägt das Geschirr weg und fängt an zu spülen. Als ob man schnell die Spuren eines Vergehens wegwischen möchte: Man will sich also nicht daran erinnern. Dem fröhlichen, sündigen katholischen Italiener steht das strenge protestantische Ethos des Deutschen gegenüber.

Ein ernsthafter politischer Austausch entwickelt sich aber auch vor einem guten Glas Wein, während einer guten Mahlzeit und auch danach vor dem benutzten Geschirr. Peter, seit je Migrant zwischen den Kulturen und integrationsbemüht, wusste das, hat mich verstanden, Überzeugungsarbeit geleistet, so dass man meistens dem Drang aufzuräumen widerstanden hat. Ich meinerseits habe meine Impulsivität gebremst und damit leben gelernt, dass die Küche manchmal, wenn auch immer seltener, mit ordentlich aufgeräumten Gläsern und schön aufgestapelten Tellern voll belegt war.

Ja, Integration ist oft Kleinarbeit im Alltag, ist diese Beziehung von Mensch zu Mensch, wodurch Vertrauen entsteht, wovon Peter schreibt.

Das Hauptgericht des Grohmannschen Menüs ist also keine Haute Cuisine, sondern ein Alltagsgericht, aber international, eine Zusammensetzung aus vielen Küchen der Welt, die darin zusammenkommen und zu einem neuen Geschmack fusionieren. Was das genau ist, wissen wir noch nicht, wir müssen etwas improvisieren, noch suchen und experimentieren, denn unbekannte Küchen aus Ländern, die wir noch nicht gut kennen, drängen vor der Küchentür und wollen mit aufgenommen werden.

Manchmal hat man das Gefühl, vor epochalen Veränderungen zu stehen, das Gefühl, dass wir Bewegungen von Menschen, ganze Völkerwanderungen haben, die vor Krieg und Armut fliehen und dadurch das prekäre Gleichgewicht dieser unseren Welt zusammen mit unseren angeblichen Sicherheiten ins Wanken bringen.

So werden Mauern gebaut. So instrumentalisieren Populisten und Neofaschisten von den USA bis Europa die Ängste vieler Menschen und werden stark, stärker. Wieder.

»Lontano dagli occhi, lontano dal cuore«, lautet ein italienischer Spruch: aus den Augen, aus dem Sinn. So werden die, die fliehen, in der Türkei interniert. Aus den Augen, aus dem Sinn. So trifft der italienische Innenminister eine Vereinbarung mit der libyschen Regierung, um gegen die Menschenrechte unter unmenschlichen Zuständen die, die fliehen wollen, gefangen zu halten. *»Aiutiamoli a casa loro«* – Helfen wir ihnen bei ihnen zu Hause«, so lautet die neue Parole von Matteo Renzi. Auch nicht schlecht, wenn das nicht ein Alibi wäre fürs Großkapital, ungebremst und unkontrolliert mit der Unterstützung der italienischen Regierung in Afrika zu expandieren.

Und wir? Was tun? Wir, die Waisenkinder einer Revolution, die nicht stattgefunden hat. Eine Arbeiterklasse, die ausgebeutet wird, ist nicht mehr so sichtbar in unseren postindustriellen Gesellschaften. Fast könnte man denken, die gäbe es nicht mehr, auch wenn die Kluft zwischen Arm und Reich nur größer geworden ist. Konsumgüter werden in unseren Ländern nur noch zum Teil hergestellt, aber die vielen, die für wenig Geld und ohne Garantien malochen, gibt es noch, auch wenn man sie weniger sieht und wenn sie heute rumänisch oder polnisch sprechen.

Neulich fragte mich ein Freund, ob ich zu einer Öko-Veranstaltung mitgehe. »Ich bin rot, nicht grün«, gab ich provokativ zurück, »und diese Welt habe ich noch nie retten, sondern immer nur ändern wollen«. Tja, aber was bedeutet heute, rot zu sein?

Arbeitsteilung, industrielle Produktion, soziale Unterschiede, Arbeiter gibt es immer noch. Überall auf der Welt verteilt. Der Turbokapitalismus verlagert schnell, erobert und verlässt. Früher waren die Fabriken in der Peripherie der Städte, heute sind sie in der Peripherie der Welt angesiedelt. Da fängt in manchen Ländern die Ära der industriellen Produktion erst an, und da arbeiten die Menschen unter Bedingungen, die uns an jene der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts erinnern.

Darum müssen wir uns kümmern, meine ich, wir müssen auch in unseren Köpfen die Entfernungen überwinden. So wie der Turbokapitalismus global operiert, müssen wir auch global denken und global tätig werden: Die Fabrikmenschen sind nicht mehr von einer Nation, auch nicht mehr hier bei uns. Wir kämpfen für die Freiheit und Gerechtigkeit, für das Recht, zu leben und das eigene Glück zu suchen, dort wo man es für richtig und gut hält, indem wir Verbündete nicht mehr und nicht nur in Sindelfingen, sondern auch zum Beispiel in Bangladesh oder in Indien suchen.

Die Verlogenheit der Populisten, die Instrumentalisierung der Ängste und der Unzufriedenheit hier, die Resignation dort bekämpfen wir, indem wir imstande sind, Hoffnungen zu wecken, eine andere Gesellschaft und ein anderes Besseres aufzuzeigen.

Und das ist vielleicht, was uns heute fehlt: Uns fehlt der Traum, der große Traum einer anderen Gesellschaft, einer anderen Welt, die Utopie fehlt uns. Und die Bilder auch: In dieser Welt der Bilderüberflutung gelingt es uns nicht, uns selbst und den anderen eine andere Welt auszumalen… »Imagine all the people, living life in peace«.

In einer Zeit von wachsender Armut auf einer Seite und maßloser Anhäufung von Reichtum auf der anderen Seite sprechen wir lieber von Verzicht als von Umverteilung, in einer Zeit von Katastrophen und Flucht sehen wir eher die Welten, die hinter uns zusammenbrechen, als jene, die wir schaffen wollen. Wir sehen mehr die Verzweiflung und weniger die Hoffnung. Wir sollten anfangen, wieder zu träumen, und uns auf dem Weg freuen, uns ab und zu Freuden gönnen.

Wie Essen, zum Beispiel. Jajaja, höre ich Peter, was das Essen angeht: Das begleitet einen gesunden Menschen ja lebenslang. Manchmal, ich wusste es, kürzt das Essen das Leben ab, doch die lebensverlängernden Funktionen überwiegen. So kommen wir zum Dessert: Kampfnudeln mit roter Grütze, haben wir gedacht.

Auf der Einladung zu Deinem 75. stand: Grohmann wird hundert. Und ich habe es Dir vom Herzen gewünscht. Heute wünsche ich Dir tausend und Millionen zu werden, tausend und Millionen von Menschen, die zusammen mit Dir auf der Straße der Freiheit und Gerechtigkeit durchstarten. Zeit zum Aufstehen. Prosit, salute und tanti auguri, Peter!

Anmerkungen:

1 *Peter Grohmann/Horst Sackstetter (Hg.): »Plakat« – 10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz, Rotbuchverlag, 1979*
2 *»Alles Lüge außer ich«, Silberburg Verlag, 2013*
3 *»Eigensinn, Witz, Zivilcourage – Eine Festschrift für Peter Grohmann zum 80.«, 160 Seiten, Bezug: Die Anstifter, Werastr. 10, 70182 Stuttgart gegen 12 Euro plus Portokosten*

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

kehrsclub Deutschland e.V.)
Antje Blöcker: *Sozial-ökologische Transformation. Was passiert in den Betrieben? Kurzer Überblick am Beispiel ausgewählter Standorte.*

Offene Plenumsdiskussion: Was sind Alternativen für die Betriebe, und wie sieht eine andere Verkehrspolitik aus? Einstiegsstatements zu den Themen: *Kritik an der Ökobilanz der ElektroAuto-Mobilität: Ohne Energiewende keine Verkehrswende* (Alfred Hartung, IGM-Delegierter in Wolfsburg); *Schluss mit Auto-Subventionen für alle oder nur für die Umweltstraftäter?* (Herbert Behrens, Vorsitzender des Abgas-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags 2016/2017, Fraktion Die LINKE); *Transparenz über Gewinne/Bilanzen verstehen und dann?* (Mechthild Schrooten, Memorandum-Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik); *Wir brauchen eine andere Verkehrspolitik: Mobilitätszwänge kontra Mobilitätsbedürfnisse* (André Baier, TU Berlin, FG Konstruktion von Maschinensystemen, Blue Engineering, Berlin und Heiko Balsmeyer, Berater für nachhaltige Mobilität); *Wer baut demokratische Kontrolle auf?* (Bernd Röttger, Freiberuflicher Wissenschaftler, und Markus Wissen, Hochschule für Wirtschaft und Recht HWR, Berlin)
Moderation: Antje Blöcker und Stephan Krull

Zeit & Ort: *25. November 2017, 10 bis 17.30 Uhr, DGB-Haus Hannover, Otto-Brenner-Str. 1*
Anmeldung: *antje.bloecker@gmx.de; (05172) 4410 oder (0170) 7365778*
Weitere Informationen: *www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/I7N6J/*

Seit langem kommen Flüchtlinge aus dem Iran: Sie flohen vor dem Schah, sie fliehen vor der religiösen Diktatur. Wie geht es mit dem Iran weiter?
Iran
Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Beistand in Einstandsfragen

Anne Allex* stellt einen neuen Ratgeber vor

Widerspruch e.V. Bielefeld: »Neuer Wegweiser durch den Amtsdschungel. Wie sichere ich meinen Lebensunterhalt? Arbeitslosengeld II. Sozialhilfe. Grundsicherung«, 6. Auflage, Bielefeld 2017, AJZ Druck & Verlag, ISBN 975-3-86039-012-2, 14 Euro

Pünktlich zur Umsetzung des sogenannten Rechtsvereinfachungsgesetzes erschien der vom »Feministischen Beratungszentrum Widerspruch e.V.« herausgegebene »Wegweiser durch den Amtsdschungel« zum Thema: »Wie sichere ich meinen Lebensunterhalt?« Die im März 2017 veröffentlichte aktualisierte sechste Auflage führt durch die Verwaltungsverfahren zum Arbeitslosengeld II, zur Sozialhilfe und zu den Grundsicherungen im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Ratgeber erklärt einfach und übersichtlich die Ansprüche im Sozialgesetzbuch II und ähnliche Vorschriften des Sozialgesetzbuches XII, die für die Sozialhilfe, die Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter gelten.

Besonders hilfreich erweist sich der Wegweiser bei Fragestellungen zur Bedarfsgemeinschaft, zum Wohnen und Umziehen sowie zu Fragen der verschiedenen, mitunter untypischen Mehrbedarfe. Positiv fielen mir die vielen Beispiele des Ratgebers auf. Praktisch für ALG-II-Beantragende ist auch, dass es bei der Einkommenserörterung nicht nur um Absetzungen und Anrechnungen geht, sondern dass viele Beispielrechnungen und Übersichtsbögen angeführt und privilegierte Einkommen, die nicht angerechnet werden, ausführlich aufgelistet sind.

Der Ratgeber unterstützt hauptsächlich Frauen mit Kindern und Familien – mit einfachen Erklärungen werden dieser Zielgruppe die verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten zur Wohnungsbeschaffung, für zu beantragende Kosten und Hilfen vermittelt. Auch auf Rechte von minderjährigen Kindern bei getrennter Haushaltsführung der Eltern und geteiltem Sorgerecht, die Nutzung des Kindergeldes sowie die Beantragung von besonderen Kosten wird ausführlich eingegangen.

Die Expertise des feministischen Beratungszentrums Widerspruch e.V. zeigt sich in der Rechtsanwendung und den Erfahrungen der Rechtsdurchsetzung zu eheähnlichen und lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaften. Hier wird konkret darauf eingegangen, wie mit Schulden eines Lebenspartners, mit der Kranken- und Pflegeversicherung sowie bei der Erwerbsunfähigkeit eines der PartnerInnen umgegangen werden muss. Umgekehrt wird in Musteranschreiben ausgeführt, welche Argumente erforderlich sind, um die Vermutungen der Jobcenter zu Bedarfsgemeinschaften von Männern und Frauen und zum gegenseitigen Einstehen beim Zusammenwohnen mit Verwandten und Verschwägerten stichhaltig zu entkräften.

Ausführlich erklärt und ausgearbeitet werden die erforderlichen Aktivitäten bei der Antragstellung, der Formularbearbeitung und den beizulegenden Unterlagen, ergänzt wird dies durch Interpretationshilfen zum Bewilligungsbescheid. Sehr gut ist, dass die Tatbestände für Mitwirkungspflichten auf S. 128 alle genannt und erklärt sind. Sachlich und unaufgeregt dargestellt sind sämtliche Kontrollansätze der Jobcenter, vom Hausbesuch bis zu Datenabgleichen hinsichtlich der Angaben im Antrag. Hilfreich für interessierte AntragstellerInnen sind die Erklärungen dazu, wer nicht ALG II-berechtigt ist, sowie die Ausführungen zur Anspruchsberechtigung bei SchülerInnen, Auszubildenden, Studierenden und Härtefällen in Bezug auf ALG II.

Wichtig erscheinen mir die Ausführungen zu den Rechtsansprüchen auf Berufsorientierung und zur Arbeitsuche, die im SGB III im Rahmen des SGB II gelten. Nach ausgiebiger Erörterung der Pflichten und Fallen bei der Eingliederungsvereinbarung werden professionell die Sanktionen und deren Anwendungen – etwa der rabiate Umgang mit unter-25-Jährigen – dargelegt. Nicht ausgespart sind auch die Anforderungen an Verwaltungsakte zur Aufrechnung, die etwa nach Überzahlungen, Darlehensaufnahmen oder Hilfen bei Privat-, Miet- und Energie-Schulden stattfinden, sowie der Anspruch auf ein Jedermannkonto, die Schuldenfreigrenzen und das Verhalten bei / nach Pfändungen – komplizierte Sachverhalte, die hier gut erklärt werden.

Das Kapitel zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter ist interessant, denn es betrifft mittlerweile viele, vor allem ältere Menschen, die unzureichende Altersrenten haben, psychische Problemlagen oder körperliche Einschränkungen mit sich bringen. Besonders hervorzuheben ist, dass hier auch Ausnahmen, etwa beim Ausschluss von Bedürftigen aus der Erwerbsminderungsrente bei befristeter Erwerbsminderung durch Krankheit, vorgestellt werden oder auch das Thema der schuldhaften Herbeiführung des Grundsicherungsbezuges. Wichtig erscheinen mir die Hinweise auf die (Nicht-)Mitnahmemöglichkeit der Grundsicherung im Alter für längeren Auslandsaufenthalt, die verschiedenen Einsatzgemeinschaften und den möglichen Unterhaltsrückgriff auf Kinder oder Eltern.

Hingewiesen wird außerdem auf das relativ breite Anwendungsgebiet der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), die relativ wenig bekannt ist. Sie kommt zwar nur für wenige Personen zur Anwendung, kann aber für Soforthilfen in ungeklärten Einzelfällen wichtig, wenn nicht überlebenswichtig sein. Neben dem Kreis der Anspruchsberechtigten wird hier sehr genau auf Einsatzgemeinschaften, Haushaltsgemeinschaften und Leistungen (wie atypische Mehrbedarfe) eingegangen und es wird auf kommende Besonderheiten bei Pauschalierungsabsichten für Unterkunfts- und Heizkosten ab 2018 hingewiesen. Interessant ist dabei, dass in den Hilfen zum Lebensunterhalt die Regelleistungen nach speziellen Maßgaben anhebbar und kürzbar sind.

Ausgeführt sind zudem die eklatanten Unterschiede der Einkommensanrechnungen im SGB XII im Vergleich zum SGB II. Es ist nützlich zu wissen, dass der Freibetrag aus Zuverdiensten bei ca. 204 Euro gedeckelt ist. Zur Einkommensanrechnung werden ausführliche Beispielrechungen für Alleinlebende ausgeführt. Auch auf die davon unterschiedenen Maßgaben zur Vermögensanrechnung wird hingewiesen. Anschaulich und übersichtlich wird dies in einer Tabelle (S. 217) zusammengeführt, die über Quadratmetergrößen für Haus- und WohnungsbesitzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltsgrößen informiert. Abgerundet wird dieser Teil mit Erklärungen dazu, wann ein selbst nichtbewohntes Haus als nicht verwertbar gilt, welche Regelungen bei einem Nießbrauchsrecht der Immobilie oder auch nach dem Ableben eines Sozialhilfeberechtigten für nahe Angehörige gelten.

Nützlich sind auch einige grundsätzliche Hinweise: Das Sozialamt muss zahlen, sobald ihm Mittellosigkeit oder Bedürftigkeit einer Person bekannt wird. Ein Antrag ist deshalb *nicht* zwingend erforderlich. Es reicht auch ein Telefonat im Beisein von Zeugen und bei Lautschaltung des Telefons. Trotzdem ist immer ratsam, einen kurzen Brief mit Datum, Absender, Unterschrift an das Sozialamt zu senden. In diesem Falle ist korrekt auf die Erforderlichkeit von Beiständen hinzuweisen, so auch bei Nothilfe-Fällen (Verlust der Wohnung durch Feuer, Verlust der Geldbörse bei Diebstahl etc.).Ein besonderes Kapitel widmet sich den Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge. Nach der Ausführung der verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Titel werden die damit in engem Zusammenhang stehenden Leistungen erörtert und die Ausschlüsse bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Erwerbsgeminderte und im Alter, bei Berufsausbildungsbeihilfen (BAB) und Bafög erklärt. Ein sechs Seiten langer Exkurs weist auf die Rechte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hin.

Ausgiebig erörtert werden im Anschluss die Rechte von Schwangeren und Eltern, so zum Beispiel zum Kindergeld, zum Kinderzuschlag, zum Unterhaltsvorschuss, zum Abbruch der Schwangerschaft, zur Mutter-Kind-Stiftung und zum Mutterschaftsgeld, zum Elterngeld für verschiedene Gruppen Anspruchsberechtigter sowie zu Krankenversicherungsleistungen.

Ein gesondertes Kapitel widmet sich dem Unterhalt, der Unterhaltspflicht und den verschiedenen Konstellationen der Unterhaltsverpflichtung – auch mit den dazugehörigen Tabellen und Beispielrechnungen sowie dem Unterhalt getrennter bzw. geschiedener Ehepaare gegeneinander und für ihre Kinder.

Im Abschlusskapitel werden die vielfältigen Rechtswege aufgezeigt, Fristen und Möglichkeiten bei Fristversäumnissen werden dargestellt, und es wird auf einstweilige Anordnungen, Untätigkeitsklage und Dienstaufsichtsbeschwerde eingegangen. Die Autorinnen beschäftigen sich dabei auch mit den Tücken der Prozesskostenhilfe (PKH) und informieren über die Verpflichtungen, die sich daraus für diejenigen, die PKH in Anspruch nehmen, bis zu vier Jahre danach ergeben.

Im Anhang wird auf Ermäßigungen und Vergünstigungen eingegangen, die bundesweit gewährt werden oder einen regionalen Zuschnitt haben. Ebenfalls dort finden sich auch eine Wohngeldtabelle, eine Übersicht zu Pflegeversicherungsleistungen, ein Stichwortverzeichnis, Verweise auf Internetseiten, Durchführungshinweise und wichtige Adressen.

Alles im allem handelt es sich um eine nützliche Broschüre, die vor allem für Alleinerziehende und Familien sowie andere Angehörige interessant ist und wichtig werden kann. Ein empfehlenswerter Ratgeber, in dem komplexe Sachverhalte recht einfach und nachvollziehbar erklärt werden.

** Anne Allex ist »Sozialpolitische Wegeweiserin«. Siehe www.anne-allex.de*

Nächster Redaktionsschluss: 10. Dezember 2017

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Anton Kobel (Hg.):* »›Wir sind stolz auf unsere Kraft‹. Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel«, Hamburg 2014
- ☐ *Detlef Wetzel (Hg.):* »Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung«, Hamburg 2013
- ☐ *Joachim Hirsch, Oliver Brüchert, Eva-Maria Krampe u.a. (Hg.):* »Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur«, Hamburg 2013

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin